Heft 2 Februar 1994 8,– DM

konkret

Konkret: Politik & Kultur

- Dr. Schäubles schöne neue Bundesrepublik
- Mexico libre: Nafta o muerte
- Autonome Antifa: Die Wahl der Waffen
- Fortschritt: Katzen würden Emma kaufen
- CDU-General Hintze: Der heilige Kalauer
- Jacob/ Diederichsen: Differenz und Reaktion

in konkret Februar 1994

von konkret

an konkret

Selbstmord statt Sozialismus von Hermann L. Gremliza

Herrschaftszeiten

Dr. Schäubles schöne neue BRD von Jürgen Reents
Rechtsextremismus der Mitte: Wolfgang Schäubles Überlegungen zum Einsatz der Bundeswehr auch im Innern dienen dem Ausbau eines Sicherheitsstaates, der nicht unbedingt will, aber kann, wenn er muß

Kriminalität und Kontrolle von Sebastian Scheerer
Von der Disziplinar- zur Kontrollgesellschaft – Anmerkungen zur Transformation des bürgerlichen Rechtstaates BRD seit der Wiedervereinigung

Grenzenlos sicher von Oliver Tolmein
Die Kampagne gegen »Organisierte Kriminalität« leistet der rassistischen Umstrukturierung der deutschen Gesellschaft Vorschub. Das Engagement für »Innere Sicherheit« ist der erste Schritt zur Intervention jenseits der deutschen Staatsgrenzen

»Hier kommst du nie wieder raus« von Peter Hetzler
Mit Ausnahme von Inge Viett haben sich alle RAF-Aussteiger, die 1990 in der DDR eingesammelt worden sind, der Bundesanwaltschaft für eine beispiellose Kronzeugen-Tournee zur Verfügung gestellt. Ihr Aussageeifer hat fatale Konsequenzen für andere Gefangene aus der RAF

Lächerlich, aber kein bißchen komisch von Günter Kolodziej
Hintze. Peter Hintze. Meine Güte. Der erste CDU-Generalsekretär, über den man sich noch nicht mal richtig ärgern kann

Die Wahl der Waffen IMilitante Defensive von Franz Franitzki
Wer kämpft im wiedervereinigten Deutschland gegen Nazis und militante Ausländerfeindlichkeit? Welche Motive bewegen Autonome, Christen, Gewerkschafter, Kunstgewerbetreibende dazu, sich antifaschistisch zu betätigen, und wie sind ihre Aktionen zu bewerten? In einer Artikel-Serie möchte KONKRET einen Überblick über Anti-Nazi-Aktivitäten geben, der es ermöglichen soll, gewissermaßen die Truppen zu sichten. – Autonome antifaschistische Gruppen sind oft als einzige in der Lage, Nazi-Schlägertruppen auf der Straße Gegenwehr zu leisten. Eine Darstellung der Entwicklung der autonomen Antifa-Szene und ein Interview mit einer Gruppe aus der Ostzonenstadt Guben an der Oder eröffnen die KONKRET-Serie

Die Wahl der Waffen I»Wir sind salonfähig« von Antifa Guben
Wer kämpft im wiedervereinigten Deutschland gegen Nazis und militante Ausländerfeindlichkeit? Welche Motive bewegen Autonome, Christen, Gewerkschafter, Kunstgewerbetreibende dazu, sich antifaschistisch zu betätigen, und wie sind ihre Aktionen zu bewerten? In einer Artikel-Serie möchte KONKRET einen Überblick über Anti-Nazi-Aktivitäten geben, der es ermöglichen soll, gewissermaßen die Truppen zu sichten. – Autonome antifaschistische Gruppen sind oft als einzige in der Lage, Nazi-Schlägertruppen auf der Straße Gegenwehr zu leisten. Eine Darstellung der Entwicklung der autonomen Antifa-Szene und ein Interview mit einer Gruppe aus der Ostzonenstadt Guben an der Oder eröffnen die

KONKRET-Serie

Hauptfeind Antifaschismus von Georg Fülberth
Die deutsche Publizistik hat im Antifaschismus den Faschismus entdeckt

Gespenst der Apo von Ilse Bindseil
Versuch einer Einführung in Alice Schwarzers Logik

»Marsch auf den Kreml« von Werner Pirker
Nun hat Boris Jelzin zwar die Verfassung, die er wollte, aber ob die auch ihn will, ist gar nicht mehr so sicher. Denn der Urnengang zwischen St.Petersburg und Wladiwostok, der ein überzeugendes Votum für eine »Fortsetzung der marktwirtschaftlichen Reformen« hätte bringen sollen, ist zum »Marsch auf den Kreml« geworden

Der Preis ist heiß von Ludger Weß
Enthüllungen über Plutoniumversuche an der eigenen Bevölkerung zeigen, mit welcher Konsequenz die USA den Kalten Krieg geführt haben

Kunst & Gewerbe

Heute schon gescreent? von Ludger Weß
Nach der Novellierung des Gentechnikgesetzes steht in Bonn ein weiteres Gesetz zur Regelung der Genaktivitäten in Deutschland an: Eine Grundgesetzänderung soll, versprechen CDU/CSU/SPD/FDP, den »gläsernen Menschen« verhindern, der durch moderne genetische Analysemethoden möglich geworden sei. Im ersten Anlauf war ein entsprechender Gesetzentwurf bereits gescheitert, nach der Vorlage eines Berichts des Büros für Technikfolgenabschätzung des Deutschen Bundestages (TAB) geht die Diskussion nun weiter

Der Unschärfeskandal von Christoph Türcke
Der Autor nimmt Stellung zur Kontroverse über den Vortrag »Die Inflation des Rassismus«, den er im Juni 93 auf dem Hamburger KONKRET-Kongreß vorgetragen hat (s. die Beiträge in KONKRET 8-11/93). Alle Zitate ohne gesonderte Nachweise sind Fundstücke aus der Kontroverse

Türcke zum letzten von Konkret-Redaktion
Fünf Gründe für die Beendigung einer heillosen Debatte

Tomayers ehrliches Tagebuch von Horst Tomayer

Differenz und Reaktion von Diedrich Diederichsen; Günther Jacob
Ist der Universalismus der Aufklärung, weil sein Siegeszug parallel zu dem des Imperialismus verlief, unwiderruflich zum Herrschaftsmittel geworden? Kann die postmoderne Betonung der Differenz, der Stolz auf Besonderheiten, auf die eigene Identität, emanzipatorisch sein, oder ist solcher Relativismus an sich schon reaktionär? Über diese Frage diskutierten auf dem KONKRET-Kongreß Diedrich Diederichsen und Günther Jacob. Wir bringen die Diskussion als Vorabdruck aus dem Kongreßreader »Was tun?«, der ab Ende Januar erhältlich ist

Ordnung und Vernichtung von Kurt Pätzold
Zwei neue Veröffentlichungen beschäftigen sich mit dem Schwerpunkt der nationalsozialistischen Eroberungspolitik: den Plänen zur Neuordnung der eroberten Ostgebiete und der Durchführung des Krieges gegen die Sowjetunion

Desinfektion und Correctness von Dietrich Kuhlbrodt
Über den kurzweiligsten aller Dreistundenfilme: die »Short Cuts« des Zivilisationskritikers Robert Altman

Gremlizas express von Hermann L. Gremliza

Konkret 02/94, S. 4

von konkret

Die Nazis kommen. Ab Ende Januar erscheint ihre Schülerzeitung »Junge Freiheit« wöchentlich, mit einer gedruckten Auflage von 100.000 Exemplaren. In einem Empfehlungsschreiben wirbt der Chef der Buchverlage Ullstein-Langen-Müller und Schönhuber-Verleger Dr. Herbert Fleissner für seine braunen Freundchen: »Ich wünsche dem Blatt möglichst große Verbreitung, nicht nur in den neuen Ländern, sondern auch bei einer jungen Lesergeneration, die ja in der Tat die politische Zukunft des Landes repräsentiert«, ganz anders als die Besucher des Frankfurter Buchmessestandes von Ullstein-Langen-Müller, deren Durchschnittsalter und Visagen die Vermutung aufdrängten, sie sehnten sich nach ihrer Zeit bei der Hitlerjugend zurück. Fleissners Cheflektor Zitelmann ist am 1. Dezember Leiter des Ressorts »Geistige Welt« (Redaktionskürzel: »Geiwe«) bei der »Welt« geworden, wo er sogleich der Werbung für seine jungen Nazi-Freunde eine ganze Seite widmete, auf der er unter anderem auch schrieb:

Die linksextreme Zeitschrift KONKRET, in der sogar offen zur Gewalt gegen Deutsche aufgerufen werden darf, wird hingegen mit Selbstverständlichkeit akzeptiert. Namhafte Verlage scheuen sich nicht, in dieser Zeitschrift zu inserieren, während politischer Mut dazu gehört, beispielsweise Redaktionsräume für eine Zeitung wie die »Junge Freiheit« zu vermieten.

Während KONKRET die herrschende Klasse hinter sich weiß, ist das Nazi-Blättchen auf ein paar Groschen und gute Worte aus den Untergrundverlagen des Axel Springer sel. angewiesen und muß das Handicap mit lauter deutschem Mannesmut wettmachen.

Unter dem Motto »Die Nazis kommen« erscheint am 28. Januar ein KONKRET EXTRA mit Informationen zur »Jungen Freiheit«, zu Nazifrauen, zur Wiedereingemeindung der Böhsen Onkelz und vielem anderen. Für eine Mark an Ihrem Kiosk. Außerdem eröffnet KONKRET in diesem Heft eine Serie: Unter dem Titel »Die Wahl der Waffen« stellen wir vor, welche Arten von Anti-Nazi-Aktivitäten es in diesem Land gibt und was von ihnen zu halten ist. Den Beginn macht in diesem Heft die autonome Antifa. Franz Franitzki beschreibt Entstehung und Lage dieser militanten Szene; eine autonome Antifagruppe aus der Ostzonenstadt Guben an der Oder berichtet in einem Interview über ihre Arbeit.

Der Briefkopf »Pädagogische Hochschule K.F.W. Wander Dresden« war durchgestrichen, darüber ein Stempel »Technische Universität Dresden, Fachbibliothek Erziehungswissenschaften«, darunter ein Text:

... haben wir die Zeitschrift KONKRET abbestellt, da sie inhaltlich wirklich nicht in unser neues Profil paßt...

Nach vierzig Jahren Zensur haben sie endlich die Freiheit gewonnen, selber zensieren zu dürfen.

35 Stunden Referate und Diskussionen waren zu erfassen – 1,5 Gigabyte Gesellschaftskritik. Ende Januar erscheint endlich der Protokollband zum KONKRET-Kongreß »Was tun? Möglichkeiten und Bedingungen linker Politik und Gesellschaftskritik«, der vom 11. bis 13. Juni 1993 in Hamburg stattfand. Der Band enthält die auf dem Kongreß gehaltenen Referate (zum Teil erheblich überarbeitet) und Teile der dort geführten Diskussionen. Als Vorabdruck bringen wir in diesem Heft das Referat, das Sebastian Scheerer zur »Inneren Sicherheit« hielt, und das Streitgespräch zwischen Diedrich Diederichsen und Günther Jacob über das Spannungsverhältnis von Universalismus und Differenzbegriff. Der Protokollband, herausgegeben von Wolfgang Schneider und Boris Gröndahl, hat 440 Seiten und kostet 42,80 Mark.

Eine weitere Altlast des KONKRET-Kongresses wird in diesem Heft begraben. Christoph Türcke nimmt Stellung zu den Angriffen gegen sein Referat »Die Inflation des Rassismus«, und die Redaktion begründet, warum sie eine heillose Debatte, die sie vielleicht gar nicht erst hätte beginnen sollen, jetzt beendet.

Zwei neue Rubriken enthält dieses Heft erstmals: Auf jeweils einer Doppelseite mit den Titeln »Herrschaftszeiten« (Politik) bzw. »Kunst und Gewerbe« (Kultur) gibt die Redaktion Hinweise auf unterbliebene Nachrichten, auf uns interessant erscheinende neue Bücher, neue Filme, Personalien, Projekte, veröffentlicht kurze Interviews und weiteres Material, das uns geholfen hat, die Welt zu interpretieren.

89 Leserinnen und Leser haben bis zum 10. Januar Anteile für 159.000 Mark an der KONKRET-Kommanditgesellschaft gezeichnet und eingezahlt, mehr als hundert Interessenten (Mindestbetrag: 1.000 Mark) haben sich noch gemeldet und warten auf ein beratendes Gespräch mit dem Verlag. Deshalb muß die KG noch bis zum 30. März geöffnet bleiben.

Konkret 02/94, S. 6

an konkret

Klarstellung

KONKRET 1/94: Leserbrief von Thomas Steinforth

»Irrationaler Deutschenhaß« wird mir bezüglich meines Artikels »Wenn Deutsche zu sehr helfen« unterstellt, und ähnliche Vorwürfe gab es schon im letzten Jahr anläßlich meines Artikels für den englischen Bombergeneral Sir Arthur Harris.

Bedauerlicherweise muß ich mißverstanden worden sein: Ich habe überhaupt nichts gegen Deutsche. Im Gegenteil: Einige meiner besten Freunde sind Deutsche.

Jürgen Elsässer

Nassau/Bahamas

Problema de entendimiento

KONKRET 1/94: Gremlizas Express

Muy estimados senores,

muy estimado senor Gremliza:

como lector extranjero suelo usà su revista para estudià el idioma alemán. Sobre todo me sirve la exactitud en el uso del lenguaje que aplica Ud. sr Gremliza en su rubro »express«. Hoy tengo un problema de entendimiento y espero que me pueda ajudàr: Que significa la expresión »Bude Dacht« que Ud. usa en el actual numero? No logro encontrarla en ningún diccionario mio.

Muchas gracias,

M. Ocana

Berlin

Erneut möchte ich mich bei Ihnen für die gefällige Erwähnung meiner Person in KONKRET herzlich bedanken. Die eigene Arbeit an der Unsterblichkeit bedarf solcher Unterstützung von außen. Wie viele Künstler wären heute vollständig unbekannt und namentlich nicht mehr identifizierbar, wenn Karl Kraus sie nicht vor der Ästhetik des Verschwindens gerettet hätte.

Gestatten Sie mir dennoch eine Bemerkung zum Sachverhalt (Stichwort Micky Maus). Mich hat nicht die Anzeigenabteilung der »Frankfurter Allgemeinen« gebeten, etwas abzuliefern, sondern ein Redakteur des »Frankfurter Allgemeinen Magazins«. Als kapitalismuskritischer wenn nicht gar -feindlicher Bürger weiß ich selbstverständlich von den engen Verbindungen zwischen Redaktion und Akquisition, liberalem Feuilleton und Politischer Ökonomie – weshalb ich meine Bemerkung auch nur als einen Kommentar zu einer Marginalie zu verstehen bitte. Hoch amüsiert hat mich allerdings weniger Gremlizas adäquate Randbemerkung als die Reaktion von »Welt«, »Spiegel«, »Zeit« und »Süddeutscher Zeitung«, wobei die beiden letzteren, wie man mir auf der Frankfurter Zeil zuflüsterte, selber gern ein entsprechendes Sonderheft gemacht hätten. Am schönsten aber ist, daß sich fast alle vom »Frankfurter Allgemeine Magazin« Befragten inzwischen empören und als Entschädigung für Irreführung ein Honorar fordern, das – selbstverständlich – einem guten Zweck zur Verfügung gestellt werden soll.

Als Steuerzahler bin ich empört. Solche Idioten, die bis zum November 1993 noch nicht wußten, daß die deutsche Hochkulturpresse auch von Anzeigen finanziert wird, werden überhaupt öffentlich befragt. Das schmerzt.

Erlauben Sie mir, Herrn Gremlizas Wette auf S. 9, mittlere Spalte, Zeile 24, zu unterstützen mit einem Zitat aus Margret Boveri: *Der Verrat im XX. Jahrhundert. Band II.* Hamburg 1956, S. 126.

Im Zusammenhang mit der spaltungspolitologischen Schilderung der Otto-John (vom Reichsabhörer zum Lauschwanderer zwischen beiden Welten)-Affäre heißt es:

»Daß auch für sein« (Otto Johns) »Mißbehagen an der Bundesrepublik reale Gründe vorlagen, hat der Bundestagsabgeordnete der CDU, August Dresbach, in einem Artikel der ›Frankfurter Allgemeinen‹ klar ausgesprochen. Er beschrieb darin den Wandel, der in der gesellschaftlichen Wertung in Bonn im Lauf der Jahre eingetreten war und sich in der immer häufiger auftauchenden Frage ausdrückte: ›Warum war er nicht in der Partei?‹ und parallel damit in der

Tatsache, daß auf dem Nicht-PG sozusagen die Beweislast dafür ruhe, daß er nicht anormal sei. ›Bewerbungen bei den genannten drei Kategorien (nämlich Behörden, Verbände, Firmen)‹, schrieb Dresbach ›mit dem Hinweis, daß man ausdrücklich nicht PG gewesen sei, daß man gar Widerstandsbewegungen angehört habe, ziehen nicht mehr wie in den Jahren kurz nach dem letzten Kriege, sondern bewirken vielfach das Gegenteil.‹«

Matthias Beltz

Frankfurt

Goldrichtig

KONKRET 1/94: »Mieser Abgang« von Kay Solokowsky

Kay Sokolowsky liegt mit seinem »miesen Abgang« in KONKRET 1/94 völlig neben dem Thema. Hier zählen doch gar nicht die (maue) Story oder die (uninspirierten) Zeichnungen – es geht um den Event. Und genau den verkaufen wir, nebenbei bemerkt – und auch hier irrt Sokolowsky – mit sehr gutem Erfolg. Unsere Rechnung und unsere Erwartungen jedenfalls sind voll aufgegangen. Da, wie ich ja spätestens seit KONKRET 5/90 weiß, sich hierzulande niemand für Superhelden interessiert (was mich, ehrlich gesagt, nicht sonderlich schmerzt), bleibt eben nur dieser Event.

Auch kann ich nicht zustimmen, daß wir kurzsichtigere Entscheidungen treffen, als unsere Kollegen in Stuttgart, denn die haben ja schließlich noch nicht mal das Potential erkennen können, das in Frank Millers *Batman* lag, der erschien, als Ehapa noch die deutschen Rechte an diesem Character hatte. Und warum hätte ich die Produktion stoppen sollen, als Supermans »Auferstehung« bekannt wurde? Davon wußte ich bereits, bevor *The Death of Superman* überhaupt gezeichnet war. Aber auch ohne dieses Wissen: Wenn etwas sicher war, dann das.

Mit mir braucht man nicht zu streiten, ob *Der Tag, an dem Superman starb* ein guter Comic ist – persönlich wäre auch mir etwas Spannenderes à la Miller lieber gewesen. Die verlegerische Entscheidung, diesen Band zu machen, war jedenfalls goldrichtig. Und mit dem ganzen Geld, das wir damit verdienen, können wir uns wieder ein paar aufregende Comics leisten, die nur eine kleine Klientel interessieren werden, und die natürlich keine zwei Seiten kostenloser PR in KONKRET bekommen.

Andreas C. Knigge

Carlsen-Verlag

Hamburg

Fix und Foxi

KONKRET 1/94: »Die letzten vier Tage der Gewerkschaften« von Robert Kurz und Klaus Lang

Gefreut hat mich das (unbeabsichtigte?) Kabinettstückchen der Redaktion im letzten KONKRET-Heft, in dem sich Herr *Lang* und Herr *Kurz* zur Arbeitszeitdebatte geäußert haben. Weiter so! Ich warte auf Plüsch und Plumm, Dick und Doof, Rundköpfe und Spitzköpfe...

Axel Rehn

Kassel

Stunde Null?

LITERATUR KONKRET 18/1993: »Gruppenexperiment« von Thomas Neumann

In Thomas Neumanns Artikel in LITERATUR KONKRET 1993 läßt der Autor einen Aspekt völlig unberücksichtigt, der für die Schärfe der Kritik am deutschen Nationalbewußtsein/Nationalismus nicht unerheblich ist: nämlich die jüdische Herkunft von Künstlern wie Dessau, Eissler, Anna Seghers. (Seghers: »...indem wir nun alles auslassen, was unsere Herzen bewegt, indem wir *unsere Angehörigen vergessen,* welche unter der furchtbaren Seuche des Hitlerfaschismus krepiert sind, und indem wir dann plötzlich, als sei nichts anderes geschehen, uns unserer großen Aufbauarbeit zuwenden.« Eissler: »Aber ich möchte darauf hinweisen, daß das bis 1945 in die Realität nicht eingegriffen hat, ging doch die deutsche Intelligenz mit dem ›Faust‹ im Tornister in zwei Weltkriege.«) Dies war nicht der Geist, in dem die DDR aufgebaut wurde. Welche Konnotationen klingen in dem Satz des Volksbildungsministers Wandel an, wenn man weiß, daß Dessau in seine Musik Elemente jüdischer Musikkultur verarbeitet hat: Er mochte Dessaus Musik nicht bin der Staatsoper hören, der

»repräsentativen Stätte unseres nationalen Seins (! M.O.) ... Ich bitte Sie zu verstehen, wir leben als Volk in einem nationalen Existenzkampf.« Mit anderen Worten: undeutsch.

Auch die DDR hat keinen Nullpunkt gehabt.

Martin Ostermann

Münster

Konkret 02/94, S. 9

Hermann L. Gremliza

Selbstmord statt Sozialismus

Wer es noch nicht wußte, müßte am Schicksal der Indios von Chiapas begriffen haben, was die »neue Weltordnung« bedeutet. Unter ihrem Regiment wird jeder Protest, jeder Widerstand und jeder Aufstand gegen Hunger, Elend und Unterdrückung zur Farce. Die handelnden Personen selber ahnen es. Sie werden ihrer Rolle gerecht, indem sie sich Namen wie »Zapatistisches Nationales Befreiungsheer« geben, die nicht so sehr ein historisches Vorbild in Erinnerung rufen, hier den Rebellen Emiliano Zapata, als den Darsteller dieses Helden in einem Hollywoodfilm, aus dessen Fundus auch ihre Waffen, Holzflinten und Macheten, zu stammen scheinen. An die Stelle heroischer Parolen wie Patria o muerte oder Socialismo o muerte ist in der »neuen Weltordnung« ein stummes Muerte o muerte getreten – der frühe Tod ist gewiß, durch Hunger oder in einem letzten Gefecht, das, bei der Stärke und Bewaffnung der Gegner, nichts anderes ist denn ein als Befreiungskampf inszenierter Selbstmord.

»Je nach Zählweise bis zu 119 bewaffnete Konflikte« hat der »Spiegel« im vergangenen Jahr auf jenem Terrain gezählt, das selbst dort, wo seine Räson nicht verstanden, sondern im miesen Charakter diverser Warlords gesucht wird, die »neue Weltunordnung« heißt. Ob in Lateinamerika (Guatemala, Kolumbien, Peru undsoweiter), in Afrika (Algerien, Sudan, Tschad, Somalia, Ruanda, Burundi, Nigeria, Liberia undsoweiter), in den Staaten der ehemaligen Sowjetunion (Armenien, Aserbaidschan, Georgien, Tadschikistan undsoweiter) oder in Asien (Irak, Iran, Afghanistan, Kaschmir, Pakistan, Sri Lanka, Burma undsoweiter) – fast überall ist Verelendung der Massen die Ursache der Kämpfe, fast nirgends ist von deren Ausgang, wie er auch sei, Linderung der Not zu erwarten. Für oder gegen das Regiment Babrak Karmals sich zu entscheiden, bedeutete noch was für die Zukunft der Afghanen, der Region und, wie das Engagement der westlichen Regierungen und aller Parteien des deutschen Bundestags auf der Seite der Mudjaheddin zeigte, vielleicht der ganzen Welt; ob jemand heute für oder gegen Rabbani oder Hekmatyar oder, wie der Kriegsherr Dostam, mal für diesen und mal für jenen ist, bedeutet wahrscheinlich gar nichts und gewiß nichts Gutes, egal für wen, weshalb die deutschen Unterschriftsteller, seit ihre geliebten Freiheitskämpfer die einst von den Kommunisten bedrohten Völker Afghanistans nicht mehr bedrohen, sondern schlachten, das Land aus ihrer Weltkarte radiert haben.

»Seit Anfang Oktober haben sich im argentinischen Ort Villa Gobernador Gonzales sechs Jugendliche umgebracht. Der Bürgermeister führt die Selbstmorde auf die Armut und die schlechten Zukunftsaussichten der Jugendlichen zurück.« Die meisten der von Mexikos Armee massakrierten Indios waren nach Auskunft von Augenzeugen nicht älter als sechzehn Jahre – aber wie schockierend ist das schon in einer Dritten Welt, wo nur jeder Zweite älter als sechzehn wird und ein normaler Friedhof ein Kinderfriedhof ist?

Neu ist das Elend nicht, aber größer war es nie. Seit sie die Welt allein regieren, laden die Herren des Nordens die Krisen der Kapitalverwertung rücksichtslos wie nie zuvor in ihren südlichen Hinterhöfen ab. Um auch bei schlechtem Gang der Geschäfte noch zu verdienen und ihre heimischen Massen einigermaßen bei Laune zu halten, haben sie auf dem Weltmarkt, der jetzt allein ihr Markt ist wie die Welt allein ihre Welt, die Preise für die Produkte des Südens – Rohstoffe und Nahrungsmittel – drastisch gesenkt (bei Kaffee, Kakao und Zucker um bis zu fünfzig Prozent), wobei um ziemlich genau die Prozentpunkte, um die der Preis für die Krönung der schönsten Stunden fällt, die Lebenserwartung der Kolumbianer in den Kaffeeanbaugebieten sinkt. Die jüngst von der EG verhängte Reduzierung der Importquoten für Bananen hat eine Rekordquote Armut und Verzweiflung nach Ecuador, Costa Rica, Kolumbien, Honduras, Panama und Guatemala exportiert, und weil daran das deutsche Kapital nicht direkt beteiligt ist, darf man in dessen Nachrichtenmagazin zu diesem Fall einmal lesen: »Einzige Profiteure sind eine Handvoll internationale Fruchtkonzerne.«

Während der Süden zwischen Chiapas und Villa Gobernador Gonzales wählen kann, winkt einigen Ländern am Rande des Reichtums eine Chance. Ist ihre herrschende Klasse bereit, sich auf Leichen zu stellen, kriegt sie vielleicht den Kopf knapp über Wasser. Das war das Angebot der USA und Kanadas, das die mexikanische Regierung nicht ausschlagen konnte. Um ihre Bourgeoisie auf Kosten des US-Proletariats ein wenig an der industriellen Billigproduktion des Nordens zu beteiligen, willigte sie in den Ruin von Millionen mexikanischer Bauern ein, den die Aufhebung der Schutzzölle für amerikanisches Billiggetreide bedeutet. Die Zapatistas sind das melodramatische Resultat einer Politik, die sich in etwas moderierten Formen sogar innerhalb einiger Staaten des Nordens abspielt – in Italien gegenüber dem Mezzogiorno, in Großbritannien gegenüber Schottland, in Deutschland gegenüber fünf blühenden Landschaften.

Endlich befreit von der Jahrhundertfurcht, zu kraß Mißhandelte könnten sich unter den Schutz einer anderen, der kommunistischen Weltmacht stellen, läßt die Bourgeoisie ihrer rattenhaften Besitzwut freien Lauf. Als die Leichen der von Soldaten durch Kopfschuß umgebrachten jugendlichen Indios schon zu hohen Haufen geschichtet waren, schrieb der mexikanische Nobelpreisträger, Menschenrechtler und Millionär Octavio Paz dort, wo er einen deutschen Reim abgibt: in der »FAZ«, über die Aufständischen, es sei »die Abgestandenheit ihrer Ideologie unübersehbar. Es sind grob

vereinfachende Ideen von Leuten, die in einer anderen Epoche als der unseren leben. Neben den wahnhaften Charakter der Erhebung tritt ihre Gewaltverherrlichung ... Die Lösung – ich meine die militärische, nicht die soziale und politische – wird schnell kommen. Ich glaube, daß es den Streitkräften bald gelingen wird, die Ordnung in dieser Region wiederherzustellen.« *Wiederherzustellen. Die Ordnung. Unserer Epoche.* In der ideologiefrei, ohne grob vereinfachende Ideen, gewaltlos und vernünftig verreckt wird.

An niemandem nämlich erweisen sich die abgedroschensten Parolen der abgestandenen Ideologie so morgendlich taufrisch wie an den bürgerlichen Intellektuellen. Weil das Sein, auf noch viel plattere Art als gedacht, das Bewußtsein bestimmt, schreibt ein mexikanischer Millionär wie ein mexikanischer Millionär eben denkt und ein Angestellter eines deutschen Multimillionärs exakt so wie der Angestellte eines deutschen Multimillionärs. »Wer den Dichter will verstehen, muß des Dichters Bankkonto ansehen«, hat zu seiner besseren Zeit der Martin Walser erkannt, weshalb in »Zeit« und »Spiegel« immer neue Aufrufe erscheinen, die Lebenserwartung der Kubaner endlich von 70 auf 35 Jahre zu senken, das heißt: Kuba so frei zu machen, wie es die Nachbarstaaten Guatemala und Haiti schon sind, oder Bucerius' Feuilletonredakteur den Feind der Menschheit in Leuten entdeckt, die angesichts des Verbrechens, das »neue Weltordnung« heißt, »glauben, es gebe derzeit Dringenderes als die Erinnerung an die Schande DDR (die auch eine Schande der Intellektuellen war)«. Natürlich meint der Ulrich Greiner es nicht so, daß der denunziatorische Umgang der Intellektuellen mit der älteren Weltordnung, zu der die DDR gehörte, eine Schande gewesen sei, sondern im Gegenteil, wobei die paar Intellektuellen, die, wie ich, diese Ordnung schandhaft verteidigt haben, unter »Zeit«-Maßstäben doch nie zu »den Intellektuellen« des Landes zählten.

Die aber, die zählen, sind, obwohl von Greiner Intellektuelle geheißen, vielleicht doch nicht doof genug, vor den mörderischen Resultaten des eigenen antikommunistischen Um-triebs kein schlechtes Gewissen zu kriegen. Weil ihnen für dessen Äußerung aber keiner ein Zeilengeld zahlt, reagieren sie sich in besinnungsloser Wut an denen ab, die ihnen dafür verantwortlich zu sein scheinen, daß die herrschende Welt statt an einer vorgestellten guten an einer Welt gemessen werden kann, die wirklich weniger schlecht war und – once upon a time – real existiert hat. Ihre Wut macht die Redner von den »zwei deutschen Diktaturen« so blind, daß sie nicht mehr sehen, wie 3.355 hochdotierte Aktenforscher in drei Jahren Studium der MfS-Akten nicht einen Fall entdeckt haben, der einer doch gewiß zuvorkommenden Strafjustiz auch nur den Vorwand für ein Verfahren wegen eines Kapitalverbrechens hätte geben können, daß also die Gleichung Stasi=Gestapo etwa so intelligent ist wie Zwangsumtausch=Arisierung.

In Chiapas hat die neue Weltordnung ihr Gesicht gezeigt. Die Autoren, die sich für ihre Mitwirkung an der Zerschlagung der alten Weltordnung mit Staatspreisen und Ehrenzeichen behängt haben: die Genschers und all die anderen Dienst- und Dienstbiermänner wollen ihr Werk irgendwelchen Anonymi anhängen. Es wird eine nützliche Arbeit werden, ihnen das ungeliebte Copyright nachzutragen.

Konkret 02/94, S. 10

Herrschaftszeiten

Quadratisch

praktisch gut geht die Partei Bündnis 90/Die Grünen ins Wahljahr 94. Ihre Wirtschaftsexperten haben ein neues Wirtschaftsprogramm gemacht, das ein »ökologisch-sozialer New Deal« (Ludger Volmer) sein soll und vom ökologisch-sozialen Warentestblatt »Spiegel« die Note »braucht den Vergleich mit den Wirtschaftsprogrammen der Konkurrenz nicht zu scheuen« erhielt. Für den umkämpften Markt der nationalen Stimmen hat der Kommunalangestellte Cohn-Bendit »eine Art Soft-Form der Nation« entwickelt, die »die Heimatbedürfnisse der Menschen« nicht unterschätzt. Den deutschen Imperialismus hat die Partei, als wäre er eine Walter Ulbricht-Straße, in »Entwicklungspolitik im Spannungsfeld Nord-Süd-Ost« umbenannt, nicht ohne kritisch zu hinterfragen: »Wie stehen wir zum praktizierten ›humanitären Interventionismus‹ des Nordens gegenüber dem Süden?« Eine deutsche Partei, wie zum Wählen gemacht.

Eppelmann

Der Friedenschristus war wieder mal per pedes auf dem See Genezareth: Nachdem sein Parteifreund Lamers gefordert hatte, das Außenwirtschaftsgesetz müsse so geändert werden, daß noch viel mehr Leute in aller Welt mit deutschen Waffen umgebracht werden können, und sein Vize-Fraktionsvorsitzender Gerster die Erfüllung dieses Wunsches an die Bedingung geknüpft hatte, daß davon nur die seriösen Mordwaffenhersteller und -händler profitieren dürften (»Der Waffenexport kann nur dann großzügiger und großräumiger geregelt werden, wenn zuvor der illegale Waffenhandel entschlossener und erfolgreicher bekämpft wird«), verlangte Sankt Eppelmann kategorisch, »die Auflagen für den Waffenexport in Krisengebiete zu verschärfen«. Denn also spricht der Herr: Ihr aber sollet Kriegsgerät nur senden in Gegenden, die keine Gebiete der Krise sind, sondern erst zu solchen sich erheben werden können durch die Barmherzigkeit deutscher Waffenlieferanten für und für. Amen.

Demokratie

ist, wenn man sich seine Oppositionellen aussuchen kann. Deshalb hat der Sozialdemokrat Wolfgang Thierse heftig dagegen protestiert, daß in seinem Wahlkreis Berlin Mitte/Prenzlauer Berg der Schriftsteller Stefan Heym als Kandidat von der PDS aufgestellt werden soll. Er sehe nämlich nicht, sagte Thierse, worin er sich mit Heym in den politischen Auffassungen »grundsätzlich unterscheide«. Wäre grundsätzlicher Unterschied die Bedingung fürs Kandidieren, könnte Thierses Partei sich freilich in diesem Jahr ca. 19 Wahlen sparen.

Nationalsozi

Dem brandenburgischen SPD-Vorsitzenden Steffen Reiche war die Meinung zugeschrieben worden, »nur durch den Antinationalismus der Linken« würden »national denkende Jugendliche zu Rechtsextremisten gemacht«. Darüber mußte Genosse Reiche (»Das lasse ich mit mir nicht machen!«) sich so sehr aufregen, daß er zum Beweis des Gegenteils den vollständigen Text der Rede verteilen ließ, in der es ganz anders zugegangen war:

Ich bin dankbar, daß ein lebendiges Wort ein Stück weit, ein kleines, wichtiges Stück weit, in seiner Geschichte offengelegt wird – das lebendige Wort Nation... Ich bin stolz, ein Deutscher zu sein, weil ich froh, ja dankbar bin, in dieser Sprache, in dieser Literatur, in diesem Land mit seiner, meiner Geschichte zu leben. Mit diesen Menschen, ihren liebenswerten Freundlichkeiten und ihren Widerwärtigkeiten...

Fraglos, wir gehören zu einer Nation – zur deutschen Nation. Wer die Nation ausblendet und an ihre Stelle den in Europa im Einigungsprozeß aufgehenden Staat setzt, setzt damit etwas Absterbendes, etwas Totes, an die Stelle von Lebendem... Deutsch ist ein lebendiges Wort, das ruft nach einem Wort, das es bestimmen kann – deutsche Sprache, deutsche Geschichte, deutsche Architektur, deutsche Wirtschaft... Es gab in der nationalsozialistischen Zeit einen Mißbrauch des lebendigen Wortes Nation... dieses lebendige Wort... die Ablehnung des lebendigen Wortes bei den Linken... wenn sich die Menschen in so etwas wie einer lebendigen Nation geborgen wissen... wir sind als Nation gefragt...

Ist das ein Minimalkonsens mit Rechtsextremen, Rechtsradikalen oder Nationalisten? Nein, es ist ein Konsens mit ganz verschiedenen Menschen, den ich öffentlich bekunde, um zu verhindern, daß sie sich an rechtsextreme oder rechtsradikale

Ränder gedrängt fühlen, sich nicht mehr mit mir wagen in ein Gespräch zu treten... Tilman Fichter leckt gegen den Stachel und schreckt damit das sozial-demokratische Lager auf. Das tut gut. Er macht die Verachtung gegen ein für obsolet gehaltenes Wort obsolet, indem er gegen den Verdruß an diesem Wort anschreibt... Indem er den Staub entfernt und die frechen Aufkleber abreißt, macht erdas Wort und damit ein altes und neues Denken salon-, ja partei- und hoffentlich auch bald parteitagsfähig.

Reiche, der mit der lebendigen deutschen Sprache, schreibt tatsächlich »leckt«, wie er an anderer Stelle »Genozyd« schreibt, weil auch das ein ausländisches bzw. Absterbe-Wort ist. »Deutschland hat ein Problem«, sagt Al Bundy: »Es liegt in Deutschland und wird von Deutschen bewohnt.« Von Volksgenossen wie den beiden Steffen: Heitmann bzw. Reiche.

Strafe 1

Ein Geschworenengericht in Tirana hat gegen zehn ehemalige kommunistische Spitzenpolitiker Albaniens Haftstrafen von insgesamt 63 Jahren ausgesprochen. Die zehn Ex-Mitglieder des Politbüros wurden des Privilegienmißbrauchs für schuldig befunden. Sie müssen außerdem illegal bezogene Gelder in Höhe von 1.000 bis 5.000 Dollar an den Staat zurückzahlen. Nach diesem Tarif hätten der Hartmut Perschau und seine fünf Schweriner Kabinettskollegen, die pro Mann im Schnitt das vier- bis zwanzigfache haben mitgehen lassen, hingerichtet werden müssen.

Strafe 2

Ein südafrikanisches Gericht hat ein weißes Ehepaar, das einen Schwarzen getötet hat, weil dessen Köter sich mit dem Fiffi der Herrenmenschen gepaart hatte, zu 1.100 Mark Geldstrafe verurteilt.

Quiz

Was ist das?: »Die Umstände haben mich gezwungen, jahrzehntelang fast nur vom Frieden zu reden. Nur unter der fortgesetzten Betonung des deutschen Friedenswillens und der Friedensabsichten war es mir möglich, dem deutschen Volk Stück für Stück die Freiheit zu erringen und die Rüstung zu geben, die immer wieder für den nächsten Schritt als Voraussetzung notwendig war, ... das deutsche Volk psychologisch allmählich umzustellen und ihm klarzumachen, daß es Dinge gibt, die, wenn sie nicht mit friedlichen Mitteln durchgesetzt werden können, mit Mitteln der Gewalt durchgesetzt werden müssen. Dazu aber war es notwendig, nicht etwa nun die Gewalt als solche zu propagieren, sondern ... bestimmte außenpolitische Vorgänge so zu beleuchten, daß die innere Stimme des Volkes selbst langsam nach der Gewalt zu schreien begann, ... daß im Gehirn der breiten Masse des Volkes ganz automatisch allmählich die Überzeugung ausgelöst wurde: Wenn man das eben nicht im Guten abstellen kann, dann muß man es mit Gewalt abstellen; so kann es aber auf keinen Fall weitergehen.«

Ein Zitat aus der Silvesteransprache des deutschen Bundeskanzlers im Jahr 1996? (Richtige Lösung: der deutsche Reichskanzler vor der Presse am 10. November 1938.)

Haushaltsnachtrag

Eine Meldung, für die wegen der vielen Spendenaufrufe über Weihnachten in der Bürgerpresse kein Platz mehr war:

»Der Vertreter des Flüchtlingshilfswerks der Vereinten Nationen (UNHCR), Land, erhob schwere Vorwürfe gegen Politiker und Militärs in Bosnien. Diese setzten die Bevölkerung vorsätzlich Hunger und Kälte aus. Es seien genügend Lebensmittel und Brennstoffe für Millionen Menschen vorhanden, doch gelangten sie nicht zu den Bedürftigen, sagte Land. Dahinter steckten politische und militärische Motive.«

Nachgefragt

In der Silvesterausgabe der Tageszeitung »Neues Deutschland« hat der Brandenburger CDU-Landtagsabgeordnete Peter-Michael Diestel, der letzte Innenminister der DDR, Auszüge aus dem Operativen Vorgang »Larve« des ehemaligen Rostocker Pfarrers Joachim Gauck, heute »Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik«, zur Kenntnis gegeben. Er zitierte aus dem Bericht eines MfS-Hauptmanns, der nach einem Gespräch mit Gauck, dem Pfarrer, vorschlug, einen IM-Vorlauf anzulegen. »IM-Vorlauf« ist laut dem unterdessen von Gauck, dem Bundesbeauftragten, herausgegebenen »Wörterbuch der Staatssicherheit« die

Bezeichnung für »die im Prozeß der Gewinnung eines in der Abt. XII registrierten IM-Kandidaten als IM durchzuführenden« Maßnahmen. Das »Neue Deutschland« druckte am 5. Januar eine Gegendarstellung von Joachim Gauck, die den von Diestel aufgestellten Behauptungen allerdings nicht widerspricht. Mit Peter-Michael Diestel sprach Boris Gröndahl.

Warum hat der damalige Rostocker Pfarrer Joachim Gauck 1988 mit dem MfS-Hauptmann Terpe gesprochen?

Das müssen Sie Herrn Gauck fragen. Herr Gauck wird, wenn ich das vermuten darf, aus den gleichen Gründen wie jeder andere ehemalige DDR-Bürger mit Vertretern dieses Ministeriums gesprochen haben. Man konnte in der DDR diesen Gesprächen nicht aus dem Weg gehen. Wir haben in einer Diktatur gelebt und die mächtigste Struktureinheit dieser Diktatur hieß Ministerium für Staatssicherheit.

Sie haben in Ihrem Artikel in der Silvesterausgabe des »Neuen Deutschland« erwähnt, daß Herr Gauck ausdrücklich mit einem höheren Rang des MfS sprechen wollte.

Das steht in seiner Akte drin, und dem hat Herr Gauck auch nicht widersprochen: Gauck verbat es sich »von vornherein«, »mit einem kleinen Leutnant des MfS zu sprechen«. Herr Gauck hat im übrigen nicht einer einzigen Einzelheit aus meinem Artikel widersprochen, so daß man davon ausgehen kann, daß das, was ich dort dargestellt habe, auch hundertprozentig stimmt.

Warum hat der MfS-Hauptmann Terpe Ihrer Meinung nach vorgeschlagen, einen IM-Vorlauf für Herrn Gauck anzulegen?

Es war üblich, daß in Operativen Vorgängen Personen in Augenschein genommen wurden, die man künftig für eine Mitarbeit gewinnen wollte. Etwa ein Drittel aller derartigen Operativen Vorgänge sind mit der Anwerbung des Betroffenen abgeschlossen worden. Herr Gauck hat sich in diesen Gesprächen als kooperativ und sehr konstruktiv erwiesen. Der Hinweis, den Herr Gauck im »ND« gegeben hat: Er sei ja in einem Operativen Vorgang gewesen, und deswegen sei er selbstverständlich Opfer, ist daher lächerlich. Auch der Umstand, daß sehr viele IMs in seiner Umgebung angeblich auf ihn angesetzt waren, muß nicht bedeuten, daß damit ein Opfer bespitzelt wurde, sondern es kann durchaus heißen, daß dort ein Kandidat für eine künftig aktive Zusammenarbeit gewonnen werden sollte. Es hat sich dort ein für die damalige Zeit ganz normaler geheimdienstlicher Vorgang ereignet, den Herr Gauck heute versucht umzuinterpretieren. Und das ist das, was ich Herrn Gauck vorwerfe.

Würden Sie sagen, daß sich Herr Gauck beim MfS angedient hat?

Er hat sich in den Gesprächen sehr konstruktiv verhalten. Angedient – wie soll man es anders nennen, wenn einer das Bedürfnis hat, mit einem höheren Beamten zu sprechen, wenn er diesem Beamten nach dem Gespräch versichert, »der Besuch eines Mitarbeiters des MfS« habe ihn »im Ergebnis dieses Gesprächs angenehm überrascht«, wie soll man es sonst nennen, wenn einer prominente Referenten wünscht aus der Parteihierarchie, wie den Leiter der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, Professor Reinhold? Das hat Gauck ja nicht bestritten, daß er das gewünscht hat. Man könnte durchaus sagen: »angedient«. Man kann aber auch sagen, und das würde mir mehr liegen, er hat sich sehr wohlwollend und konstruktiv in diesen Gesprächen verhalten.

Wer ist der größere Heuchler, Gauck oder Stolpe?

Stolpe ist im Grunde der einzige, der über diese MfS-Kontakte sehr viel, sehr umfangreich, nicht vollständig, aber doch sehr viel gesprochen hat. Ich will zu Herrn Gauck gar nicht Heuchler sagen, so was liegt mir fern. Ich werfe Herrn Gauck einfach vor, daß er sich benutzen läßt, um ein häßliches Kapitel DDR-Geschichte zu instrumentalisieren gegen die Menschen im Osten. Das werfe ich ihm vor. Ich werfe Herrn Gauck vor, daß er vergißt, wie konstruktiv und wie hilfsbereit er in diesen Gesprächen mit dem MfS war, und daß dasselbe bei vielen anderen Menschen zu einer vollständigen Ausgrenzung führt, zu einer vollständigen Vernichtung der bürgerlichen Existenz. Ich weiß nicht, ob man Herrn Gauck überhaupt etwas in Bezug auf seine Vergangenheit, speziell in Bezug auf seine Kontakte zum MfS vorwerfen kann. Ich glaube, daß Gespräche, wie sie Herr Gauck zum Beispiel mit dem MfS geführt hat, in einer Diktatur gar nicht zu vermeiden gewesen sind. Aber wenn sie für Herrn Gauck nicht zu vermeiden gewesen sind, dann sind sie auch für alle anderen nicht zu vermeiden gewesen. Jeder normale Straftäter kann nach einer gewissen Zeit wieder seine bürgerlichen Rechte wahrnehmen. Heute sieht das Landeswahlgesetz in Sachsen vor, daß, wer in Kontakt mit dem MfS stand, kein passives Wahlrecht besitzt. Es wird gar nicht geprüft, wie die Kontakte geartet waren, ob denunziert und bespitzelt wurde oder ob dort mit einem Teil der Obrigkeit durchaus kritische Dinge ausgetauscht worden sind.

Konkret 02/94, S. 12

Jürgen Reents

Dr. Schäubles schöne neue BRD

Rechtsextremismus der Mitte: Wolfgang Schäubles Überlegungen zum Einsatz der Bundeswehr auch im Innern dienen dem Ausbau eines Sicherheitsstaates, der nicht unbedingt will, aber kann, wenn er muß

Wolfgang Schäuble ist ein Mann mit Phantasie. Seine Überlegung, das Grundgesetz für einen Bundeswehreinsatz gegen den internationalen Terrorismus, gegen illegale Einwanderer und gegen andere nichtmilitärische Bedrohungen zu ändern, untermalte er im Interview mit dem »Spiegel« folgendermaßen: »Nehmen wir als ein technologisch weniger anspruchsvolles Beispiel ein mit Sprengstoff bestücktes Modellflugzeug. Natürlich könnte man dagegen etwas unternehmen, nämlich solch ein Flugobjekt abschießen, aber die Bundeswehr darf das nicht.«

Was aber folgte daraus, wenn die Bundeswehr nun doch dürfte, wie Schäuble will? Die Bundeswehr müßte wohl um jede Konferenz, um jeden Staatsbesuch, um jede Kabinettssitzung und um jede Veranstaltung mit Regierungspolitikern eine Batterie von Flugabwehrraketen aufstellen. Denn Modellflugzeuge, auch solche, die mit Sprengstoff bestückt sind, pflegen in der Regel keine Anflugstrecken über Hunderte von Kilometern zu nehmen. Sie müßten demzufolge kurz vor dem Ziel abgeschossen werden – oder das Ganze wäre berstender Unfug.

Lohnt sich überhaupt ein ernsthaftes Wort zu Schäubles Überlegung? Bis auf die notorisch schaummündigen Johannes Gerster, Michael Glos und Rupert Scholz sowie die Kommentatoren solcher Zeitungen wie »Welt« und »Aachener Volkszeitung« haben schließlich fast alle sofort empört abgewunken: Unverantwortlich, absurd, gespenstisch und naiv sei das, hieß es in den Kommentaren. Die Bundesrepublik sei schließlich keine Bananenrepublik (»Westfälische Rundschau«) und das Grundgesetz keine Knetmasse (»Sächsische Zeitung«), Schäuble habe vermutlich ein Stück aus dem Wintertheater geliefert (»Neue Osnabrücker Zeitung«), er zündele an gefährlicher Stelle (»Hamburger Abendblatt«), das komme mit der FDP nicht in Frage (FDP-Verteidigungsexperte Koppelin), in der CDU/CSU sei der geistige und politische Notstand ausgebrochen, und man müsse sich fragen, ob sie anfange durchzudrehen (SPD-Bundesgeschäftsführer Verheugen). Selbst in Schäubles eigener Fraktion orteten die Medien ungläubiges Staunen und eine Demonstration des Schweigens (»Schweriner Volkszeitung«), und auf der Hardthöhe habe man schlicht den eigenen Ohren nicht getraut (»General-Anzeiger«). Vor allem aber: Für eine solche neue Rolle der Bundeswehr fehle die Mehrheit.

Daß das letztgenannte Argument in fast keiner Stellungnahme und fast keinem Kommentar fehlte, ist eher erschütternd als beruhigend. Es ist als Kritik absolut bedeutungslos, aber in der Häufigkeit seiner Wiederkehr ein untrügliches Indiz dafür, daß man sich genau darüber gar nicht so sicher sein kann – der Strohhalm, der das Ertrinken umso näherbringt, je mehr Hände nach ihm greifen.

Zwar hat es insgesamt mehrere Jahre gedauert, bis die »Asyldebatte« in der »Neufassung« des Art. 16 mündete. Aber nachdem das Unmißverständlich-Hände-weg-vom-Grundgesetz-Ritual der SPD erst einmal leiser wurde, brauchte es nur noch wenige Monate bis 132 der 239 SPD-Bundestagsabgeordneten am 26. Mai letzten Jahres ihre Hand zu Schäubles Schwur hoben. Die Zeitungen, die das nicht als Erfolg feierten, obwohl auch sie vorher mit »kritischen Einwänden« Verfassungsschutz gespielt haben, muß man heute zumeist woanders als am Kiosk suchen.

Also: Die Kampagne ist gerade erst eröffnet worden. Es darf noch nicht geschossen werden.

Bei der Intelligenz und der taktischen Finesse, die Schäuble gemeinhin und durchaus nicht unbegründet nachgesagt werden (auch von Personen, die jetzt in bester Vorwahlkampfstimmung proben, ob die Vokabel »naiv« oder die Vokabel »durchgedreht« mehr Zitate in den Medien bringen), ist nicht anzunehmen, daß der CDU-Fraktionschef einfach unüberlegt formuliert hat, ohne daß er tatsächlich will, was er sagt. Schäuble hat seine Überlegung nicht nur in seinem »Weihnachtsbrief« an die eigene Fraktion und parallel dazu in einem Pressegespräch in Bonn vorgetragen. Nachdem die Agenturen am 21. Dezember ihre Eilmeldungen abgeschickt und alle Zeitungen am folgenden Tag »das Thema« auf die Titelseiten plaziert hatten, wies der »Focus«-Chefredakteur Markwort genüßlich darauf hin, daß er »die Aufregung« nicht verstehe. Sein Blatt habe schließlich schon am 13. Dezember – etliche Tage vor Schäubles Brief und Pressegespräch – geschrieben: »Krach zu entfesseln empfiehlt der Bonner CDU/CSU-Fraktionschef Wolfgang Schäuble als Wahlkampfrezept. Der Streit scheint ihm sicher. Eine seiner Ideen, vorgetragen bei einem vertraulichen Treffen mit den C-Fraktionsvorsitzenden der Landtage in Bonn: Das Grundgesetz so ändern, daß die Bundeswehr neben dem Bundesgrenzschutz (BGS) zur Überwachung der (Ost-)Grenzen eingesetzt werden könne.«

Schäuble plant. Er will die Polarisierung in dieser Frage. Aber er will auch das Resultat, nicht nur den Krach. »Wenn die Diskussion zum Ergebnis hätte, mehr für den Grenzschutz zu tun, wäre das ja schon ein guter Effekt«, sagt er. Ein guter Effekt ist für Schäuble aber noch nicht die ganze Miete. Wie kaum ein anderer auf der Bonner Bühne versteht er es, erst zu provozieren und seinen Kritikern sodann selbst Argumente zu liefern, mit denen sie seiner Provokation scheinbar entgegentreten können, die sie aber nur in selbige hineinlocken. Wenn seine Kritiker die Einladung zunächst auch ausschlagen, den Weg dahin lassen sie sich allemal gern beschreiben. Der brandenburgische Innenminister Alwin Ziel

(SPD) teilte mit, er habe Bundesinnenminister Kanther bereits aufgefordert, die BGS-Einheiten zur Sicherung der Ostgrenze personell und technisch zu verstärken, statt dafür die Bundeswehr einzusetzen.

Aus diesem »statt« droht Unheil. In der »Asyldebatte« waren es zunächst die Vereinfachung und die Verkürzung der Asylverfahren, mit denen die SPD sich statt der Grundgesetzänderung Kompromiß über Kompromiß in die Abschaffung des Grundrechts auf Asyl locken ließ. Bei den Auslandseinsätzen der Bundeswehr sind es die »humanitären Blauhelmaktionen«, die zunächst statt der Kampfeinsätze dazu geführt haben, daß deutsche Uniformen wieder weltweit getragen werden dürfen.

Schäuble exekutiert mit eiserner Konsequenz das, was die »Asyldebatte« an »Konsens« hervorgebracht hat: die Abschottung der Bundesrepublik gegen »weltweite Wanderungsbewegungen«, die Besitzstandswahrung des reichen (West-)Europa und des industriellen Norden gegen den armen Süden und Osten. Wer dies im Grundsatz teilt, wird sich irgendwann auch Schäubles Kalkül beugen, es notfalls mit militärischen Mitteln zu sichern. Es ist tatsächlich nicht mehr und nicht weniger als die brutale Logik des Bundestagsbeschlusses vom 26. Mai vergangenen Jahres. Mit Schäubles Forderung beginnt diese Logik jetzt genau den Lauf, vor dem Gregor Gysi in jener Debatte mit den Worten gewarnt hatte: »Aus der Erfahrung der DDR ergibt sich eine Lehre, die zwingender Natur ist: Wer Mauern an den Grenzen errichtet, egal, ob sie aus Infrarotstrahlen oder aus Beton sind, der wird auch die Bereitschaft zum Schießen aufbringen müssen, damit solche Mauern einen Sinn machen.«

Und da Schäuble kein Mann für sinnlose Politik ist, mußte er irgendwann diesen nächsten Schritt einleiten. Der bevorstehende Wahlkampf und die damit immer einhergehende Profilierung und Polarisierung mögen den Zeitpunkt beeinflußt haben. Darin aber den erschöpfenden Grund oder Zweck seines Vorstoßes zu sehen, wäre falsch. Schäuble hat sich für den Bestand dieser Gesellschaft in dieser Welt auf den Kriegspfad begeben. Die Vorhaltungen des »Spiegel« und anderer Kommentatoren, Schäuble wolle »eine andere Republik«, sind vielleicht griffige Floskeln, aber weder Kritik noch Analyse. »Nein, ich will genau diese Republik bewahren«, entgegnet Schäuble und lügt nicht. Er will genau diese Republik bewahren, die einige Millionen Menschen in den Wohlstand ein- und umso mehr davon ausschließt.

Wer angesichts dessen den Ausbau des Bundesgrenzschutzes für das entscheidende Gegenargument hält, entscheidet sich lediglich dafür, zunächst eine kleinere Eskalationsstufe zu wählen. Schäuble wird zufrieden sein und bei nächster Gelegenheit nachweisen, daß sie nicht mehr reicht. Man bedenke: Die UN-Flüchtlingskommission hat ungefähr zeitgleich mit Schäubles Forderung veröffentlicht, daß die Zahl der Menschen, die sich weltweit auf der Flucht befinden, im vergangenen Jahr erneut um 1,5 Millionen auf 19,7 Millionen angestiegen ist. Und daß diese Zahl das ganze Ausmaß von Hunger, Armut, Verfolgung und Kriegsbedrohung in der Welt nur unvollkommen wiedergibt, ahnen zumindest auch die meisten Menschen in diesem Land.

Schäuble wird, wenn die Debatte so weitergeht, die Angst vor anonymer Bedrohung, in die alles hineingemischt wird (und nur dafür taugen auch solch lächerliche Beispiele, wie er sie den »Spiegel«-Lesern zugemutet hat), zu seinem stärksten Verbündeten machen. Nach einer ersten Forsa-Umfrage, die »Die Woche« am 5. Januar publiziert hat, haben auf die Frage, ob die Bundeswehr nicht nur zur Verteidigung nach außen, sondern auch im Inneren eingesetzt werden solle, 47 Prozent mit »Ja« und 43 Prozent mit »Nein« geantwortet, 10 Prozent antworteten mit »Weiß nicht«. Die Zeiten, in denen mindestens ebensoviele Menschen für das genaue Gegenteil plädierten (Weg-mit-den-Raketen), sind vorbei. Solche Umfragen wird Schäuble der SPD bald pausenlos um die Ohren hauen, bis sie nicht mehr weiß, wo Bad Godesberg liegt. Und dann gibt’s den Kompromiß: Einsatz der Bundeswehr an den Grenzen ist ok, aber weiter im Innern des Landes nicht. Und der Leopard bleibt auch im Käfig. Den will Schäuble auch (noch) gar nicht. Und es wird sich zeigen, daß auch alles (erst mal) friedlich läuft. Schäuble ist nicht schießwütig, er will nur den absoluten Sicherheitsstaat etablieren, der »jeder denkbaren Situation gerecht« wird, der nicht auf Teufel komm raus will, sondern kann, wenn er muß.

»Ich möchte den Staat schon gern so stark haben, daß die Bürger nicht glauben, sie müßten bei irgendwelchen radikalen Kräften ihre Zuflucht suchen«, sagt Schäuble. In diesem Konzept liegt gerade soviel Nähe zu nationalistischen und rechtsextremistischen Stimmungen, wie benötigt wird, um diese zu integrieren (und damit auch als Instrument zu erhalten), und soviel Distanz, um sich selbst international stabil zu halten: Schäuble bietet an, den Rechtsextremismus durch einen Extremismus der Mitte »überflüssig« zu machen – dies hat den Konservatismus in Krisenzeiten schon immer geprägt.

Es ist unsinnig, Schäuble in der gegenwärtigen Debatte entgegenzuhalten, er wolle die Bundeswehr gegen Demonstranten und Streikende einsetzen (auch wenn dies bei den Gesetzesplanungen über den »inneren Notstand« Mitte der sechziger Jahre bereits diskutiert wurde). Ein solcher Einwand, der Schäubles aktuellen Vorstoß nur negativ karikiert, gibt diesem im Gegenteil geradezu Raum, sich zu entfalten, weil er unterstellt, daß die Einsätze, die Schäuble tatsächlich thematisiert hat, doch »weniger bedenklich« seien. Das sind sie aber nicht.

Wenn’s nicht so makaber wäre, könnte man heute ein florierendes Wettbüro eröffnen: Findet der Bonn-Berlin-Umzug noch vor dem ersten Bundeswehreinsatz im Innern statt oder umgekehrt? Die Wetteinnahmen sollten weniger an einen

gemeinnützigen als an einen ungemein nützlichen Zweck gehen: den Aufbau einer politischen Linken in diesem Land, die sich wieder einmischt.

Jürgen Reents schrieb in KONKRET 6/93 über die Großmachtambitionen der BRD

Konkret 02/94, S. 14

Sebastian Scheerer

Kriminalität und Kontrolle

Von der Disziplinar- zur Kontrollgesellschaft – Anmerkungen zur Transformation des bürgerlichen Rechtstaates BRD seit der Wiedervereinigung

Wie betäubt steht die deutsche Linke – jene spezifische Mischung aus Heinrich Manns *Untertan*, Selbsthaß und endogener Depression – an einem Wendepunkt der Geschichte. Die Welt zu verändern ist ihr aus den verschiedensten (ex post völlig einleuchtenden) Gründen nicht gelungen. Nun kommt es darauf an, die Vorgänge, die uns umgeben und auf die wir weniger Einfluß haben denn je, überhaupt erst einmal »verschieden« – nämlich in Absetzung von der hegemonialen Ideologie – zu interpretieren.

Die Entwicklungen im Bereich von »Kriminalität und Kontrolle« besitzen insgesamt immer einen guten Indikatorenwert für den Stand der Dinge und die Richtung der Veränderung. Ich will deshalb die reale Entwicklung seit 1991 in groben Umrissen skizzieren und eine von der herrschenden Lesart abweichende Interpretation anbieten.

Was die herrschende Lesart angeht, so sehen Politiker aller größeren Parteien die Gesellschaft von drei großen Gefahren bedroht: von der straff organisierten, international operierenden Organisierten Kriminalität, von der springflutartig ansteigenden allgemeinen Kriminalität und vom Sozialschmarotzertum der Blaumacher, Schwarzarbeiter und betrügerischen Leistungsbezieher. Gegen diese Bedrohungen muß mobil gemacht werden, bevor es zu spät ist. Es müssen neue Methoden der Verbrechensbekämpfung eingesetzt, d.h. aber auch die Grenzen zwischen staatlichen Eingriffsbefugnissen und bürgerlichen Freiräumen neu vermessen werden, sollen Staat und Gesellschaft nicht Opfer mafioser Strukturen, gewaltförmiger Konfliktaustragung und massenegoistischer Ausplünderung werden.

Gegen dieses Bedrohungsszenario hat übrigens die Linke, die ja selbst seit langem zu den Mitveranstaltern des hegemonialen Drogendiskurses einschließlich der Dealer-Paranoia gezählt werden muß und insofern an der Konstruktion des »organisierten Verbrechens« überhaupt nicht unschuldig ist, intellektuell sehr wenig aufzubieten. Auch in der kognitiven Welt der Linken sind »gewissenlose Dealer«, die »wie Spionagedienste organisiert sind«, am Elend unzähliger Drogenabhängiger und ihrer Angehörigen schuld, und deshalb muß natürlich neben der Hilfe für die Betroffenen auch das strafrechtliche Instrumentarium geschärft, müssen die Rauschgiftbanden zerschlagen werden. Auch für die Linke »steigt die Kriminalität«, auch wenn sie eher auf die Gewalttaten gegen Ausländer verweist als auf das Krankfeiern von Arbeitnehmern. Ihr Widerstand gegen die neuen Formen der Verbrechensbekämpfung ist deshalb auch, soweit es ihn überhaupt noch gibt, rhetorisch schwächlich und nicht einmal für die eigenen Getreuen überzeugend, so daß er praktisch wie eine Einladung an die Regierenden wirkt, die neuen Polizeiprojekte möglichst ungeschmälert über die Bühne zu bringen.

Eine kritische Auseinandersetzung hätte demgegenüber mit den Fakten zu beginnen und sich auf eine gesellschaftstheoretisch kompatible Theorie sozialer Kontrolle zu beziehen. Sie hätte erstens, was die Organisierte Kriminalität als den gegenwärtigen Kern des Bedrohungsszenarios angeht, deren (insbesondere im Vergleich zu den legalen Konzernstrukturen) eher desorganisierten Charakter zur Kenntnis zu nehmen und die Mär vom bösen Dealer ebenso als Ideologem zu entlarven wie die von den verführten Süchtigen. Der internationale »Rauschgifthandel« als Zentrum des organisierten Verbrechens würde in einem ganz anderen Licht erscheinen und andere Maßnahmen als die höchstens symbolisch wirksamen Bekämpfungsmethoden der Gegenwart attraktiv erscheinen lassen.

Zweitens müßte sie sich mit der Kriminalstatistik für das Jahr 1992 als dem jüngsten Beleg dafür auseinandersetzen, daß »die Kriminalität in unserem Lande neue erschreckende Dimensionen angenommen« habe, wie es offiziös hieß, als die Zahlen bekannt wurden. Der Trend zu rigoroser Anwendung brutaler Gewalt, so konnte man erfahren, habe sich in beängstigendem Maße verstärkt. Und tatsächlich registrierte die Polizei eine Zunahme der Gesamtkriminalität – oder was ihr so erscheint – von 9,6 Prozent gegenüber 1991. Die großen Steigerungen allerdings gab es bei den Taschen- (+19,6 Prozent) und den Autodiebstählen (+30 Prozent in den alten Bundesländern), also bei den gerade nicht gewaltförmigen Delikten. Diese Delikte brauchen angesichts der Öffnung hin zu den völlig verarmten osteuropäischen Staaten praktisch nicht erklärt zu werden. Sie sind die normalen Randerscheinungen zunehmender Interaktionen zwischen einem extrem reichen Brückenkopf der westlichen Industriestaaten und seinen verelendeten Nachbarn im Osten und Südosten. Diese Nachbarn werden, sofern sie sich hier ansiedeln, fast automatisch kriminalisiert. Wenn die Kriminalstatistik davon spricht, daß 29,3 Prozent aller Delikte von Ausländern begangen wurden, dann wird damit der Eindruck geschürt, daß fast jeder dritte Mord und Totschlag, jeder dritte Raub und jede dritte Vergewaltigung Ausländern anzulasten sei. Doch nichts ist irreführender als das. Denn bei den von den Ausländern verübten Delikten handelt es sich in erster Linie um Verstöße gegen das Ausländergesetz und das Asylverfahrensgesetz – also um Delikte, die per definitionem nur von Ausländern begangen werden können, und um Gesetze, gegen die man praktisch verstoßen muß, wenn man als Ausländer in Deutschland lebt. Es handelt sich also bei dem Großteil der berühmten Ausländerkriminalität um Verstöße rein

administrativen Charakters, die auch vom Gesetzgeber, wenn die Ausländer denn eine Lobby hätten, richtiger als bloße Ordnungswidrigkeiten eingestuft worden wären.

Drittens würde es sich lohnen, einen Blick auf das sogenannte Schmarotzertum zu werfen. Nach einer neuen Publikation kostet die widerrechtliche Erschleichung von Arbeitslosengeld, Sozialhilfe, Wohngeld, Kindergeld und anderen sozialen Leistungen die öffentlichen Haushalte jährlich »weit über 10 Milliarden D-Mark«. Das mag schon sein (auch wenn die Schätzung ohne greifbare Anhaltspunkte bleibt). Doch wo liegt die wirtschaftliche Relevanz dieses Phänomens? Sind es nicht vornehmlich die ärmeren Haushalte, die sich mit diesen und ähnlichen Mitteln über Wasser halten müssen, die jede nach dem Buchstaben des Gesetzes zu Unrecht bezogene Mark gleich wieder in Miet- und Nebenkosten anlegen oder zum Aldi-Markt tragen? Und wahrscheinlich ist das, was sie »zu Unrecht« beziehen, letztlich nicht mehr als der Wert von Leistungen, die ihnen nach ihren Verhältnissen aus anderen Töpfen eh zustehen würden, mangels Information oder Durchsetzungsfähigkeit aber nicht abgerufen werden. Die Summe der in Deutschland erschwindelten Leistungen dürfte eher unter der Summe der den Bedürftigen zustehenden, von ihnen aber nicht in Anspruch genommenen Leistungen liegen.

So etwa 300 Milliarden Mark sind seit der Wiedervereinigung nach Luxemburg abgewandert, weil dort hohe Zinserträge ohne Steuerabzug zu haben sind. Wären diese Gelder steuerehrlich in Deutschland angelegt (oder hätte die Bundesregierung seinerzeit nicht die europaweite Quellensteuer sabotiert), könnte man den als Sozialschmarotzer stigmatisierten ärmeren Mitbürgern die Sozialhilfe ganz legal aufstocken und bräuchte sich keine Gedanken darüber zu machen, wie man den Arbeitnehmern noch das Schlechtwettergeld, das Krankengeld usw. wegnehmen kann.

Es handelt sich bei den hochthematisierten Bedrohungen also in Wirklichkeit nur um ein Gemisch aus selektiven Betonungen, der Unterdrückung wesentlicher Aspekte und reinen Konstruktionen. Ihre diskursive Gestalt ist nicht aus den Phänomenen heraus zu erklären, die sie mehr verschleiern als beleuchten, sondern aus ihrer Funktionalität für das, was angeblich nur auf sie reagiert, realiter aber Agens ist. Die Maßnahmen der sozialen Kontrolle, angeblich notwendige bis reflexhafte Antworten auf reale Bedrohungen, sind keine Sachzwänge, sondern politische Setzungen, denen die publizierten Kriminalitätsbilder entsprechend angepaßt werden.

Die kriminalpolitischen Setzungen der letzten Jahre (und besonders markant seit der Wiedervereinigung) laufen auf eine Transformation des bürgerlichen Rechtsstaats in eine neuartige Verfassung hinaus, die man mit Gilles Deleuze – und mit ihm auch in Abgrenzung zu der von Michel Foucault beschriebenen bürgerlichen (und realsozialistischen) »Disziplinargesellschaft« – als diejenige einer (post-bourgeoisen) »Kontrollgesellschaft« bezeichnen könnte. Im Gegensatz zur Disziplinargesellschaft des 18. und 19. Jahrhunderts, die sich durch die Organisation großer Einschließungsmilieus hervortat, in denen die Individuen aus Staats- und Ausbeutungsraison räumlich konzentriert und gleichförmig abgerichtet wurden (Schule, Kaserne, Betrieb, Irrenhaus, Krankenhaus, Gefängnis), kontrolliert die neue Gesellschaft gleichsam im offenen Gelände. »Es braucht heute keine Phantasie mehr«, schreibt Deleuze, »um sich einen Kontrollmechanismus auszudenken, der in jedem Augenblick die Position eines Elements in einem offenen Milieu anzeigt.« Deleuze bezieht sich dann auf Félix Guattaris Vision einer Stadt, in der jeder seine Wohnung, seine Straße, sein Stadtviertel nur mit seiner elektronischen Karte verlassen kann, die diese oder jene Schranke öffnet – aber manchmal auch nicht (so wie die Karte vom ec-Automaten auch wieder ausgespuckt wird, wenn das Konto überzogen ist). Was zählt, ist nicht die Schranke, sondern der Computer, der die – zulässige oder unzulässige – Position eines jeden einzelnen ermittelt und eine allgemeine Modulation bewirkt.

Ein Blick auf die Kontrollentwicklung der jüngsten Zeit beweist, daß wir uns in der Tat an einem Anfang befinden. War der bürgerlich-liberale Rechtsstaat von der Idee beherrscht, Staat und Gesellschaft voneinander abzugrenzen, die individuellen Rechte der Bürger dem staatlichen Zugriff zu entziehen und den Staat durch einen Ausschuß der Öffentlichkeit (Parlament) kontrollieren zu lassen, so sehen wir dieses Konzept inzwischen idealiter wie realiter umgestülpt. Fast schon trivial erscheint zunächst die Computerisierung der Kontrollapparate und die Zentralisierung/Europäisierung der Datenhorte. So betreibt Deutschland z.B. seit Dezember 1992 ein automatisches Fingerabdruck-Identifizierungssystem (AFIS), das gegenwärtig sogenannten Doppelidentitäten von Asylbewerbern nachspürt und bei Verdacht umgehend sowohl die zuständigen Ausländerbehörden als auch die Sozialhilfeträger und Strafverfolgungsbehörden benachrichtigt. Dieses recht effiziente System wird Anfang 1994 auch für kriminalpolizeiliche Ermittlungen zur Verfügung stehen und wenig später unter dem Namen EURODAC die nationalen Grenzen hinter sich lassen.

Folgenreicher wird die durch KGT und TREVI fortschreitende Entdifferenzierung von Polizei und Geheimdiensten sein. Ersteres ist das Kürzel für die Koordinierungsgruppe Terrorismusbekämpfung, die im Mai 1991 durch die Innenministerkonferenz aus der Taufe gehoben wurde. Dort sollen sich, unter Federführung des BKA, Verfassungsschützer, Kriminalpolizisten und Vertreter der Bundesanwaltschaft zum Informationsaustausch treffen und so die als störend empfundenen Bund-Länder-Grenzen ebenso überwinden wie diejenigen zwischen den Bundesbehörden. Die bereits 1976 gegründete Gruppe TREVI – Kürzel für »Terrorisme, Radicalisme, Extremisme, Violence Internationale« – ist in gewisser Weise Modell parakonstitutioneller Verknüpfungen verschiedener Gewalten, Institutionen und Ebenen. Dort treffen sich die

Polizeiminister aller EG-Staaten, aber auch hohe Beamte aus diesen Ministerien und Arbeitsgruppen der Polizeien und Geheimdienste. Seit 1986 kümmert sich TREVI auch um das Thema »Organisierte Kriminalität«, und seit 1989 beginnt man, sich über sogenannte Ausgleichsmaßnahmen für den Wegfall der EG-Binnengrenzen Gedanken zu machen. Für all das verfügt man über ein »geschütztes Telekommunikationssystem«, das spuren- und abhörsicheren Informationsaustausch zwischen den Zentralstellen der politischen Polizeien ermöglicht (in Deutschland: bei der Staatsschutzabteilung des BKA in Meckenheim). Analog zur militärischen deutsch-französischen Brigade bestehen bei TREVI Überlegungen, gemeinsame Ermittlungsgruppen aufzustellen – und in gewisser Weise ist sicherlich auch die im Kern (trotz fehlender Rechtsgrundlage) in Straßburg bereits operierende europäische Polizei (Europol) ein konzeptionelles Kind von TREVI. Unnachgiebigkeit und Kontinuität – das sind die Merkmale, mit denen die Verpolizeilichung von Recht und Politik vorangetrieben wird. Es sind ganze Institutionen und innerhalb der Institutionen spezielle, vom übrigen Betrieb abgeschottete Spezialdienststellen neu entstanden, die dem Zweck einer Verknüpfung von Polizei und Geheimdiensten dienen und einen verstärkten, demokratisch nicht kontrollierten Einfluß der Polizeien auf politische Entscheidungen ermöglichen.

Die Stärke der Tendenz zur Kontrollgesellschaft im Sinne von Gilles Deleuze kann auch daran ermessen werden, wie besorgt einerseits der Bundes-Datenschutzbeauftragte Alfred Einwag sich im Mai 1993 über die Entwicklung seit 1991 äußerte – er verwies voller Zweifel u.a. auf die gesetzlich geschaffene Möglichkeit zur Rasterfahndung, den Einsatz verdeckter Ermittler, die Anwendung technischer Observationsmittel und die polizeiliche Beobachtung, auf die verstärkte Kontrolle von Patienten und Ärzten aufgrund des Gesundheitsstrukturgesetzes, auf die praktisch unbegrenzte, nicht einmal einen Tatverdacht voraussetzende, allgemeine Überwachungsmöglichkeit des Brief-, Post- und Fernmeldeverkehrs (Telefon, Telex, Datex, Fax) durch die Änderung des Außenwirtschaftsgesetzes und auf die zu erwartenden Folgen eines Gewinnaufspürungsgesetzes ebenso wie der Änderung des Sozialhilfegesetzes, die einen regelmäßigen Datenabgleich zwischen den Sozialversicherungsträgern sowie der BfA und den Rentenversicherungsträgern vorsieht – und wie gering andererseits die öffentliche Resonanz auf seine Warnungen ausfiel.

Nun war auch der alte bürgerliche Rechtsstaat, war auch die Disziplinargesellschaft natürlich alles andere als harm- und zahnlos. Doch wenn er sich auch vermittels seiner Statistiken ein hochabstraktes Bild von der Gesamtkriminalität zu machen versuchte, war sein Ideal doch die klassische Aufspürung, Ergreifung und Bestrafung des einzelnen Verbrechers. Mit der Hinwendung zum Kontrollideal der Geheimdienste hat dieses Leitbild heute seine Funktion eingebüßt. Dem Staat der Kontrollgesellschaft geht es weniger um die Bestrafung der Täter als um die Überwachung der Verdächtigen im offenen Feld. Zielkonflikte zwischen Ergreifung und Beobachtung werden immer häufiger zugunsten des Laufenlassens und der Observation gelöst. Man will schließlich wissen, zu welcher Organisation der Verdächtige gehört, wer seine Kontakte sind, was er als nächstes vorhat und wie die Struktur seiner Aktivitäten aussieht. Deswegen will man lieber Daten auf Vorrat sammeln als einzelne Täter dingfest machen. Man will flächendeckende Informationen, weil man alles wissen und auf alles gefaßt sein will. Die Information muß komplett und sie muß sogar für ganz Europa möglichst zentralisiert, aber vor Ort jeweils abrufbar sein.

Das 1992 in Kraft getretene Gesetz zur Bekämpfung des Rauschgifthandels und anderer Erscheinungsformen der Organisierten Kriminalität (OrgKG) mit seinem großen Arsenal neuer Polizeibefugnisse ist dafür der beste Beleg und das stärkste Instrument. Das OrgKG verpolizeilicht das ehemals – zumindest in der Theorie – von der Staatsanwaltschaft mit dem Ziel der Anklage, Überführung und Verurteilung dirigierte Ermittlungsverfahren und legt einen ganzen Strauß von Befugnissen in die Hände der Polizei. Dabei bleibt Betroffenen, Kontaktpersonen und zufällig in die Dateien geratenen Personen weitgehend unbekannt, welche Daten existieren, welche für das weitere Ermittlungsverfahren ausgewählt werden und was mit den übrigen Daten geschieht. Während die davorliegende Phase der Rechtsentwicklung durch den Abzug von Kompetenzen von den Richtern und ihre Hinverlagerung zum Staatsanwalt als einem »Richter vor dem Richter« charakterisiert war, ist seit dem OrgKG auch die Staatsanwaltschaft der Gatekeeper-Funktion der polizeilichen Datenselektion ausgeliefert. Die Herrschaft über das Verfahren liegt ab sofort bei der Polizei, denn keine der im OrgKG vorgesehenen weitreichenden Befugnisse, in Grundrechte einzugreifen, setzt überhaupt noch ein staatsanwaltliches Ermittlungsverfahren voraus: »Die Mittel können sämtlich auch gegen Personen angewandt werden, die keiner Straftat verdächtig sind. Mit der Formel ›begründen bestimmte Tatsachen den Verdacht, daß eine Straftat begangen worden ist‹, bzw. ›liegen zureichende tatsächliche Anhaltspunkte für eine Straftat vor‹, täuscht das Gesetz darüber hinweg. Verdächtig ist in diesem Falle nämlich nicht eine Person, sondern lediglich eine Situation; die neuen Fahndungsmaßnahmen sollen erst dazu dienen, Tatverdächtige ausfindig zu machen. Der strafprozessuale Grundsatz, daß Zwangsmaßnahmen regelmäßig nur gegen Verdächtige zulässig sind, wird damit aufgegeben« (Bernd Asbrock in »Cilip« 43).

Die Idee des Rechtsstaates ist heute dabei, zur bloßen Hintergrundmythologie des Kontroll- und Überwachungsstaates zu werden. Joachim Hirsch hat seinerzeit vom »Sicherheitsstaat« und der für diesen charakteristischen Dominanz der Sicherheitsapparate gesprochen. Das war ganz und gar richtig – und die dominierenden Sicherheitsapparate wenden sich heute dem Kontrollideal der Geheimdienste zu und vom Ideal traditioneller Strafrechtspflege ab. Während sich die Ex-UdSSR eine Verschnaufpause vom Geheimdienst-Sozialismus leistet und in der Ex-DDR der Stasi-Komplex abgewickelt wird, taucht Berijas Schatten, überlebensgroß, in den westlichen Verfassungsstaaten auf und wünscht gesegnete Mahlzeit.

Die aktuelle Kriminal- und Kontrollpolitik birgt also in sich eine scharfe, eine aggressive Wendung gegen die traditionellen Prinzipien des Rechts und der Strafverfolgung. Doch ich bin mir nicht sicher, daß wir in dieser Situation mit den Kategorien der Faschismusanalyse sehr viel weiter kommen. Sicher hat dieser Staat seine Geschichte, hat dieses Recht seine Geschichte, und spiegeln sich die Verletzungen, die diese Gesellschaft immer und immer wieder erlitten (und sich selbst zugefügt) hat, auch in ihrer heutigen Verfaßtheit. Sicher erleben wir heute, wie die klare gesetzliche Trennung zwischen staatlicher und privater Sphäre weggewischt wird wie lästiger Fliegendreck. Nachdem das 20. Jahrhundert die Planierung der bürgerlichen Öffentlichkeit und des bürgerlichen Subjekts erlebt hat, sind wir nun Zeitzeugen der Restebeseitigung in der Gestalt des Endes der rechtlich garantierten bürgerlichen Privatsphäre. Die gibt es in dieser Form nicht mehr, die wird es auch nicht mehr geben. Der Restbestand an individuellen Grundrechten, soweit er das 20. Jahrhundert überlebt, verändert seine Gestalt und seinen Gehalt. Doch die Interpretation all dessen ist noch nicht geleistet. Mit der Analyse des autoritären Staates, wie Franz Neumann sie betrieben hat, kommen wir nicht viel weiter. Es ist aber auch nicht die Wiedergeburt des gegenrevolutionären Machtstaates, wie ein Carl Schmitt ihn erträumt hatte. Gewiß, einzelne Elemente desselben – herrschaftliche Dezision und Akklamation durch die Masse, Ausscheidung oder Vernichtung des Heterogenen – sieht man im Flammenschein der in Brand gesteckten Ausländerunterkünfte am Horizont aufleuchten. Aber die Puzzle-Teile, die wir aus der Geschichte beziehen, sind wesenhaft Teile einer alten Technik, auch einer alten Macht-Technik und einer veralteten Vorstellungskraft. Ich glaube nicht, daß man angesichts der veränderten wirtschaftlichen Situation, angesichts des Fehlens einer wirklichen Massenbewegung, auch des Fehlens traditioneller Klassengegensätze, angesichts schließlich der Fragmentierung der Klassen und Schichten und der völligen Atomisierung der Gesellschaft noch in den Kategorien des 19. Jahrhunderts denken kann, ohne gravierende Fehler zu begehen.

In einer Gesellschaft jenseits der Massenproduktion des Fordismus, jenseits der Familie und aller sonstigen Einschließungsmilieus einschließlich der traditionellen Fabriken, in einer Gesellschaft, die freilich trotzdem immer noch ihre längstanachronistischen Gefängnisse bis zumGeht-nicht-mehr mit Lebensstilgefangenen und ethnischen Minoritäten vollstopft, in einer Gesellschaft schließlich, in der auchdie Gewerkschaften nur noch ein Schattenihres einstigen Größen-Selbst sind, sind dieRisiken und Gefahren des Transformationsprozesses mit den Termini »Faschismus« und »autoritärer Staat« nicht mehr zuverlässig zu fassen. Wir müssen lernen, prinzipiell neue Formen von Herrschaft und Kontrolle des ambulanten Subjekts überhaupt erst einmal wahrzunehmen, Formen der Kontrolle in einer Gesellschaft ohne Privatsphäre, aber auch ohne Klassen und – auch das muß neu gedacht werden – ohne die herkömmlichen Möglichkeiten von organisierter Gegenwehr.

Sebastian Scheerer ist Kriminologe an der Universität Hamburg. Sein Text ist die überarbeitete Fassung eines Referats, das er während des KONKRET-Kongresses im Juni 1993 in Hamburg gehalten hat

Konkret 02/94, S. 17

Oliver Tolmein

Grenzenlos sicher

Die Kampagne gegen »Organisierte Kriminalität« leistet der rassistischen Umstrukturierung der deutschen Gesellschaft Vorschub. Das Engagement für »Innere Sicherheit« ist der erste Schritt zur Intervention jenseits der deutschen Staatsgrenzen

»Das organisierte Verbrechen bedroht das globale Dorf«, verkündete der von US-Präsident Clinton neu eingesetzte FBI-Chef Freeh zum zweiten Advent, die »Organisierte Kriminalität« stelle eine »globale Einheit (dar), die jetzt Demokratien auf eine Weise bedroht, wie man sich das noch unlängst nicht vorstellen konnte«. Und Deutschland, ließ der 43jährige in Washington, D.C., die versammelte Weltpresse wissen, komme bei der Bekämpfung des »internationalen Verbrechens« eine Schlüsselstellung zu: »Wegen seines Prestiges, Einflusses und der Macht seiner Finanzzentren und seiner zentralen Lage mit veränderten Grenzen ist es ein integraler Bestandteil jeder globalen Strategie für die Bekämpfung der Organisierten Kriminalität.«

Manfred Kanther, Innenminister des dergestalt wieder zum Vorposten der freien Welt ernannten Deutschlands, dürfte sich bei dem FBI-Mann freundlich bedankt haben, hatte er selbst doch zwei Monate zuvor sein »Sicherheitspaket 94« vorgestellt, das »den europäischen Sicherheitsverbund« ins Zentrum der Anstrengungen für die »Innere Sicherheit« rückt. Wenig später führte CDU/CSU-Fraktionschef Schäuble mit seinem Vorstoß für den Einsatz der Bundeswehr im Inneren diese Kampagne für eine »Weltinnenpolitik« fort – und leistete damit gleichzeitig einen Beitrag zum deutschen »Normalisierungs«-Diskurs: »Die Grenzen zwischen innerer und äußerer Sicherheit verwischen im Zeitalter weltweiter Wanderungsbewegungen und internationalen Terrorismus zunehmend.« Daß er damit Unruhe auch in den eigenen Reihen auslöste, dürfte die aktuelle Debatte um den Ausbau des Repressionsapparats kaum stören – mittelfristig wird die strategisch gedachte Schäuble-Inititiave, die von den Kritikern fälschlicherweise als kurzfristige populistische Stimmungsmache abgetan wurde, auch praktische Folgen zeitigen.

Die »Innere Sicherheit«, die nicht zufällig in einem Moment forciert thematisiert wird, in dem die vermeintliche, gemeinschaftsstiftende Bedrohung durch das Militär der Staaten des Warschauer Vertrags verlorengegangen ist, bedarf jedenfalls in den Augen konservativer Politiker vom Schlage Schäubles und Kanthers eines gründlicheren Schutzes, als ihn die Polizei allein zu gewährleisten in der Lage ist. In diesem Zusammenhang ist die Vorverlagerung polizeilicher Intervention ins »Vorfeld der Verdachtsgewinnung« (KONKRET 9/91) zu sehen, wie sie z.B. durch den 1992 neu in die Strafprozeßordnung eingefügten Paragraphen 163e (»Polizeiliche Beobachtung«, früher: »Beobachtende Fahndung«) ermöglicht worden ist. Aber die Polizeiarbeit wird nicht nur qualitativ so ausgedehnt, daß es keiner Tat mehr bedarf, um Verdächtige zu schaffen, die verfolgt werden dürfen, sie soll zunehmend auch räumlich aus dem Inneren Deutschland ins Innere Europas vorverlagert werden. Deutsche Polizeipolitiker dringen deswegen, neben ihrem TREVI-Engagement (siehe dazu den Beitrag von Sebastian Scheerer in diesem Heft, S. 14f.) seit geraumer Zeit mit Vehemenz auf die, mittlerweile zugestandene, Einrichtung von Europol (der Europol-Aufbaustab arbeitet unter deutscher Leitung) und engagieren sich gegen den Widerstand anderer EG-Staaten dafür, der neuen Polizeizentrale auch eigene weitgehende Ermittlungs- und Exekutivkompetenzen zuzugestehen, die diese langfristig zu einer Art Europäischem Kriminalamt werden lassen.

Was innerhalb der EG institutionell gut, aber auch mühselig abzusichern ist, ist im Zuge der De-facto-Abschaffung des Asylrechts durch nachhaltigen Druck auf Polen, die Tschechische und Slowakische Republik, Rumänien, Ungarn und die Ukraine für Osteuropa erreicht worden: eine Ausweitung der deutschen Politik der »Inneren Sicherheit« weit über ihre Staatsgrenzen hinaus. Die deutsche Innenministerkonferenz verhandelt mit Polen und der Tschechischen Republik über die Einsetzung eines »Sicherheitsrates Ost-West«, der grenzüberschreitende Fahndungen und die Erarbeitung gemeinsamer Verbrechensbekämpfungs-Strategien ermöglichen soll. Materielle Polizeihilfe und Polizeizusammenarbeit auf taktischer Ebene garantieren schon heute die Wahrung deutscher Interessen bei der Abschiebung von Flüchtlingen, bei der Verfolgung grenzüberschreitender Kriminalität, bei der Abschottung der Ostgrenzen und der Nutzung von Überwachungsmöglichkeiten. An der Ostgrenze wird auch schon seit längerem die Zusammenarbeit von Bundesgrenzschutz und Bundeswehr vorbereitet (bei der Grenzüberwachung mit Wärmebildgeräten, für die die Bundeswehr Soldaten ausleihen soll) – ohne daß es bislang zu nennenswertem Protest gekommen wäre.

Die Expansion deutscher »innerer« Sicherheitsinteressen über die Staatsgrenzen hinaus führt nicht nur zur flexiblen Ausweitung von Polizei- und Militärbefugnissen, sondern schließt Polizei und Verfassungsschutz, künftig wohl auch Polizei und den weltweit operierenden BND enger zusammen. Das Verbot einer Zusammenarbeit von Polizei und Geheimdiensten ist bereits in der Vergangenheit durch die Einrichtung der »Koordinierungsgruppe Terrorismusbekämpfung« (KGT) und die Möglichkeiten zum Datenaustausch zwischen Polizei, Verfassungsschutz, BND und Militärischem Abschirmdienst (MAD) durchlöchert worden. Im »Verbrechensbekämpfungsgesetz 94«, auf dessen grobe Inhalte sich die Koalitionsparteien anläßlich der Petersberger Gespräche im Spätherbst 1993 geeinigt haben, ist eine Novellierung des die Telefon-Überwachung regelnden G-10-Gesetzes vorgesehen. Der Bundesnachrichtendienst soll demnach künftig auch in die Strafverfolgung einbezogen werden: Sogenannte »Abfallprodukte« aus der »strategischen

Kontrolle«, die der BND durch seine weltweite Überwachung des Post- und Fernmeldeverkehrs ausübt, sollen künftig an die Strafverfolgungsbehörden weitergegeben und verwertet werden dürfen. Gleichzeitig sollen die Schwelle für die Überwachung des Post- und Fernmeldeverkehrs gesenkt und auch dem Verfassungsschutz im neuen G-10-Gesetz erweiterte Möglichkeiten zur »Vorfeld«-Überwachung zugestanden werden.

Daß künftig Geheimdienste, in deren »Kontrollgremien« nach wie vor nicht einmal die Grünen Platz finden, für Polizei und Strafprozeß verwertbare Erkenntnisse sammeln dürfen (d. h.: sollen) und entsprechende Befugnisse erhalten, bedeutet einen weiteren Terraingewinn für das Konzept des totalen Staates, der nicht sich selbst und seine Behörden, sondern seine Bewohner zur Offenlegung aller Aktivitäten verpflichtet sieht. Eng damit verknüpft ist die Auseinandersetzung um den »großen Lauschangriff«, die schon längst keinen prinzipiellen Charakter mehr hat: Wie in der Endphase der Aushebelung des Grundrechts auf Asyl geht es auch beim Abhören von Privaträumen im wesentlichen nur noch um Verfahrensfragen: Das ist in gewisser Weise folgerichtig, wurde das Prinzip der Unverletzlichkeit der Wohnung doch bereits in den in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre verabschiedeten Polizeigesetzen der Bundesländer, die das Abhören allerdings auf die »unmittelbare Gefahrenabwehr« beschränken mußten, suspendiert. Trotzdem soll hier noch einmal daran erinnert werden, daß das Ziel des »großen Lauschangriffs« ist, ein Grundrecht auszuhebeln. Noch 1983 hat der Bundesgerichtshof das Abhören von Gesprächen in der Wohnung als Verstoß gegen die Menschenwürde qualifiziert und strikt untersagt: »Selbst überwiegende Interessen der Allgemeinheit können einen Eingriff in den geschützten Kernbereich privater Lebensgestaltung nicht rechtfertigen; deshalb scheidet eine Abwägung nach Maßgabe des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes aus.«

Die Grundrechte, das ist ein Ergebnis der Kriminalitätsdiskussion der neunziger Jahre, werden zunehmend verfügbar gemacht, sie sind nicht länger unveräußerlich, sie stellen keine Garantien mehr dar, sondern werden Opportunitätsüberlegungen unterworfen: Was in den siebziger Jahren im Kampf gegen die gefangenen RAF-Mitglieder mit Isolationshaft, Kontaktsperregesetz und Trennscheibe erprobt wurde – die Etablierung eines staatlichen Wilkürregimes, gegen das es de facto keinen Rechtsschutz gibt – , wird heute in größerem Maßstab, wenngleich mit anderen Mitteln »draußen« exerziert. Die Preisgabe letzter staatsfreier Räume, wie Anwaltsgeheimnis und Zeugnisverweigerungsrecht, ist nur noch eine Frage der Zeit, denn auch sie stehen einer effizienten Verbrechensbekämpfung auf Dauer im Wege – am Ende dieser Entwicklung, die nicht zwangsläufig immer weiter getrieben werden muß, die aber das Potential dazu in sich birgt, steht der Übergang in den offenen Staatsterrorismus, die Legalisierung der physischen Folter als allerletztes Mittel, die totale Verfügungsgewalt des Staates über seine Bürger. Insofern ist es ungenau, diesen Prozeß als Etablierung des »Sicherheitsstaates« zu charakterisieren, der eine Kontrollgesellschaft zum Ziel habe. Die Diskussion um »Innere Sicherheit« im wiedervereinigten Deutschland, das um ethnische Reinheit und seinen Platz als Führungsmacht Europas ringt, mit der Praxis der Stasi oder der sowjetischen Geheimpolizei unter Berija zu assoziieren, wie Scheerer dies tut, weist vollends in die Irre: Charakteristisch für die aktuelle Repressions-Offensive ist, daß sie in einer Situation begonnen wird, in der es objektiv keinen relevanten Gegner mehr gibt, und in der die, die sie initiiert haben, wissen, daß sie auf ein hohes Maß an Zustimmung in der deutschen Bevölkerung rechnen können.

Es geht nicht nur um die Forderung nach verschärften und neuen Gesetzen – eng verschränkt mit der Sicherheits- läuft eine Wertedebatte, die helfen soll, »gegen die Wurzeln von Kriminalität, wie Wertewandel, Anonymisierung der Gesellschaft, steigender Materialismus, Konsumdenken, Zunahme von Egoismus und Rücksichtslosigkeit verstärkt (anzugehen)« (der damalige Bundesinnenminister Seiters anläßlich der Vorstellung der Polizeilichen Kriminalstatistik). Entsprechend ergeht an die Bevölkerung auch der dringende Aufruf mitzutun, »Sicherheitsforen« zu gründen, in die Freiwillige Polizeireserve einzutreten, zu denunzieren, sich neue Diebstahlsicherungen einzubauen oder auch nur »wachsam« zu sein. Gerade die Diskussion um Verbrechensbekämpfung, Sicherheitsbedürfnis und »Organisierte Kriminalität«, wie sie in Deutschland in den letzten Monaten entwickelt worden ist, wirkt dabei äußerst selektiv und erfolgt zielgerichtet vor allem gegen einen deutlich abgegrenzten Teil der Wohnbevölkerung: die »Ausländer« – wobei dieser Begriff insofern nur eine Chiffre ist, als der tatsächliche Status der Stigmatisierten keine Rolle spielt, eingebürgerte Immigranten werden in dem Klischee genauso als potentielle Mafia-Angehörige wahrgenommen (und behandelt) wie Illegale, anerkannte politische Flüchtlinge ebenso wie hier gebürtige Türkinnen. Der Staat erscheint nicht nur als Apparat, der bürokratisch-technokratischen Vollzug anstrebt, er wirkt als Ideologieproduzent.

Die Argumentation, die die Demontage bürgerlicher Freiheiten zum Ziel hat, ist im Kern rassistisch. Und nichts spricht dafür, daß die damit verbundene Abkehr vom Gleichheitsgrundsatz des bürgerlichen Rechtsstaates nur einen gesellschaftlichen Spaltungs und Marginalisierungsprozeß überdecken soll, wie Joachim Hirsch das im »Sicherheitsstaat« als Kennzeichen des »autoritär-populistischen Diskurses« beschrieben hat. Zu befürchten ist vielmehr, daß die »Sicherheits«- nach der »Asyl«-Debatte der zweite Schritt ist, die rassistische Umstrukturierung der bundesdeutschen Gesellschaft voranzutreiben: Das Ziel ist aus demographischen Gründen nicht die »ethnische Säuberung«, wohl aber die Verschärfung einer nach völkischen Kriterien organisierten Hierarchie, die dazu führt, daß sich der Rechtsstaat für Ausländer in einen Willkürstaat verwandelt.

Glaubt man der Sicherheitspropaganda, ist der Lauschangriff vor allem zur Bekämpfung der »Organisierten Kriminalität« erforderlich, einer in der Sichtweise des deutschen Apparats besonders schwerwiegenden, weil schwer in den Griff zu bekommenden Form des Verbrechens: Der FDP-Sicherheitsexperte Jörg van Essen begründet unter Verwendung gängiger Stereotype die Notwendigkeit für den Lauschangriff so: »Die Organisierte Kriminalität wird in besonderem Maße von ethnisch abgegrenzten Gruppen begangen, von der sizilianischen Mafia, der neapolitanischen Camorra, von chinesischen Triaden, von russischen Tschetschenen, um nur diese Beispiele zu nennen. In die Spitzen dieser Gruppen lassen sich verdeckte Ermittler, also deutsche Kriminalbeamte, praktisch nicht einschleusen.« Ähnlich verzweifelt sieht der Vorsitzende der Gewerkschaft der Deutschen Polizei, Lutz, die Lage: »Die organisierten Banden sind fest in der Hand von ethnischen Gruppen, in deren Führungsspitze aus Italienern oder Jugoslawen niemals ein Deutscher eindringen wird.« Der Berliner Oberstaatsanwalt Jürgen Fätkinhäuser, Leiter der für »Organisierte Kriminalität« zuständigen Abteilung 32 beim Landgericht Berlin, befindet kurz und bündig: »Während vor ungefähr fünf bis zehn Jahren der Anteil der deutschen OK-Straftäter bei teilweise 90 Prozent lag, sieht es heute so aus, daß man bei Vernehmungen nur mit Dolmetschern vorankommt: Im OK-Bereich haben wir es fast ausschließlich mit Ausländern zu tun.« Das wundersame Verschwinden der Deutschen aus der bedrohlichsten Form der Kriminalität muß nicht erklärt werden – angesichts der in den schillerndsten Farben ausgemalten Hinterhältigkeit und Brutalität der »Organisierten Kriminellen« versteht es sich von selbst: Die Deutschen sind zu gutmütig für dieses harte Geschäft (schließlich ist aktenkundig, daß noch die gnadenlosesten Ver-treter der hiesigen Volksgemeinschaft Mozartliebten und an ihrem Schäferhund hingen).

Fätkinhäuser und, wenngleich in abgeschwächter Form, das BKA mit seinem »Lagebild 01 Organisierte Kriminalität« befördern die völkische Sichtweise auf Kriminalität, indem sie auch noch Zusammenhänge zwischen Staatsangehörigkeit und Delikt herstellen: Polen zählen demnach zu den Autoschiebern, Rumänen und Jugoslawen werden als klassische Einbrecher stigmatisiert, Türken und Libanesen als Drogenhändler, während die Tschetschenen als besonders gewaltbereite Killer »zur Regelung interner Auseinandersetzungen engagiert werden«, wie der »Welt am Sonntag«-Redakteur Jochen Kummer von Berliner und brandenburgischen Kriminalbehörden erfahren haben will.

Der »Organisierten Kriminalität«, die angeblich vor allem von Fremden begangen wird, haftet deswegen auch etwas Allgegenwärtiges, in höchstem Maße Verunsicherndes an: Aus Pizzerien, China-Restaurants, Gemüse- und Second-Hand-Läden werden plötzlich Schaltstellen geheimer Mächte – »Man kann sich in Deutschland zunehmend weniger sicher sein, daß hinter einer seriös erscheinenden Fassade seriöse Geschäfte abgewickelt werden«, beklagt Kummer in seinem bei Ullstein erschienenen Pamphlet *Ausländerkriminalität – Legenden und Fakten zu einem Tabu.*

Die »Organisierte Kriminalität« wird in der öffentlichen Debatte bemerkenswert konsequent als Fratze des sonst so freundlich dreinschauenden Kapitalismus präsentiert: »Es kann nicht oft genug wiederholt werden: Motor des organisierten Verbrechens ist das Gewinnstreben« (BKA-Chef Zachert); »Der Begriff Organisierte Kriminalität umfaßt Straftaten, die begangen werden, um materielle Gewinne zu erzielen und Einfluß im öffentlichen Leben zu erzielen« (BKA-Schriftenreihe); »Diese kriminellen Verflechtungen nutzen arbeitsteilig alle Möglichkeiten, die eine moderne Gesellschaft bietet, auch alle Marktmechanismen ..., um maximale Gewinne zu erzielen« (NRW-Innenminister Schnoor). Die »Organisierte Kriminalität« symbolisiert so in der traditionsreichen deutschen Debatte das raffende im Gegensatz zum schaffenden Kapital. Entsprechend fallen im Verbrechensbekämpfungsgesetz die Rezepte aus: Neben der Be-schneidung der Rechte Beschuldigter im Strafverfahren, neuen Haftgründen und härteren Strafen sowie der Ausdehnung der Kronzeugenregelung auf den Bereich der »Organisierten Kriminalität« ist dort auch »die Ausweisung ausnahsmlos aller ausländischen Dealer« vorgesehen – die CDU hat in ihrem Leitantrag zur »Inneren Sicherheit« darüber hinaus daran erinnert, daß die Ausweisung angeblich straffällig gewordener Ausländer ja auch ohne eine rechtskräftige Verurteilung, also auf Verdacht, erfolgen kann und öfter erfolgen sollte. Mit neuen Regelungen gegen »Schlepperbanden« sollen nicht nur die Strafen für Fluchthilfe verschärft, sondern auch die polizeilichen Kontrollmöglichkeiten gegenüber Tatverdächtigen ausgeweitet werden. Die Überwachung von Ausländern wird zusätzlich durch die in engem Zusammenhang mit dem »Verbrechensbekämpfungsgesetz« vorgesehene Novellierung des Ausländerzentralregistergesetzes spürbar verschärft, in dem die Daten von mehr als zehn Millionen Menschen mit bis zu sechzig Angaben pro Person (von politischer Betätigung bis Wohnraumgröße) gespeichert sind.

Für die weitere völkische Grundierung der Kriminalitäts-Debatte (und damit für sich verschärfende materielle Konsequenzen) wird zuverlässig die Polizeiliche Kriminalstatistik sorgen, die, ohne an tatsächlich aussagekräftigen Daten interessiert zu sein, immer neue Aufschlüsselungen und Zuordnungen von Delikt- und ethnischen Verdächtigen-Gruppen vornimmt und so das Stimmungsbild »Ausländerkriminalität« dramatisch coloriert, ohne auch nur zu erwähnen, daß und inwieweit Ausländer bevorzugte Opfer von Gewalttaten militanter Deutscher sind. Die Medien, immer noch stolz darauf, die vierte Gewalt im Staate zu sein, schüren kräftig mit: »Manche kann man nicht abschieben, andere nicht inhaftieren«, klagt beispielsweise die »Süddeutsche Zeitung« über »straffällig gewordene Ausländer«: »Es bleibt abzuwarten, wie lange die Verwaltungsbehörden für die notwendige Abschiebung der Gewalttäter benötigen werden ... Man muß nicht den im NS-Verbrecherstaat mißbrauchten und verpönten Ausdruck ›gesundes Volksempfinden‹ heranziehen, um Polizei, Justiz und

Ordnungsämter auf die Pflicht des Bürgerschutzes hinzuweisen. Recht wird schließlich im Namen des Volkes gesprochen.« Und das ist hierzulande eben immer noch das deutsche Volk. Weit vorausschauend hat der Deutsche Presserat bereits 1988 seine Richtlinie 14 für die publizistische Arbeit geändert: Seitdem wird nicht mehr empfohlen, »darauf zu verzichten, die Rassenzugehörigkeit der Beteiligten ohne zwingenden Anlaß zu erwähnen«, seitdem darf die »Zugehörigkeit zu religiösen, ethnischen und anderen Minderheiten« erwähnt werden, wenn ein Journalist »dies für das Verständnis des berichteten Vorgangs für bedeutsam hält« – also fast immer.

Immerhin, die Debatte um die Kriminalitätsentwicklung hat dazu geführt, daß in dem Gesetzespaket, das im Februar 1994 in den Bundestag eingebracht werden soll, zur Steigerung des deutschen Ansehens im Ausland künftig auch die »Verwendung Nazi-ähnlicher Symbole« unter Strafe gestellt werden soll. Daß dafür im gleichen Gesetz die Nazi-ähnliche Verquickung von Polizei und Geheimdienstarbeit weiter zielsicher vorangetrieben werden darf und die Sicherheitspolitik zusehends offen rassistisch begründet und ausgeführt wird, ist eine dieser groben Ironien, die zeigen, daß der technische Fortschritt alte Macht-Techniken nicht obsolet werden läßt, sondern daß befürchtet werden muß, er werde ihnen vor allem ein höheres Maß an Effizienz ermöglichen. Die Annahme, erst eine starke, bewußt klassenmäßig organisierte Opposition könnte Anlaß sein, eine Faschisierung der Gesellschaft in Gang zu setzen, ist wenig überzeugend. Wichtiger scheint mir das Macht- und Selektionsinteresse, wie es gerade in der »Sicherheitsdebatte« zu Tage tritt, die nicht zufällig im Anschluß an die »Asyldebatte« geführt wird und annähernd zeitgleich mit den »Euthanasie«- und Sozialleistungs-»Mißbrauchs«-Diskursen, die ihrerseits ein Ende des Wohlfahrtsstaates der sechziger und siebziger Jahre einleiten.

Oliver Tolmein schrieb in KONKRET 1/94 über das Ende des Kollektivs RAF

Konkret 02/94, S. 20

Peter Hetzler

»Hier kommst du nie wieder raus«

Mit Ausnahme von Inge Viett haben sich alle RAF-Aussteiger, die 1990 in der DDR eingesammelt worden sind, der Bundesanwaltschaft für eine beispiellose Kronzeugen-Tournee zur Verfügung gestellt. Ihr Aussageeifer hat fatale Konsequenzen für andere Gefangene aus der RAF

Im Sommer 93 wurde Christian Klar (41) zu lebenslanger Haft verurteilt, weil er an einem Bankraub in Zürich beteiligt gewesen sein soll, bei dem eine Passantin ums Leben kam. Klar, der bereits zu fünfmal »lebenslänglich« plus 15 Jahren Freiheitsentzug verurteilt war und seit elf Jahren in Haft sitzt, kassierte damit sein sechstes »lebenslänglich«.

Im Oktober 93 wurde Ingrid Jacobsmeier (40) – wenige Tage vor ihrer Entlassung aus neunjähriger Haft – wegen Beteiligung an den Anschlägen auf Kroesen und in Ramstein zu einer Gesamtstrafe von 15 Jahren verurteilt. Die Bundesanwaltschaft (BAW) hatte auf »lebenslänglich« plädiert. Daß das Gericht es bei 15 Jahren beließ, lag nur daran, daß Jacobsmeier im Prozeß erklärt hatte, sie sehe ihr Leben künftig nicht mehr in RAF-, sondern in privaten Zusammenhängen.

Im November 93 wurde Rolf-Clemens Wagner (50) zu lebenslanger Haft wegen Beteiligung an dem Anschlag auf den ehemaligen Nato-Oberbefehlshaber Haig verurteilt. Wagner, der seit 14 Jahren inhaftiert ist, davon zehn Jahre in Totalisolation, ist bereits zu zweimal »lebenslänglich« plus 15 Jahren Haft verurteilt. Das neue »lebenslänglich« macht – wie bei Christian Klar – juristisch so wenig Sinn, daß das Frankfurter OLG den Prozeß erst gar nicht eröffnen wollte. Die BAW setzte ihn trotzdem durch.

Alle diese Prozesse wurden ohne jeden Sachbeweis, nur aufgrund der Aussagen von Kronzeugen geführt. Die Kronzeugen, mit deren Hilfe die BAW die RAF-Gefangenen für immer im Knast einbetonieren möchte, sind die RAF-Aussteiger, die 1990 in der DDR eingesammelt worden sind. Mit Ausnahme von Inge Viett, die lediglich Angaben zu ihren eigenen Tatbeteiligungen gemacht hat (siehe KONKRET 10/92), haben sich alle anderen Aussteiger für eine Kronzeugen-Tournee zur Verfügung gestellt, die in der Geschichte der BRD einmalig ist. Susanne Becker (geb. Albrecht), Monika Winter (geb. Helbing), Silke Maier-Witt, Werner Lotze und Hennig Beer werden von der BAW von Prozeß zu Prozeß geschickt. Hinzu kommen die Aussagen von Ralf Baptist Friedrich, Ingrid Sternebeck und von Seckendorff.

Henning Beer beispielsweise hat bislang in den Prozessen gegen seine Aussteiger-Kollegen Boock, Friedrich, Maier-Witt, Sternebeck, Winter und Inge Viett sowie in den Verfahren gegen Klar, Jacobsmeier und Wagner ausgesagt. Auf seiner künftigen Reiseroute stehen die Prozesse gegen Schulz, Mohnhaupt und Pohl. Ein harter Job, aber die Bezahlung ist gut: Obwohl Beer unter anderem seine Beteiligung an dem Anschlag gegen Haig gestanden hat, was bei noch aktiven RAF-Mitgliedern locker für »lebenslänglich« gereicht hätte, kam er mit einer Jugendstrafe von 6 Jahren davon. Nach drei Jahren Haft wurde seinem Halbstrafenantrag stattgegeben. Im Oktober 93 wurde er entlassen.

Die Vermutung, daß der Grund für die umfangreiche Aussagebereitschaft der RAF-Aussteiger in einem Kronzeugen-Deal (Aussage gegen Strafnachlaß) mit der BAW zu suchen ist, liegt auf der Hand. Bereits bei den ersten Vernehmungen der Aussteiger im Sommer 1990 in der DDR – die war damals noch ein eigenständiger Staat – war ein BKA-Beamter anwesend, um auf das Kronzeugengesetz hinzuweisen. Gleichzeitig baute der Verfassungsschutz Kontakte zu den DDR-Anwälten der Aussteiger auf. Die BAW wiederum bot den Aussteigern noch in der DDR Strafnachlaß unter anderem für den Fall an, daß sie bereit wären, in einem Propagandafilm gegen die RAF mitzuwirken. Das ergaben die Befragungen von Beer, Maier-Witt, Lotze und Becker im Prozeß gegen Wagner.

Die Aussteiger bestreiten allerdings, irgendwelche Deals eingegangen zu sein oder Angebote angenommen zu haben. Ihre Aussagebereitschaft erklären sie mit dem Bedürfnis, einen Schlußstrich unter ihre Vergangenheit ziehen zu wollen – die Kronzeugenregelung spiele dabei keine Rolle. Daß ihnen in ihren eigenen Prozessen Strafnachlaß aufgrund der Kronzeugenregelung gewährt worden ist, steht dazu formal nicht im Widerspruch: Das Gericht kann die Kronzeugenregelung auch gegen den Willen des Angeklagten anwenden. Die Einlassungen der Aussteiger im Wagner-Prozeß machen den Mechanismus deutlich, der dazu führt. Bestes Beispiel ist Silke Maier-Witt (43).

Als sie 1990 in der DDR verhaftet wurde, ging sie davon aus, daß zehn Jahre Aussteigerleben für eine milde Strafe reichen müßten. Außerdem tröstete sie sich mit dem Gedanken, daß sie niemanden getötet hatte. Das massive Aufgebot bis an die Zähne bewaffneter Sondereinsatzkommandos, von denen sie nach ihrer Überstellung in der BRD empfangen wurde, stand allerdings in starkem Gegensatz zu ihrem eigenen Verständnis von ihrer ehemaligen Rolle in der RAF. Sie beschrieb ihre Ankunft bei der BAW als »Gang in die Höhle des Löwen«, weil sie »ganz vergessen hatte, daß es in der BRD Menschen und Institutionen gibt, deren einziger Lebenssinn darin besteht, die RAF zu bekämpfen«. Als ihr dann ein 24 Seiten langer Haftbefehl, in dem so ziemlich alle Aktionen der RAF mit sämtlichen Toten aufgelistet waren, eröffnet wurde, hatte sie nur noch ein Gefühl: »Hier kommst du nie wieder raus.«

Was tun? Wer selber keine politische Grenze mehr setzt, »keine Konfrontation mehr will«, »nicht für eine Politik einfahren möchte, die ich seit zehn Jahren nicht mehr vertrete«, und seinen »Lebensabend nicht im Knast beschließen« möchte, was soll der der BAW in solch einer Situation noch entgegenzusetzen haben? Also ging sie ihre in der DDR gemachten Aussagen mit der BAW noch einmal durch und »präzisierte sie in einigen Details«. Ob man dieses Verhalten dann in Zusammenhang mit der Kronzeugenregelung begreift oder »Aufarbeitung der Vergangenheit« nennt, spielt im Endeffekt keine Rolle mehr – das Ergebnis ist das gleiche, und das ist auch Silke Maier-Witt klar: »Ohne meine Aussagen hätte ich ›lebenslänglich‹ – das ist offensichtlich.« So bekam sie zehn Jahre und ist seit Juni 93 Freigängerin.

Daß die Nennung von Namen zu neuen Strafverfahren gegen bereits inhaftierte RAF-Mitglieder führen würde, hatte sie anfangs nicht für möglich gehalten (»was«, wie sie hinzufügt, »allerdings nichts entschuldigt«). Wie sehr sie sich in ihrer Rolle als Kronzeugin vor sich selber ekelt, war ihr im Wagner-Prozeß deutlich anzusehen. Sie könnte diesen Job jetzt beenden (ihr Urteil ist rechtskräftig und die Sache damit für sie gelaufen) – aber auch der Freigänger-Status hat seinen Preis.

Daß die Hoffnung auf Strafvergünstigungen auch das Aussageverhalten der anderen Aussteiger bestimmt hat, kann man in ihren Vernehmungsprotokollen nachlesen. Auszüge: »Ich bin bereit, heute Angaben zu machen, weil ich den Eindruck habe, daß sich meine Situation durch Verzögerung nicht verbessern würde« (Becker, 18.7.90). »Im Anschluß an die gestrige Vernehmung war ich ratlos, weil ich den Eindruck hatte, daß mir seitens der Vernehmenden ... nicht vollständig geglaubt wird ... Mir wäre es lieber gewesen, wenn ich die Erkenntnisse der BAW hätte bestätigen können, wenn meine Aussage sozusagen gepaßt hätte« (Winter, 18.10.90).

Das Ergebnis des Bedürfnisses, Aussagen »passend« zu machen, ist eine oft nicht mehr auseinanderzuhaltende Mischung aus Realität und konstruierten Schlußfolgerungen. So hatte Maier-Witt während ihrer Vernehmungen zur Schleyer-Entführung zunächst ausgesagt, den Kinderwagen, mit dem das Auto von Schleyer gestoppt worden war, habe Sieglinde Hofmann geschoben. Später räumte sie ein, daß sie das nicht aus eigenem Erleben wisse, sondern sich so gedacht habe, weil sie gehört hatte, daß Frau Hofmann an der Schleyer-Aktion beteiligt gewesen sein soll. Aus solch einer Aneinanderreihung von Konjunktiven haben Bundesanwälte schon oft ein »lebenslänglich« gebastelt.

Ein anderes Beispiel: In Bezug auf Inge Viett hatte Lotze erklärt, Viett habe die Maschinenpistole in eine Brüsseler Wohnung gebracht, die später bei dem Anschlag auf Haig benutzt wurde. Diese Aussage hat Lotze in mehreren Vernehmungen wiederholt und ergänzt. Im Prozeß gegen Viett stellte sich dann heraus, daß Lotze überhaupt nicht in der Wohnung gewesen ist, als Viett dort eintraf. Als Lotze aber später kam, waren sowohl Viett als auch die MP da, weshalb Lotze den messerscharfen Schluß zog, daß Viett die Waffe mitgebracht haben müsse. Inge Viett hatte Glück – das Gericht fand diese Konstruktion nicht schlüssig und nahm den Haig-Komplex aus der Anklage heraus.

Ingrid Jacobsmeier hatte dieses Glück nicht. Henning Beer hatte während seiner Vernehmungen 1990 zunächst ausgesagt: »Ich weiß auch nicht, wer die Anschläge in Ramstein und auf General Kroesen ausgeführt hat.« Der vernehmende BKA-Beamte half ihm weiter: »Im Zelt am Abschußort Kroesen wurden vier Schlafsäcke sichergestellt, von Zeugen wurden außerdem vier Personen gesehen, die sich mit Schlafsäcken an den Abschußort begeben haben. Dürften bei dieser Sachlage nicht Pohl und Jacobsmeier für den Anschlag auf Kroesen neben Klar und Schulz als Täter in Frage kommen?« Beers Antwort: »Genau diese Schlußfolgerung ziehe ich auch, zumal dieser Personenkreis nach dem Anschlag nach Leuven (in eine konspirative Wohnung) zurückkehrte.« Das OLG Stuttgart hatte keine Probleme mit der Glaubwürdigkeit des Zeugen Henning Beer.

Natürlich – das blieb nicht aus – sind im Rahmen des Aussageeifers der RAF-Aussteiger auch in früheren Zeiten zusammenfabulierte Gerichtsurteile ad absurdum geführt worden. Eines ihrer »lebenslänglich« hatte Brigitte Mohnhaupt in den achtziger Jahren beispielsweise wegen angeblicher Teilnahme am Kroesen-Attentat bekommen. Beer sagte dann nach seiner Verhaftung 1990 aus, daß Mohnhaupt sich zum Zeitpunkt des Anschlags mit ihm an einem ganz anderen Ort in Belgien aufgehalten habe. Oder: Rolf-Clemens Wagner hatte eines seiner »lebenslänglich« dafür kassiert, daß er nach einem Bankraub in Zürich den tödlichen Schuß auf eine Passantin abgegeben haben soll. Beer erklärte später, daß es Wagner nicht gewesen sei.

Normalerweise müßte die BAW – würde sie ihre Kronzeugen selber noch ernst nehmen – die entsprechenden Fehlurteile aufheben lassen. Aber das tut sie selbstverständlich nicht. Statt dessen bastelt sie weiter an immer neuen Konstruktionen und bereitet aufgrund der Aussagen der Kronzeugen weitere Prozesse vor: –

Adelheit Schulz (38), bisher zu zweimal »lebenslänglich« verurteilt und seit elf Jahren in Haft, soll neuerdings auch an den Anschlägen gegen Haig und Kroesen und an der Ramstein-Aktion beteiligt gewesen sein. Ihr Prozeß beginnt im Frühjahr vor dem OLG Stuttgart. –

Helmut Pohl (50), nach Verhaftungen Anfang und Mitte der siebziger Jahre 1984 zum dritten Mal inhaftiert und zu »lebenslänglich« verurteilt, soll zusätzlich wegen Beteiligung an dem Kroesen-Anschlag angeklagt werden. –

Sieglinde Hofmann (48), seit 13 Jahren in Haft, würde, weil sie nur zu 15 Jahren verurteilt wurde, im Mai kommenden Jahres entlassen. Um das zu verhindern, soll sie zusätzlich wegen Schleyer, Haig und des versuchten Raketenangriffs auf die BAW 1977 angeklagt werden. –

Brigitte Mohnhaupt (44), seit elf Jahren in Haft und bisher zu fünfmal »lebenslänglich« plus 15 Jahren verurteilt, darf sich auf drei weitere »lebenslänglich« wegen Haig, Zürich und Ramstein freuen.

Fünfmal »lebenslänglich« oder achtmal »lebenslänglich« – macht das noch irgendeinen Unterschied? Für die BAW schon: Mit jedem neuen Urteil wird eine immer größere »Schwere der Schuld« der Gefangenen gerichtlich festgeschrieben. Normalen Entlassungsanträgen der Gefangenen nach 15 Jahren Haft soll damit der Boden entzogen werden. Die Linie, die draußen von Todesschußkommandos praktiziert wird, wird so im Knast durch nicht endende Isolationshaft fortgesetzt. »Haft bis zur physischen Desintegration« nannte es Wagner.

Peter Hetzler schrieb in KONKRET 5/93 über den RAF-Anschlag auf die JVA Darmstadt-Weiterstadt

Konkret 02/94, S. 22

Günter Kolodziej

Lächerlich, aber kein bißchen komisch

Hintze. Peter Hintze. Meine Güte. Der erste CDU-Generalsekretär, über den man sich noch nicht mal richtig ärgern kann

Der Mann verfügt über ein Dauerlächeln, das irgendwie batteriebetrieben wirkt, hat einen weißen »Designerschreibtisch« und das Bild eines »jungen Wilden« an der Wand. Letzeres hat, wie er ungefragt und weil sonst niemand drauf kommen würde, aller Welt versichert, einen ziemlich symbolischen Charakter wegen unangepaßt und so. Ansonsten ist der Mann ein Erfolgsmensch und hat noch stets den richtigen Riecher gehabt. 1971 beispielsweise, so berichtete er bei der Pressekonferenz anläßlich seiner Amtseinführung als Parteimanager, habe er an der Seite der »Reformer« gegen den damaligen CDU-Vorsitzenden Rainer Barzel gekämpft. Sein Favorit war – Helmut Kohl. Es ward ihm gelohnt. Hintze wurde nacheinander Bundesbeauftragter für den Zivildienst, Abgeordneter, Staatssekretär und anschließend Chef im Konrad-Adenauer Haus: die aufschlußreiche Karriere eines Langweilers.

Bevor Peter Hintze allerdings den Beruf des Politikers ergriff, fühlte er sich berufen. Zu Höherem nämlich. Er wurde ein Mann Gottes. Neben einigen lateinischen Sprachbrocken, deren Gebrauch ihm später den Ruf eines Intellektuellen einbringen sollte, erlernte der junge Hintze während seines Studiums der Theologie all die Techniken der Heuchelei, die einen fortschrittlichen Pfarrer bei seinem obligatorischen »Engagement« in Friedens- und Ökologiegruppen so erfolgreich Volksverdummung betreiben lassen. Es waren die Pfaffen, die die Aufmerksamkeit der Friedensbewegung von den Staatsmännern, die Waffen bestellten, bezahlten und abfeuern ließen, weg- und auf ein ebenso fiktives wie obskures Subjekt namens »Rüstungswahnsinn« hinlenkten, der schicksalhaft über die Menschheit hereingebrochen sei. So konnten, während die einen versuchten, eine »Umkehr« herbeizubeten, die anderen ganz sachlich »nachrüsten«. Und es sind immer noch die Pfaffen, die in Störfällen bei BASF zuallererst ein Mahnmal dafür sehen, daß »der Mensch« zur Hybris neigt, weshalb ein jeder sich an die eigene Nase fassen und erst mal mit dem Rauchen aufhören solle. Arbeitslosigkeit ist keineswegs Resultat der Gewinnkalkulationen der Unternehmer, sondern ein hartes »Schicksal«, das den Betroffenen die Chance eröffnet, sich darüber klar zu werden, daß den Wert des Menschen weit mehr ausmacht als der Inhalt seines Portemonnaies, während den »Arbeitsplatzbesitzern« ein wenig Dankbarkeit gut zu Gesicht stehen würde. Hintze muß diese Tour ziemlich gut drauf gehabt haben. Seine Gemeinde in Königswinter schwärmt noch heute von ihm, und sein Mentor Heiner Geißler war derart angetan, daß er ihm in schwerer Zeit das Amt eines Beauftragten für den Zivildienst andiente. Geißler wurde nicht enttäuscht. Sein Schützling entwickelte sich nach übereinstimmender Meinung zu einem echten »Glücksgriff«.

Die Aufgabe war durchaus heikel. Die Bundesregierung beabsichtigte gerade, das umstrittene Anerkennungsverfahren für Kriegsdienstverweigerer ein bißchen abzuschaffen. Die so Beglückten durften statt dessen die »Ernsthaftigkeit« ihrer Gewissensbisse dadurch unter Beweis stellen, daß sie einen um vier Monate verlängerten Zivildienst ableisteten. Sicherheitshalber wurde, um die Sollstärke der Armee nicht zu gefährden, der Prüfungsausschuß für »Problemfälle« beibehalten. Während Hintzes Vorgänger im Amt in dieser Maßnahme einen glatten Verfassungsbruch sah und daraufhin überraschenderweise gefeuert wurde, nahm der Pfarrer die »Herausforderung« an und verklickerte seinen Schützlingen die Kostendämpfungsmaßnahme der Regierung als Ausbund an Gerechtigkeit. »Ist das eine glaubwürdige Sache, wenn jemand sagt: Bei 16 Monaten Zivildienst ... verbietet mir mein Gewissen, ein Leben lang (?) eine Waffe in die Hand zu nehmen, aber bei einer Zivildienstdauer, die vier Monate mehr beträgt, gehe ich zur Bundeswehr?« Quel Question! Bedauerlicherweise hat Hintzes gemeine Logik, daß erst eine überdurchschnittliche Opferbereitschaft des Antragstellers die moralische Berechtigung seines Anliegens erweist, den Verweigeren schwer eingeleuchtet. Hintze brachte die Reform ohne nennenswerte Widerstände über die Bühne. Nach 8jähriger Tätigkeit hatte er den Zivildienst, wie er nicht ohne Stolz verkündete, »befriedet« und ganz nebenbei sich selbst für höhere Aufgaben empfohlen.

Als Bundestagsabgeordneter, Vorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises seiner Fraktion und Staatssekretär im Familienministerium fiel er durch seine »leise, bestimmte, aber stets freundliche Art« zu reden, originelle Ideen und gewieftes taktisches Vorgehen auf. Der Vorschlag, im Zuge des Kampfes gegen Aids kostenlos Kondome auf deutschen Schulhöfen zu verteilen, fand zwar keine Mehrheit, dafür aber Eingang in die Berichterstattung: fertig war der unorthodoxe Querdenker. Als auf der anderen Seite der Bundeskanzler seinen einstigen Förderer Geißler wegen Unbotmäßigkeit aus der Parteizentrale entfernte, wußte der Reformer Hintze, was er zu tun hatte. Er hielt einfach den Mund, ließ aber verbreiten, im Stillen weiterhin auf Seite der »Modernisierer« zu stehen. Die »Frankfurter Rundschau« brachte die herausragende Qualität des »Sunnyboys« auf den Punkt. »Der 42jährige Reformer zählt in der Union zur jungen Generation, ohne aufmüpfig zu sein. Er gilt als Reformer, ohne daß er ... bisher als Kritiker von Kohl aufgefallen wäre.« Das sollte zu seinem Pech so bleiben.

»Fröhlich und fair« wolle er seinen Job versehen, drohte er der anwesenden Journalistenschar bei seinem ersten Auftritt. Die kriegte sich kaum noch ein vor Lob, sah die CDU bereits beim Aufbruch zu neuen Ufern, sich aus der Erstarrung lösen und weiß der Himmel, was noch alles. »Es trifft sich gut, daß Pastoren in der Politik des vereinigten Deutschlands eine

größere Rolle spielen als bisher und in beachtlicher Zahl im Bundestag sitzen«, schrieb die »Hannoversche Allgemeine«, blieb allerdings den Lesern die Antwort auf die Frage schuldig, wofür das gut sein sollte. Die gab Hintze, indem er pflichtbewußt alle Aufgaben übernahm, die ein Generalsekretär so hat, nur eben in der Charaktermaske des fröhlichen Christenmenschen.

Er verunglimpfte nach Kräften die politische Konkurrenz, lobte umgekehrt die eigene Partei und vor allem den Kanzler über den grünen Klee und setzte bürgernah um, was die Regierung als das jeweils drängendste Problem der Zeit definierte. Von den »neuen Grünen« wußte er zu berichten, daß sie »nichts anderes sind als die alten Roten«, was zwar leider eine dicke Lüge ist, aber Wirkung zeigte. Hinterhältige Unterstellungen, denen zufolge die CDU zu einem reinen Kanzlerwahlverein verkommen sei, dementierte er überzeugend. »Natürlich hat die CDU einen großen, einen massiven Einfluß auf die Regierungsarbeit. Schließlich (jetzt offenbart sich gleich ein messerscharf arbeitender Verstand, G.K.) ist der CDU-Vorsitzende Bundeskanzler.« Alle paar Monate prognostizierte Hintze den baldigen »Umschwung« auf dem Arbeitsmarkt, und da der sich immer nicht einstellen wollte, rechtfertigte er zwischenzeitlich das Einfrieren der Sozialhilfesätze mit dem zynischen Argument, das »Abstandsgebot« zwischen Sozialhilfe und Arbeitslosenentgeld müsse »wiederhergestellt« werden. Dem durch Anhebung der Billiglöhne zu genügen, geht natürlich auf gar keinen Fall. Schon wegen der Wirtschaft und den Japanern.

Der Mann scheute keine Mühe, um der »moralischen und intellektuellen Herausforderung«, als die er seine »Aufgabe« definierte, gerecht zu werden. Kaum im Amt, machte er den obligatorischen Besuch in den neuen Ländern und zeigte dabei, was für ein ausgeschlafener Bursche er ist. Die Hofschranzen der vom kommunistischen Joch befreiten Ost-Presse ließen dem Ereignis eine angemessene Würdigung zuteil werden. Der Stau als Chance. »Seine letzte Verspätung während des zweitägigen Besuchsprogramms im Osten Deutschlands wird das nicht gewesen sein. Und schon gewinnt der 43jährige Christdemokrat aus Bonn eine Erfahrung, die er als Polit-Profi sofort umsetzt. ›Das Verkehrsproblem muß gelöst werden‹, verkündet er fortan bei jedem Auftritt – stets zur Freude seiner Zuhörer.«

So bürgernah er einerseits ist, so komplex weiß er andererseits zu denken. Europa zum Beispiel »ist ein politisches Gebilde sui generis, das im Prozeß des Entstehens seine eigene Fortentwicklung findet«, womit er gesagt haben wollte, daß Europa sich nur dann richtig fortentwickelt, wenn es sich deutsch entwickelt.

Allein, trotz seines unermüdlichen Einsatzes gegen »rote Socken« und andere »Ganoven«, trotz seines pastoralen Verständnisses für die Sorgen und Nöte rechtsradikaler Wähler, von denen er maximal zwei Prozent für »verloren« hält, während die anderen mit der richtigen »politischen Schwerpunktsetzung« – Ausländer-Kriminalität-Ausländer – zurückgewinnbar sind, trotz seines Sprachkunststücks, den Lauschangriff als süße »akustische Beweissicherung« populär zu machen, brauten sich alsbald dunkle Wolken über seinem »Designerschreibtisch« zusammen. Angesichts einiger Wahlschlappen und nicht gerade rosiger Perspektiven hat sich die Partei nämlich ihren Generalsekretär als einen der Hauptschuldigen ausgeguckt und fällt seit geraumer Zeit schwer über Hintze her. Ganz fix haben sich alle seine wirklichen oder angedichteten Tugenden in ihr schieres Gegenteil verkehrt. Der »jungenhafte Charme« gilt seit neuestem als Indiz für »mangelnde Erfahrung«, seine »Diskussionsfreude« als eklatante »Entscheidungsschwäche«, und in dem »Mann des Ausgleichs« erkennen mittlerweile selbst einfache CDU-Mitglieder einen »rückgratlosen Opportunisten« und verlassen in Scharen den Saal, wenn der einstmals Gerühmte auf Parteitagen das Wort ergreift. Die Medien sekundieren. Wie Schuppen fällt es ihnen von den Augen. Der Mann ist ein »Blender«, ein »angepaßter Weihrauchschwenker«, hat »Beißhemmungen«, ist in Wirklichkeit »ratlos, mutlos, blaß« und macht zu allem Überfluß bei einem Gehalt von 250.000 Mark im Jahr auch noch pünktlich Feierabend. »Nachtschichten sind nicht unbedingt der Fall des Spezialisten für Sozialpolitik.«

Undank ist der Welten Lohn. Da hat er den Rat der »FAZ«, angesichts »der Erfahrungen seiner Vorgänger Biedenkopf und Geißler, die beim Erneuern zu nahe an die Machtfrage gerieten«, beherzigt und erfolgreich »seine Leidenschaft für eine ›andere‹ CDU zu zügeln« vermocht und schon wird ihm von »Focus« vorgeworfen, ein »Teddybär«, aber kein Generalsekretär zu sein. Hintze reagierte, um die Verlogenheit solcher Vorwürfe wissend – energische Vorstöße aus dem Konrad-Adenauer-Haus wären ihm, gleiche Wahlergebnisse vorausgesetzt, als »Blockadepolitik« und »billige Profilierungsversuche auf Kosten der Fraktion« ausgelegt worden – gewohnt maßvoll. Er riskierte bei der Debatte um die Ladenschlußzeiten in mutmaßlicher Absprache mit dem Kanzler zarten Widerspruch zu diesem. Hintze will eine Änderung des Gesetzes noch in dieser, Kohl erst in der nächsten Legislaturperiode. Die Presse machte sofort einen Riesenbohei daraus. Die »Welt« erkannte gar einen »Emanzipationsprozeß« des Pfarrers. Ob es dafür reicht, daß er das Superwahljahr 94 politisch überlebt, wissen erstens Helmut Kohl und zweitens nur die Götter.

Apropos Götter. Einen Platz im Olymp der Tautologien hat Hintze schon jetzt sicher. Sein Plädoyer für Steffen Heitmann, für dessen Präsidentschaftskandidatur er zunächst war und gegen den er später nichts einzuwenden hatte, erweist sich dem ehemaligen Kandidaten als in jeder Hinsicht kongenial. »Das Entscheidende für die Eignung als Bundespräsident ist die Persönlichkeit. Heitmanns Persönlichkeit ist eine, die dieses Kriterium erfüllt.« Amen.

Günter Kolodziej schrieb in KONKRET 1/94 über das Wahljahr 1994

Konkret 02/94, S. 24

Franz Franitzki

Die Wahl der Waffen I
Militante Defensive

Wer kämpft im wiedervereinigten Deutschland gegen Nazis und militante Ausländerfeindlichkeit? Welche Motive bewegen Autonome, Christen, Gewerkschafter, Kunstgewerbetreibende dazu, sich antifaschistisch zu betätigen, und wie sind ihre Aktionen zu bewerten? In einer Artikel-Serie möchte KONKRET einen Überblick über Anti-Nazi-Aktivitäten geben, der es ermöglichen soll, gewissermaßen die Truppen zu sichten. – Autonome antifaschistische Gruppen sind oft als einzige in der Lage, Nazi-Schlägertruppen auf der Straße Gegenwehr zu leisten. Eine Darstellung der Entwicklung der autonomen Antifa-Szene und ein Interview mit einer Gruppe aus der Ostzonenstadt Guben an der Oder eröffnen die KONKRET-Serie

»Stop dem Fremdenhaß ... Gib der Gewalt keine Chance ... Mein Freund ist Ausländer ...« Die völkisch legitimierte Angliederung der DDR an die BRD aktivierte im Zusammenspiel mit der Hetze gegen Asyl und Migration eine aggressive nazistische Politik in der erweiterten Bundesrepublik. Bis zum Rostocker Pogrom wurden Angriffe von Nazis und Rassisten öffentlich entweder ignoriert oder in die staatliche Propaganda zur Abschaffung des Asylrechts integriert. Als feststand, daß die nationalen Großparteien das Asylrecht (unter Beibehaltung der völkischen Staatsbürgerdefinition) abschaffen würden, stutzten staatliche Institutionen und die Medien die völkisch-nationale Propaganda wieder auf ein Normalmaß zurück.

Zurück blieb eine aufgeputschte Naziszene, der das seit 1989 Erreichte keineswegs genügt. Die Neonazis drängen auf eine Revision des Kräfteverhältnisses in Deutschland und setzen zu diesem Zweck ihre Anschlags- und Aufmarschpolitik fort. Sie haben nun, anders als zuvor, mitunter Schwierigkeiten mit der Polizei, da einige Fraktionen innerhalb des etablierten Parteienblocks mittlerweile erkannt haben, daß sich eine auch für sie gefährliche Eigendynamik entfalten könnte, ließe man die Nazis gewähren. So wurde nach Rostock in Werbespots, Fernsehansprachen und Masseninszenierungen wie den Lichterketten versucht, die staatstreue Bevölkerung zu mobilisieren. Die Gesellschaft wurde aufgerufen, sich unmittelbar gegen Rassismus zu engagieren.

Es gab aber auch schon vorher Menschen, die sich gegen Nazis wehrten, bisweilen sogar wehren mußten, um buchstäblich ihre Haut zu retten. So entstanden in den letzten Jahren autonome Antifa-Gruppen, die sich selbst und andere vor den immer aggressiver auftretenden Neonazis zu schützen unternahmen. Die autonome Antifa setzt sich aus zumeist jugendlichen Linken zusammen, deren Hauptanliegen darin besteht, den Aktionsradius von Nazikadern regional und überregional einzuschränken – wenn es sein muß, auch mit militanten Mitteln. Des weiteren werden Nazis, ihre Aktivitäten und Verbindungen öffentlich gemacht, um medial und juristisch den Druck auf sie zu erhöhen. Gelegentlich werden die »staatstragenden« Kräfte damit auch an die Einhaltung bestehender verfassungsrechtlicher Normen erinnert.

Autonome Antifa-Politik ist in erster Linie defensiv. Sie ist zumeist von der Einsicht geprägt, daß in Deutschland noch wesentlich schlimmere Regime möglich sind als das herrschende. Der Vorwurf an die Adresse der autonomen Antifa, sie orientiere sich an der KPD der zwanziger Jahre (in der Regel festgemacht am Aufgreifen der KP-Parole von den Faschisten, die man schlagen solle, wo man sie trifft), geht daher ins Leere. So gibt es nur wenige autonome Antifa-Gruppen, die heute noch den bürgerlichen mit dem faschistischen Staat verwechseln. Und dies hat politisch erhebliche Auswirkungen. Während die KPD bürgerlichen Staat und Faschismus in einem einzigen finalen Klassenkampf zu überwinden gedachte, agieren weite Teile der autonomen Antifa ohne positive revolutionäre Utopie. Sie orientieren sich eher an den realen gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen, und wenn dabei einmal auf klassisch reformistische Politikstrategien zurückgegriffen werden muß, gilt dies als verschmerzbar. Gleichwohl würde sich die Mehrzahl der autonomen Antifas aus Ost- und Westdeutschland dagegen verwahren, auf reformistische Politik festgelegt zu sein, Wissen und Anspruch sind weiter gefaßt. So besteht weitgehend die Auffassung, daß der jetzige BRD-Staat zwar nicht faschistisch sei, aber unter der dauerhaft strukturellen Hegemonie national-konservativer Politik stehe, der nur durch die Bildung einer außerparlamentarischen Gegenmacht wirksam begegnet werden könne.

In den letzten Jahren hat die politische Mitte die Verschiebung der Verhältnisse nach rechts betrieben. Während sich BRD und DDR in Abgrenzung zur NS-Diktatur legitimieren mußten, besteht diese Notwendigkeit seit der völkischen Vereinigung nicht mehr. Der sich aktuell verschärfende nationale Konkurrenzkampf um Absatzmärkte, Rohstoffe und billige Arbeitskräfte sowie die sich abzeichnende Favorisierung der Militärpolitik, um die ungleiche Verteilung des Reichtums unter den Nationen aufrechtzuerhalten, eröffnen das Terrain für autoritäre und faschistische Politikkonzepte. Faschistische Herrschaft bleibt eine mögliche Variante, innerstaatliche Klassenkonflikte stillzustellen, die sozial gespaltene Bevölkerung in ein Volk zu verwandeln und sie damit in jenen Rausch zu versetzen, der sie glauben macht, es sei gerechtfertigter, über Menschen anderer Staatsangehörigkeit herzufallen, als über Papi und Mami zu Hause. Wer möchte heute voraussagen, welche Maßnahmen bundesdeutsche Eliten samt Wahlvolk in zehn Jahren noch für demokratisch legitim halten werden?

Innerhalb der autonomen Antifa gibt es mit der Göttinger Antifa (M) eine Tendenz, die sich für einen »Antifaschismus auf antiimperialistischer Grundlage« starkt macht. Dieses Konzept ist in der Antifa-Szene allerdings ziemlich umstritten. Für viele der aus älteren autonomen Zusammenhängen kommenden Antifas repräsentiert »die M« eine längst überwunden gehoffte Politik der antiimperialistischen Gruppen aus den 70er und 80er Jahren. Die Antiimps vertraten ein dualistisches Klassenkampfkonzept und verobjektivierten die faktisch bestehenden Gegensätze zwischen kapitalistischen Zentren und Peripherie. Ihr Weltbild könnte etwa so zusammengefaßt werden: »Alles, was dem kapitalistischen Feind schadet, nützt dem sozialistischen Befreiungskampf!«

Geleitet von diesem funktionalistischen Denken waren die Antiimps blind gegenüber anderen Herrschaftsformen – etwa dem Staatssozialismus und den reaktionären Tendenzen befreiungsnationalistischer Bewegungen im Trikont. Ähnlich wie die späte RAF verwischten sie die Unterschiede zwischen BRD- und NS-Staat; es ginge immer um einunddenselben Klassenkampf; unten und oben, gut und böse waren ökonomistisch und geschichtslos determiniert. Autonome und antiimperialistische Gruppen spalteten sich im Verlauf der ideologischen Auseinandersetzungen in den 80er Jahren; ein ähnlicher Richtungsstreit könnte der Antifa heute wieder bevorstehen.

Die Göttinger Antifa (M), deren Ideologie in der Antifa bislang eher marginal blieb, betreibt seit einem Jahr zusammen mit anderen Gruppen den Aufbau einer strafferen Organisation in der AntifaschistischenAktion/Bundesweite Organisation (AA/BO).Ob sich der Kurs der Göttinger Antiimps durchsetzt, wird sich in der Auseinandersetzung mit den anderen beteiligten Gruppen entscheiden, denen es, politisch vielleicht etwas naiv, überwiegend nur um eine bessere Unterstützung und Koordinierung der praktischen Antifa-Arbeit geht. Die Mehrzahl der undogmatischen Antifa-Gruppen lehnt die AA/BO unter dem Vorzeichen der »M« jedenfalls ab. Ebenso die sich in jüngster Zeit neu formierenden Frauen-Antifas (Fantifas) sowie fast alle Gruppen aus der ehemaligen DDR.

An vielen Orten der ehemaligen DDR haben sich nach 1989 autonome Antifa-Gruppen gebildet. Schon zu Zeiten des verordneten Antifaschismus der SED war es in der DDR zu nazistischen Angriffen gekommen. Ziel waren vor allen Dingen antiautoritäre Jugendliche und immer wieder die Vertragsarbeiter und Vertragsarbeiterinnen aus den sozialistischen Bruderstaaten. Ostnazis versuchten (nach 1989 mit Unterstützung ihrer Kameraden aus dem Westen), das durch den Zerfall der alten DDR-Institutionen entstandene Machtvakuum zu nutzen, um sich mit brutalem Straßenterror lokal zu verankern. Mancherorts ist ihnen das gelungen, in den Neubauvierteln größerer Städte sind sie oftmals die dominierende Kraft. Für nicht-deutschnationale Jugendliche war und ist es eine Existenzfrage, sich zusammenzuschließen, um sich der Angriffe erwehren zu können. Sie mußten dabei ähnliche Erfahrungen machen wie die BRD-Linke in den 80ern. Allerdings ohne größere Unterstützung, da für große Teile der West-Linken die DDR ein Niemandsland war, mit dem man nach der völkischen »Wende« erst recht nichts zu tun haben wollte.

In der BRD reagierten militante Linke Anfang der 80er Jahre auf die zunehmenden Angriffe von Neonazis mit der allmählichen Organisierung einer autonomen Antifa. Eine neue Generation von aggressiven Faschisten, die sich antikapitalistisch und antibürgerlich gaben, drängte gerade auch an die Orte einer noch linksradikal codierten Öffentlichkeit. Seit den 70er Jahren hatte sich in Konkurrenz zur vergreisten, parlamentarisch agierenden NPD ein nationalrevolutionärer aktivistischer Faschoflügel herausgebildet, der sich im Verlauf der 80er Jahre eine eigenständige paramilitärische Organisationsstruktur schuf. In Hamburg und anderen Städten kam es schon in den frühen 80er Jahren zu harten Auseinandersetzungen zwischen der linken Punkszene und den Nazi-Punks, aus denen sich später der nazistische Teil der Hamburger Skins rekrutierte.

Die unmittelbaren und aufgezwungenen Konfrontationen mit Neonazis demonstrierten vielen Linken am eigenen Leib, daß es Situationen gibt, in denen man die eigenen politischen Waffen nicht mehr frei wählen kann. Relativ früh kristallisierte sich heraus, daß hinter den plötzlich in Schulen, Stadien, Kneipen oder Jugendclubs auftauchenden Nazischlägern oftmals Kader neofaschistischer Organisationen stehen. Zwangsläufig mußten sich autonome Antifas mit den Organisationsstrukturen der Nazis beschäftigen. Um den Angreifern wirksam entgegenarbeiten zu können, ist es von großer Bedeutung, die Führer von den Mitläufern zu unterscheiden und sie auch unterschiedlich zu behandeln. Direkte Konfrontationen haben gezeigt, daß es bei den autoritär verfaßten Nazigruppen oft ausreicht, sich den wüstesten Schläger vor den Augen seiner Kameraden herauszugreifen. Solche Auseinandersetzungen sind nicht angenehm, lassen sich aber gegenüber einem körperlich brutal vorgehenden Gegner nicht vermeiden. Es gibt verschiedene Formen antifaschistischer Arbeit, und diese gehört dazu. Nur Antifa-Gruppen, die sich nüchtern auf solche Auseinandersetzungen vorbereitet haben und in der Lage sind, die verschiedenen Sprachen auch zu sprechen, dürfen damit rechnen, von gewalttätigen Nazis ernstgenommen zu werden und deren Verhalten beeinflussen zu können. Dem Anspruch autonomer Antifa-Politik zufolge ist die militante Selbstverteidigung jedoch das letzte unter vielen Mitteln, um nazistischen Angreifern zu begegnen.

Sicherlich gibt es auch einige Antifas, die die Welt vor lauter Nazis nicht mehr sehen. Auf der anderen Seite führt die absolute Abwesenheit von antifaschistischer Praxis zu kuriosen Einschätzungen. So machten linksliberale Journalisten im Spätherbst vergangenen Jahres die Arbeit der autonomen Antifa für die Abschußlisten der naziterroristischen Anti-Antifa selbst verantwortlich. Ob Nazis ihre Überfälle einstellen würden, wenn sich ihnen niemand mehr widersetzt? Wohl kaum.

Man sollte auch meinen, daß es selbst für liberale Journalisten noch aus der Ferne möglich sein sollte, zwischen der Gewalt, die notwendig ist, um einen nazistischen Angreifer abzuwehren, und der Gewalt, die der nazistische Täter ausübt, unterscheiden zu können. In der Verwischung des Unterschieds, den die Absicht ausmacht, mit der Gewalt angewendet wird, kündigt sich das Kommende an.

Franz Franitzki ist Redakteur der Ende Februar erstmals erscheinenden Vierteljahreszeitschrift »die beute« (ID-Archiv)

Konkret 02/94, S. 26

Antifa Guben

Die Wahl der Waffen I
»Wir sind salonfähig«

Wer kämpft im wiedervereinigten Deutschland gegen Nazis und militante Ausländerfeindlichkeit? Welche Motive bewegen Autonome, Christen, Gewerkschafter, Kunstgewerbetreibende dazu, sich antifaschistisch zu betätigen, und wie sind ihre Aktionen zu bewerten? In einer Artikel-Serie möchte KONKRET einen Überblick über Anti-Nazi-Aktivitäten geben, der es ermöglichen soll, gewissermaßen die Truppen zu sichten. – Autonome antifaschistische Gruppen sind oft als einzige in der Lage, Nazi-Schlägertruppen auf der Straße Gegenwehr zu leisten. Eine Darstellung der Entwicklung der autonomen Antifa-Szene und ein Interview mit einer Gruppe aus der Ostzonenstadt Guben an der Oder eröffnen die KONKRET-Serie

Frage: Wann und wie ist eure Gruppe entstanden?

Anton: Am Ende der DDR waren wir in Guben ein Kreis von vielleicht 30, 40 Leuten, die sich regelmäßig in einer Kneipe getroffen haben. Ursprünglich machten wir nichts Politisches, nur eben lustige Abende, bißchen Trouble mit den Bullen und so. Im Juli oder August 89 haben wir dann in einem kircheninternen Blatt das erste Mal von Übergriffen auf ausländische Arbeiter in der DDR gelesen. Gerüchteweise hatten wir zwar das eine oder andere gehört, vor allem aus dem Süden der DDR. Aber wir hatten nicht gewußt, daß es damals in der DDR schon richtig organisierte Gruppen von Faschisten gab. Dazu kam noch, was wir selber bei Konzerten in Cottbus oder in Berlin mitgekriegt haben. Einige von uns hatten da die Nase voll und haben gesagt: Wir machen jetzt Antifa-Arbeit. Am Anfang haben wir uns gesagt, um eine gute Antifa-Arbeit machen zu können, müssen wir das Ganze als Gruppe aufziehen und nicht bloß so als lose Sache. Wir haben uns so eine Art Statut gegeben und dann ein Grundlagenpapier rausgegeben, um in Guben auch öffentlich präsent sein zu können. Wir haben dann zunächst Vorfälle gesammelt, die in Guben passiert sind, und über Aushänge und Flugblätter publik gemacht.

Was war in Guben passiert?

Anton: 1985, zur 750-Jahr-Feier, gab es zwei, drei Tage Ausschreitungen in Guben, ziemlich rabiat. In einem Bierzelt sind Leute aus Moambique und Vietnam, von denen ziemlich viele im größten Betrieb hier, dem Chemiefaserkombinat, gearbeitet haben, von Einheimischen verprügelt worden.

Von Rechten?

Anton: Nein, eher so Otto Normalverbrauchern. Das hatte sich irgendwie aufgestachelt. Erst haben sie sich untereinander geschlagen, dann haben sie alle gemeinschaftlich die anrückenden Bullen plattgemacht, und dann haben sie sich wieder untereinander beharkt. Am Ende ist dann sogar das Wohnheim, in dem die Leute aus Moambique gewohnt haben, angegriffen worden. Zu DDR-Zeiten ist das nie groß publik gemacht worden. Wir haben versucht nachzufragen und zu recherchieren. So fing das damals an. Aber eigentlich sind wir an die Sache ziemlich pimpelig rangegangen. Also leger. Und dann kam die Wende.

Kannst du kurz skizzieren, was genau ihr euch anfangs vorgenommen hattet?

Anton: Das Wichtigste war, zu versuchen, Leute, die hier als Vertragsarbeiter arbeiteten, irgendwie zu integrieren. Die wurden wirklich wie in einem Ghetto gehalten, konnten nirgends hin. Aus Kneipen wurden sie rausgeschmissen. Da haben wir sie mal eingeladen zu uns nach Hause, Essen für sie gemacht, sie besucht, gemeinsam Sport getrieben und all so'n Zeug. Außerdem haben wir versucht, aus unserem damaligen Jugendklub rechte Politik völlig rauszuhalten. Leute, die irgendwie rechts eingestellt waren oder ausgewiesene Faschos, sind dort nicht mehr reingekommen. Da gab es dann öfter mal handfeste Auseinandersetzungen.

Gab es denn schon organisierte neofaschistische Strukturen?

Anton: Das ging erst im Dezember 89 los. Einige Leute, die damals schon rechts eingestellt waren, sind rüber und haben aus Westdeutschland immer fleißig Propagandazeug geschickt, vor allem von der DVU. Dadurch fühlten sich die Hiergebliebenen ganz doll bemüßigt, ihre Gubener Heimatfront, Gubener Hitlerjugend und Bund deutscher Mädchen zu gründen.

Wie war denn damals das Kräfteverhältnis zwischen Rechten und Linken?

Anton: In Guben hatten wir damals einen sehr schweren Stand. Aktive Leute, die uns nahestanden, gab es vielleicht 30. Und beim Häuserkampf standen uns fast 200 Nazis gegenüber. Leute, die sich zu uns bekannt haben, hatten ziemlich viel Streß. Unser Jugendklub wurde angegriffen, weil wir Leute mit Nazi-Aufnähern nicht mehr reingelassen haben, Leute von uns wurden von Rechten abgegriffen und haben ziemlich heftig was aufs Maul bekommen. Du konntest nicht mehr abends auf die Straße gehen. Die haben dich geohrfeigt, wie sie lustig waren.

Habt ihr unter diesen Bedingungen auch über Militanz diskutiert?

Anton: Für uns hat sich natürlich die Frage gestellt, ob wir bei diesem ganzen Aufrüstungswahn mitziehen wollen. Einige unserer Leute sind schon voll durchgeknallt, rannten mit zwei Knarren, ein paar Messern und Knüppeln rum und haben voll den Harten markiert. Der Höhepunkt war dann die Auseinandersetzung um unser Haus. Im Frühjahr 90 hatten wir ein Haus besetzt und begonnen, es zu einer Art Zentrum für uns hier in Guben auszubauen. Kurz darauf hatten sich auch die Faschos ein Haus genommen, da haben sie zweimal eine Orgie gemacht, aber dann stand das Ding mehr oder weniger leer. Abgesehen davon, daß da noch monatelang eine Reichskriegsflagge raushing. Berliner Antifas hatten davon gehört, kamen eines schönen Tages im September 90 mit so einem alten Polizei-Lkw und haben das Haus zerdroschen von oben bis unten. Als Reaktion kamen abends dann die 200 Nazis und haben unser Haus angegriffen. Die Faschos haben dabei zwar ziemlich derb auf die Fresse gekriegt, aber hinterher, als die Berliner wieder weg waren, standen wir wieder alleine in Guben.

Welche Konsequenzen hatte das für euch?

Anton: Negativ war, daß wir das Haus losgeworden sind und in Guben erstmal eine wirkliche Niederlage hatten. Alle, die irgendwie mit uns sympathisierten, haben sich schwer gehütet, das danach noch in der Öffentlichkeit zu zeigen. Wir selbst waren öffentlich im Grunde nicht mehr sichtbar. Zwei, drei Monate haben wir uns sehr zurückziehen müssen. Ich mußte mich damals mit meiner Freundin verstecken, zwei Monate mehr oder weniger konspirativ leben. Ich bin aus meiner Wohnung ausgezogen, weil die Nazis mir die Scheiben eingeschmissen haben. Das Positive war, daß wir dadurch notgedrungen körperlich mehr Widerstand leisten mußten, und das hat uns als Gruppe zusammengeschweißt. Jeder hat den anderen gedeckt, so gut es ging. Dadurch sind wir eigentlich ziemlich stark aus der ganzen Sache rausgegangen. Unter uns haben wir natürlich versucht, den Schlamassel auszuwerten. Wir haben eingeschätzt, daß wir das Haus damals nie hätten halten können. Auch ohne diese Auseinandersetzung wäre es ein dauerhafter Kleinkrieg geworden, der uns von allen anderen Sachen abgelenkt hätte. Wir hätten nur noch damit zu tun gehabt, das Haus zu verteidigen. Unter solchen Bedingungen könntest du keine vernünftige Arbeit mehr machen.

Und wie habt ihr dann weitergemacht?

Anton: Die Stärke, die wir gewonnen hatten, hat uns noch im selben Jahr sehr genützt. Für Dezember 90 hatten die Nazis hier eine Demo angekündigt, an der auch Michael Kühnen teilnehmen sollte. Da sind drei Leute von uns zum Bürgermeister gegangen und haben dem kraft unserer Wassersuppe klar gedroht, wenn er diese Demo nicht verbietet, holen wir uns hier weiß ich wieviel tausend Leute her und schlagen die ganze Stadt kaputt. Das muß man sich mal vorstellen. Der hätte uns unter normalen Umständen sofort eingeknastet, bloß wußte der damals auch nicht Bescheid. Gut, es hat funktioniert. Die Bullen haben die Faschos abgegriffen, einige von denen haben bei den Bullen sogar um Schutzhaft gebettelt. Und wir saßen zu zehnt in einer Wohnung und haben uns total wohlgefühlt. Das hat uns auch ein paar gute Kritiken eingebracht, damals.

Und wie ging's weiter?

Bert: Die Hochzeit der Nazis war vorbei. Die Faschos konnten ihre Leute nicht weiter mobilisieren, da kam nichts mehr. Ihr Führer ist damals zu ein oder zwei Jahren auf Bewährung verurteilt worden. Der mußte sich danach völlig aus politischen Sachen raushalten. Unsere Leute haben ihre Waffen verkauft, weil sie sinnlos geworden waren.

Du hast erwähnt, daß ihr auch mit Gruppen aus anderen Städten zusammengearbeitet habt. Kannst du näher beschreiben, wie die Zusammenarbeit aussah?

Anton: Was uns ziemlich geprägt hat, war das Auftreten von Berliner Antifas bei diesem Häuserkampf hier. In den Jahren vorher hatte man ja vieles irgendwie glorifiziert, vor allem die jahrzehntelangen Erfahrungen der Westleute im Kampf gegen diesen Staat. Wir dachten immer: Wenn die hergekommen, werden sie uns Armen und Dummen schon was erzählen. Dann kamen sie, haben hier ihren Kleinkrieg veranstaltet, sich dabei ziemlich mackerhaft benommen und sind wieder abgehauen. Ich meine, wir mußten das schließlich ausbaden. Wir hatten uns die letzte Akzeptanz bei der Bevölkerung verspielt, weil die nur gesehen haben: Wir schleppen hier irgendwelche bunthaarigen Leute in die Stadt rein, und die verwüsten dann alles. Ich durfte Wochen später bei den Bullen antanzen, die haben mir alle Fotos vorgelegt, die sie von uns geschossen haben. Sinnigerweise haben sie die Fotos den Faschos auch gezeigt, und da wurde es natürlich ein bißchen kraß.

Bert: Nach diesem Ereignis war so ein bißchen der Lack ab von der Vorstellung von den »Berlinern«. Und dann kam noch dieser komische Buchschreiber, dieser Burkhard Schröder, und hat Interviews mit uns gemacht und sie dann völlig sinnentstellt wiedergegeben. Im Grunde hat der behauptet, wir wären nur die kleinen dummen Zonis, die von den Großen Kämpfern aus Kreuzberg erst alles lernen mußten.

Anton: Interessant war allerdings: Aufgrund des Wirbels, den dieses Buch in Guben verursachte, kamen dann Gesprächsrunden mit den Rechten zustande.

Mit welcher Absicht hat ihr diese Gespräche geführt, und was ist dabei herausgekommen?

Anton: Wir wollten vorrangig die Militanz aus der Situation rausnehmen. Das ist schon eigenartig in einer Kleinstadt ... Du kennst jeden, du warst mit einigen von denen zusammen im Kindergarten, in der Schule, hast alles mit denen zusammen gemacht. Und auf einmal stehst du dir gegenüber und haust dir auf die Fresse. Das ist völlig unsinnig. Das haben wir damals versucht zu erklären, und eigentlich haben wir das auch ziemlich gut hingekriegt.

Wenn man böswillig ist, könnte man ja sagen, ihr habt sowas wie Koexistenz vereinbart.

Anton: Wir sind mehr oder weniger vom Kräfteverhältnis ausgegangen. Einen Krieg konnten wir uns nicht leisten mit den paar Hanseln, die wir waren. Die Faschos waren eindeutig mehr. Darum haben wir versucht, uns an einen Tisch zu setzen. Wenn man miteinander quatscht, kriegt man keins aufs Maul. Und die Zeit, die du da verquatschst, kannst du gut nutzen, um für dich was klar zu machen. Für uns war damals wichtig, Zeit zu gewinnen.

Das heißt, ihr wolltet nur die Luft aus der Situation rausnehmen?

Bert: Das haben wir auch geschafft.

Anton: Bei den Faschos muß es immer Aktionen geben, sonst hauen denen die Leute ins sogenannte bürgerliche Milieu ab. Viele, die damals voll dabei waren, sind jetzt Modetypen geworden, so mit Cowboy-Stiefeln und goldenen Schnallen, die teure Autos fahren.

Wie sind die Bullen mit den Rechten umgegangen?

Bert: Na, dem Anführer haben sie ins Bein geschossen. Mit denen haben sie sich schon ein bißchen rumgeprügelt.

Gab es unter euch auch eine Diskussion über den Anschluß der DDR?

Bert: Größtenteils wurde das abgelehnt. Andererseits hat es uns aber nicht so tangiert. Was sollten wir auch machen? Du mußtest einfach erkennen, daß eh alles in den Arsch geht, du bist einer, und die ganze Stadt um dich herum jubelt.

Womit hab ihr eure Arbeit fortgesetzt?

Dirk: Wir haben begonnen, eine Jugend-Antifa aufzubauen. Da arbeiten ungefähr zehn Leute im Alter zwischen 16 und 18. Das große Ziel war, die Faschokids und die Hobbyfaschos von der Straße wegzubringen, bevor sie richtige Faschos werden. Dann versuchen wir zu verhindern, daß sich die Deutsche Liga hier in der Gegend einnistet oder gar in den Gubener Kreistag einzieht. Das wollen wir erreichen, indem wir vor allem die Bevölkerung über den Charakter der DL aufklären.

Bert: Wir sind auch zeitweise regelmäßig in dem etwas außerhalb gelegenen Neubauviertel Spucke spazierengegangen, in dem diese Faschokids zu Hause sind. Wir haben da oben Flugblätter verteilt und waren einfach präsent. Das war sehr umstritten in der Jugendfront, denn bei diesen Spaziergängen ging es darum, den Faschos Angst zu machen. Was auch funktionierte. Die sind regelrecht vor uns weggerannt. Früher war es irgendwie extremer. Jetzt ist das Gros der Schüler eher prollig, spießbürgerlich drauf. Die ziehen Markenklamotten an und vertreten die normale Bürger-Meinung, eben daß Ausländer kriminell sind und nur »unsere« Wirtschaft belasten. Sie sind auch nicht so organisiert wie früher. Meistens hängen sie rum, lassen sich vollaufen und machen dann Leute an, aber wenn’s hart auf hart kommt, verpissen sie sich. Sechzehnjährige Faschokids haben mal beim Penny-Markt an der Grenze Polen angemacht, die da einkaufen gegangen sind. Irgendwann sind dann polnische Heavy Metals rübergekommen und haben die ordentlich verdroschen.

Wie war die Stimmung in Guben, als die Grenze zu Polen geöffnet wurde?

Anton: Eigentlich ruhig. In Städten wie Frankfurt/Oder war es wesentlich schlimmer. Hier hat das Interesse der Deutschen überwogen, in Polen billig einkaufen zu können. Gut, bei einer Arbeitslosenquote von 18 bis 20 Prozent in Guben ist das auch zu verstehen. Da macht es sich schon bemerkbar, wenn du drüben tanken fahren kannst oder dort deine Lebensmittel für ein Viertel des Preises kriegst.

Habt ihr Kontakte zu polnischen Linken?

Anton: Wir haben das mal versucht, aber die polnische Seite, die Stadtverwaltung in Gubin hat da schnell einen Riegel vorgeschoben. Wir hatten zum Beispiel mal eine Band eingeladen, hier bei uns zu spielen, war auch alles fix und fertig vorbereitet, und dann bekam die Band die Auflage vom polnischen Zoll, daß sie keine Instrumente mitnehmen dürfen. Da ist das natürlich gestorben. Ich war mal mit ein paar Leuten drüben, da mußten wir mehr oder weniger flüchten.

Wieso?

Anton: Es gibt gerade in Gubin ein paar Skins, die ziemlich antideutsch sind. Die sind auch faschistoid, haben Sprüche drauf wie: Polen den Polen und so. Letztens waren rund 50 polnische Glatzen in Cottbus und haben die Autos von ein paar Führungsmackern der Deutschen Alternative plattgemacht. Aber eigentlich differenzieren sie nicht zwischen Linken und Rechten. Für die sind alle Deutschen gleich negativ und müssen weg.

Bert: Wir wissen im Grunde nichts über die polnische Szene. Mal abgesehen von den Sprachschwierigkeiten, die halten ihre Jugend voll unter der Fuchtel. Es hat ein paarmal Konzerte gegeben, organisiert von den Städten Gubin und Guben

zusammen, da kamen auf 100 Leute 20 Bullen, die beim Konzert mitten unter den Leuten rumstanden, mit Helm und Knüppel. Also was soll sich da schon entwickeln?

Fahren deutsche Faschos rüber nach Polen?

Claus: Die werden sich schwer hüten.

Was sind die aktuellen Schwerpunkte eurer Arbeit?

Anton: Das ist einmal der Infoladen, dann beteiligen wir uns an überregionalen Sachen wie Wunsiedel. Und dann haben wir natürlich das Café. Das ist für die politische Arbeit, die wir jetzt machen, enorm wichtig geworden. Meiner Meinung nach kommen wir so viel besser an die Kids ran, als wenn wir die Stadt mit irgendwelchen Pamphleten vollkleben. Wir lassen jeden rein, außer bekannten Sexisten und Führungskadern der Faschos. Natürlich sind bei denen, die kommen, auch welche dabei, die früher bei den Nazis waren. Wir hatten deswegen intern ernsthafte Auseinandersetzungen, weil sich Leute davon echt gestört gefühlt haben. Nach Diskussionen sind wir dann übereingekommen, daß wir die Betreffenden reinlassen, solange sie weder hier noch anderswo Stunk machen, und das funktioniert auch.

Ihr habt also gute Erfahrungen damit gemacht, daß ihr euch geöffnet habt und nicht mehr so abschottet?

Anton: Die Ausgrenzung nutzt uns ja nichts. So haben wir ja auch vielmehr Akzeptanz gefunden bei den Leuten. Auch wenn da jetzt welche mit Anti-Nazi-Aufnäher ins Café kommen, wissen wir doch, daß da politisch nicht unbedingt was dahintersteht. Die sind nicht von heute auf morgen große Antifaschisten geworden, aber sie haben für sich was klargekriegt. Und das werte ich erstmal als Erfolg.

Bert: In der Jugendfront gibt es nach wie vor eine Diskussion darüber. Wir fragen uns, ob man den Leuten militant Angst machen sollte, damit man sie erstmal rankriegt, oder nicht. Ich glaube, wenn wir in dem Neubaugebiet militant Präsenz zeigen, werden die sich überlegen, ob sie überhaupt noch was machen. Neulich war eine Reporterin bei uns, die bei den Kids im Neubauviertel rumgefragt hat. Der haben die Kids von einer riesengroßen autonomen Szene in Guben erzählt. Da weißt du ungefähr, was die für einen Eindruck von uns haben.

Claus: Nicht unberechtigt. Im vorigen Jahr, ich arbeitete damals im hiesigen Asylbewerberheim, hatten Cottbusser, Eisenhüttenstädter und Gubener Faschos geplant, das Heim hier anzugreifen. Am Ende tauchte der Gubener Babysturm alleine vor dem Heim mit Steinen in der Hand auf.

Babysturm?

Claus: So Sechzehn- bis Achtzehnjährige. Wir haben das Heim geschützt, obwohl auch der BGS da war. Erst haben die Faschos von den Bullen Prügel bezogen und dann von uns.

Das heißt, ihr habt mit militantem Einsatz auch eine positive Erfahrung gemacht?

Anton: Als wir militant waren, hat uns das in den Augen der anderen Seite aufgewertet. Es war überhaupt die Voraussetzung, um an die Leute ranzukommen, von ihnen ernstgenommen zu werden. Wir haben gezeigt, daß wir auch diese Sprache sprechen, uns körperlich auseinandersetzen können. Deshalb sind die gekommen, aus Angst.

Claus: Du mußt dir mal so einen Vierzehnjährigen angucken. Wir haben mal einen auf den Kopf gestellt, und da ist ihm ein ganzes Waffenarsenal aus der Tasche gefallen.

Anton: Also ich sehe mich da selber wieder, bloß eine Spur schlimmer. Die sind noch jünger als wir, als wir anfingen, und sind noch härter drauf. Dagegen muß was gemacht werden, und dabei hat dieses Café eine wichtige Funktion, schon weil Gespräche reletiv einfach möglich sind.

Wie ist heute das Verhältnis zur Stadt?

Claus: Wir sind jetzt salonfähig. Wir sind anerkannter Träger der Jugendarbeit, nur Geld kriegen wir von der Stadt nicht. Wir müssen alles selber erwirtschaften. Aber wir sind erstmal akzeptiert und können jetzt auch aus einer ganz anderen Position irgendwelche Sachen verklickern. Vor allem was die Deutsche Liga angeht. Der Extremismusausschuß der Stadt Guben hat mal hier getagt, da haben wir denen erstmal ein paar Sachen gegeben, Filme, Fotos, ein paar Bücher, ein paar Zeitungen. Damit die sich erstmal damit beschäftigen, was für ein Volk hier in der Stadt herumläuft.

Bert: Aufschlußreich für den Grad der Akzeptanz der Antifa ist auch, wie die Miete für das Café getragen wird. Stadtverordnete aller Fraktionen bestreiten die nämlich aus ihren Aufwandtsentschädigungen.

Haben sich die Kontakte zu anderen Antifa-Gruppen verändert, nachdem ihr eure Arbeit fortgesetzt habt?

Anton: Die eigentliche Regionalorganisierung geht ursprünglich von Guben aus. Das ist uns zwar auf die Füße gefallen, weil wir deswegen oft als arrogant verschrien wurden. Die anderen haben uns vorgeworfen, daß wir nur noch Kopfarbeit machen und uns nicht mehr rumprügeln. Es gibt bis jetzt einen gewissen Konkurrenzstreit. Vor allem durch die Auseinandersetzung um die AA/BO (Antifaschistische Aktion/Bundesweite Organisation). Durch unsere Beteiligung daran sind wir auch über die Region hinaus bekannter geworden.

Welche Position habt ihr dazu?

Bert: Es gibt keine einheitliche Meinung über die bundesweite Organisierung hier in Guben. Erst waren wir total begeistert, aber dann sind wir zu dem Schluß gekommen, daß es ein großer Fehler war, daß wir uns daran beteiligt haben. Wir als Antifa sind immer zu den Treffen gefahren, aber hier in Guben haben wir nichts mehr klargekriegt. Einige wollten mitmachen, weil es eine Organisationsform ist, über die du gute Pressearbeit machen kannst.

Ihr hattet hier ein Bundestreffen.

Anton: Das war gut und schön, aber es sollte auch das letzte in Guben gewesen sein. Ich für mich sehe keinen Sinn darin, sich dermaßen überregional zu strapazieren, dafür sind wir zu klein. Wir sollten da eine Rolle spielen, die wir gar nicht hätten abdecken können. Irgendwelche bundesweiten Organisationen lehne ich sowieso eher ab. Das funktioniert besser, wenn der Osten alleine was klarkriegt.

Bert: Auf alle Fälle ist für uns die Ostvernetzung besser, wichtiger. Trotzdem begrüße ich immer noch eine bundesweite Organisation. Es gibt im Westen viel mehr Diskussionen als im Osten, und aus der Entwicklung der linken Szene in Westdeutschland läßt sich auch eine Menge lernen. Außerdem organisieren sich die Faschos ja auch in Ost-West-Zusammenhängen. Die Nazi-Parteien, die es hier gibt, sind ja nur Ableger von Westparteien.

Anton: Bei uns wurde vor allem der Aufwand kritisiert, den die Westler betreiben wollten, um so eine Organisation auf die Beine zu stellen. Was die sich für Festivitäten leisten wollten ...

Bert: ... um als gesellschaftlicher Faktor anerkannt zu werden ...

Anton: Ich will in dieser Gesellschaft ja gar nicht anerkannt werden.

Claus: Mir hat bei diesem Bundestreffen vor allem der menschliche Faktor gefehlt. Von daher habe ich nur negative Erinnerungen daran. Die haben mit so vielen Fremdwörtern rumgeknallt, da haben mir nur die Ohren geschlackert. Und dann, wenn jemand aus anderen Zusammenhängen gesprochen hat, mußte er sich von Göttingern (Antifa (M)) fragen lassen: Wo kommst du eigentlich her? Da ist mir glatt die Luft weggeblieben.

Namen wurden von der Redaktion geändert. Gekürzte Fassung eines Gesprächs aus dem Sammelband *Antifa. Diskussionen und Tips aus der antifaschistischen Praxis. Ein Handbuch*. Das von einer Projektgruppe herausgegebene Buch mit zwölf Interviews erscheint Anfang März in der Edition ID-Archiv, umfaßt 200 Seiten und kostet 14 Mark

Konkret 02/94, S. 30

Georg Fülberth

Hauptfeind Antifaschismus

Die deutsche Publizistik hat im Antifaschismus den Faschismus entdeckt

Die Politologin Antonia Grunenberg, einst eine Kritikerin sozialdemokratischer Revolutions-Unlust, danach in der Ostforschung tätig, hat ein Buch vorgelegt, in dem sie behauptet, Antifaschismus sei (trotz gegenteiliger Bekundungen) in Wirklichkeit Faschismus. Sie definiert ihn als »die Verselbständigung einer Ideologie vom Widerstand, die gegen die Staats- und Gesellschaftsmodelle der ›bürgerlichen‹ Demokratie und des Nationalsozialismus bzw. Faschismus gerichtet war – zu einer unwiderlegbaren Ordnung von Bildern und Symbolen, die auf eine einheitliche, organisch strukturierte, harmonisch gestaltete gesellschaftliche Ordnung gerichtet war«. Deren »Basis ist das Streben nach einer Totalität von Gesellschaft und Welt. Ihre Hauptelemente sind: die Dominanz der Partei über einen hierarchisch gegliederten Gesellschaftskörper; die Verstaatlichung aller wirtschaftlichen Prozesse; die Gestaltung sozialer Beziehungen nach Maßgabe zivilen und militärischen Gehorsams; die Avisierung eines Reichs der Zukunft, in dem die konstruierte Totalität realisiert werden soll.«

Das klingt, hält man es mit der Totalitarismus-Theorie, eher nach Stalinismus, und so ist es auch gemeint. Die Verfasserin geht davon aus, daß die beiden Extreme eine gemeinsame Voraussetzung hätten: »die Ideologie des ›Anti‹«. Leider seien auch nichtkommunistische und nichtfaschistische Intellektuelle in diesem Punkt mitschuldig geworden. Als Tucholsky dichtete: »Und durch Deutschland geht ein tiefer Riß. / Dafür gibt es keinen Kompromiß!« – habe er »eine tiefe Fremdheit gegenüber dem demokratischen Angebot« bekundet.

Anklagend zitiert Antonia Grunenberg aus Erinnerungsliteratur jener Jahre, deren Verfasser die Weimarer Republik als unwirtlich, da von Klassengegensätzen zerrissen darstellten. Ob diese Wahrnehmung nicht am Ende einfach realistisch war, interessiert die Autorin allenfalls am Rande. Sie befaßt sich nicht mit gesellschaftlichen Wirklichkeiten, sondern mit den Bildern, welche sich die Menschen davon machen. Nach ihrer Interpretation haben die Internationalen Brigaden im Spanischen Bürgerkrieg gegen ein Phänomen gekämpft, das ihrem Freund-Feind-Tick wunderbar entgegenkam und ihnen dann noch den besonderen Gefallen tat, als General Franco leibhaftige Gestalt anzunehmen.

Derlei gesinnungstüchtige Ideologiekritik ist allerdings nicht immer mit genügend Tatsachenkenntnis unterfüttert. Antonia Grunenberg schreibt: »Der Schriftsteller Peter Weiss, ebenfalls Spanienkämpfer...« Er war das nicht und hat es auch nie von sich behauptet. Die Autorin hat den fiktiven Ich-Erzähler des Romans »Die Ästhetik des Widerstands« mit dem realen Peter Weiss verwechselt. Wenige Seiten danach lesen wir: »Margarete Buber-Neumann, die Frau des ›versöhnlerischen‹ Kommunisten Heinz Neumann...« Wieder falsch. Heinz Neumann war Exponent der ultralinken Richtung der KPD und als solcher bei den »Versöhnlern« – einer anderen innerparteilichen Gruppierung – besonders verhaßt und gefürchtet. Frau Grunenberg hätte das bei Margarete Buber-Neumann nachlesen können.

»Ein deutscher Mythos«: Zwischendurch spürt die Autorin, daß sie sich mit dem Adjektiv keinen Gefallen getan hat. Sie vergißt es deshalb zuweilen und hält den französischen Existentialisten – belegt durch Simone de Beauvoirs *Die Mandarine von Paris* – ebenfalls verhängnisvolles Schwarzweiß-Denken, das zugunsten der Kommunisten ausschlug, vor. Das antifaschistische Selbstverständnis der italienischen Gesellschaft nach 1943 läßt sie sicherheitshalber lieber ganz draußen. Dafür behandelt sie ausführlich den stalinistischen Antisemitismus und kommt zu dem Ergebnis, daß er seine Ursache im Antifaschismus habe. Lesen Sie selbst: »Auf den zweiten Blick verbieten es die immer wiederkehrenden antisemitischen Wellen und die mörderische Gewalttätigkeit der Pogrome in der Sowjetunion in der Ära des Anti-Faschismus, den Antisemitismus als ephemer anzusehen. Er gehört konstitutiv in das Bild des Anti-Faschismus, auch wenn er scheinbar funktional begrenzt ist.«

Bei der westdeutschen Studentenbewegung, die antifaschistisch und zu großen Teilen antikommunistisch war, scheint Antonia Grunenbergs Schema zunächst nicht zu greifen, zumal sie sich selbst als Achtundsechzigerin begreift. Ausnahmsweise einmal sieht sie sich zu differenzierter Argumentation veranlaßt, und die wenigen Seiten, die sie auf dieses Thema verwendet, zeigen, wozu sie imstande wäre, hätte sie auch sonst vor dem Niederschreiben länger nachgedacht. So bemängelt sie zutreffend, wenn jeder Imperialismus zugleich als Faschismus bezeichnet wird, und kritisiert am Antifaschismus der Studentenbewegung »eine durchaus gängige, wenngleich wohl unbewußte Schlußfolgerung: In der Kritik der außerparlamentarischen Opposition finde eine Art anti-faschistischer Selbstreinigung statt, die sich über den Generationswechsel vollziehe und die Nachfolgenden aufgrund ihrer Kritik von der Hypothek der Vergangenheit entlaste.« (Ratschlag für jüngere Rezensenten: Geben Sie nie jemanden zu früh auf.)

Im übrigen aber gilt: Je näher die Verfasserin an die Gegenwart kommt, desto mehr gerät ihr das von ihr gewählte Argumentationsmuster aus der Hand. Daß es unbrauchbar ist, fiele nämlich sofort auf, wenn es sich an der aktuellen Lage beweisen müßte. So verfällt Antonia Grunenberg immer stärker ins assoziative Denken mit vor allem ästhetischer Schwerpunktbildung. Wenn sie den 13. August 1961 und seine Folgen erörtert, kommt sie schon einmal auf die Idee, im

Vergleich zu Ulbrichts Bauwerk habe die Chinesische Mauer »einen rührenden Reiz gewonnen. So wie sie sich der Landschaft anpaßt, ist sie schön. Wer sie erklommen hat, blickt atemlos auf das weite chinesische Land.« Reisen bildet.

Antifaschistische Paranoiker werden jetzt vielleicht argwöhnen, Frau Grunenberg habe mit ihrem Buch in strategischer Absicht das Tor nach rechts weit geöffnet. Das muß sie nicht auf sich sitzen lassen, denn sie ist eine Anhängerin des Kommunikativen Handelns: »Die Alternative zum Anti ist das ›deliberative‹ (Habermas), nicht hierarchisch organisierte, transversale Denken und Handeln, das auf demokratische Selbstverantwortlichkeit und die Errichtung ziviler Beziehungsgeflechte in den Schulen und Universitäten, in den Büros, an den Computerplätzen und in den Betrieben zielt, auf demokratische Verhältnisse zwischen Frauen und Männern, zwischen In- und Ausländern, zwischen Jugendlichen und Älteren.« (Eine Aufgabe für Philologen: Nennen Sie sämtliche Suhrkamp-, Rowohlt- und Campus-Paperbacks, in denen dieser Satz sich sinngemäß findet.) In der kapitalistischen One World hat es keine antagonistischen Gegensätze mehr zu geben – ein Zustand, der nicht totalitär erpreßt, sondern herbeigepredigt werden soll. Allerdings erzeugt Antonia Grunenberg beim Abräumen unversehens (und wohl ungewollt) einen neuen Feind: den Antifaschismus.

Eine strategische Absicht darf man, wenn es um den Kampf gegen den »Antifaschismus« geht, bei der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung für Deutschland« vermuten. In ihrer Wochenend-Beilage vom 9. Oktober 1993 kommt Klaus Rainer Röhl zu Wort: »Lebenslüge Antifaschismus«. Schau an, der ehemalige KONKRET-Herausgeber hat mal wieder Aussagegenehmigung erhalten, um kommunistische Unterwanderung zu bezeugen. Nachdem er vor fast zwei Jahrzehnten in seinen Memoiren sich über seine Vergangenheit als KPD-Stipendiat geäußert hat, verfügt er offensichtlich über keine zusätzlichen Geheimnisse aus dem Untergrund mehr, die sich anbieten ließen. Er kompensiert diesen Mangel dadurch, daß er dick und besonders geschmacklos aufträgt. So äußert er die Vermutung, die Brandanschläge gegen Ausländer seien von unentdeckten Stasi-Leuten angestiftet. »Warum sollte es keine MfS-Kader geben, die Einflüsse auf psychisch labile, verwahrloste und ohnehin gewaltbereite Jugendliche ausüben, wenn sie es für opportun halten?« Im übrigen ist sein Text vollständig unoriginell, und dies ist ein Vorteil: Der Auftrag tritt klar hervor. Besonders heftig macht sich Röhl über Kurt Tucholsky her, den er Moskaus nützlichen Idioten zurechnet. Da soll es also künftig langgehen: Nachdem Christa Wolf im Feuilleton der »FAZ« längst abgenagt ist, macht man sich nun über die historischen Bestände her.

Die Lektüre nichtsnutziger Texte kann insofern von Vorteil sein, als sie den frustrierten Leser dazu veranlaßt, nach einem Moment Wahrheit zu suchen, welches in den mißglückten Produkten vielleicht dennoch steckt. Bei Röhl ist da nichts zu holen. Antonia Grunenbergs Buch aber wäre vielleicht ganz ordentlich geworden, hätte sie sich die Mühe gemacht, zwischen historischem Faschismus und aktuellem Rechtspopulismus zu unterscheiden. Daraus hätte sich ergeben, daß beide auf verschiedenartige Weise zu bekämpfen sind.

Nicht das einzige, aber ein stets vorhandenes Merkmal des Faschismus ist die terroristische Eliminierung der Arbeiterbewegung. Dazu benötigt er die zentrale Staatsmacht, welche er erobert. Da heute Gewerkschaften und Sozialdemokratie dem kapitalistischen Funktionieren nicht mehr im Wege stehen und die kommunistischen Parteien weitgehend entfallen sind, ist dies nicht mehr nötig. Ein weiteres Charakteristikum, der Kampf um eine nationalistische Volksgemeinschaft, die Fremdes aggressiv ausschließt, ist erhalten geblieben: im modernen Rechtspopulismus – bei Haider, Le Pen und Schönhuber, jeweils mit Ausstrahlungen in die Regierungsmehrheit hinein. (Der Regionalismus der Lega Nord in Italien ist eine Variante.) Wichtigstes politisches Mittel ist nicht der Terror, sondern die Hegemonie (über welche Hitler und Mussolini, anders als der Faschismus Pinochets, allerdings ebenfalls verfügten). Ist sie errungen, wird das Handeln auch des liberalkonservativen und sozialdemokratischen Establishments durch sie mitbestimmt.

Der klassische Faschismus hatte eine nicht nur sozial, sondern auch kulturell und politisch gespaltene Gesellschaft, deren gewaltsame Vereinheitlichung er betrieb, zur Voraussetzung. Das »Anti«, welches Antonia Grunenberg moralisch verurteilt, war eine Tatsache, die konfrontative Politik des Antifaschismus unabweisbar. Der moderne Rechtspopulismus breitet sich unterhalb der Regierungsbeteiligung in Gesellschaften aus, die lange Zeit sozial relativ ausgeglichen schienen und in denen nunmehr der »Fordismus«, der sie einige Jahrzehnte prägte, sich auflöst. Es ist bekannt, daß die neuen nationalistischen Vordenker Gramsci rezipiert haben und darauf setzen, im kulturellen Überbau Einfluß zu gewinnen. Der »Aufruf zur Wachsamkeit«, eine Initiative vor allem von französischen Intellektuellen, warnt davor, daß hierdurch »in unserem geistigen Leben bald Diskurse alltäglich werden, die bekämpft werden müssen, weil sie gleichermaßen die Demokratie und das Leben der Menschen bedrohen«. Hier geht es also wieder um das »Anti«, allerdings – und da hätte Frau Grunenberg, wollte sie sich überhaupt auf eine Auseinandersetzung mit dem Rechtspopulismus einlassen, recht – nicht mehr um die Geste der geballten Faust.

Was passieren kann, falls eine solche Wachsamkeit fehlt, zeigt der Zukunftsroman *Kein fremder Land* der Krimi-Autorin Doris Gercke. Er enthält lange Passagen, die mit dem, was hier zu verhandeln ist, nichts zu tun haben. Auch setzt er die – unwahrscheinliche – Machtergreifung durch eine rechtspopulistische Partei voraus. Sieht man davon ab, sind die Kapitel, die in Hamburg und Umgebung spielen, Meisterstücke einer – hm – vorausschauenden Faschisierungs-Wahrnehmung. (Das gibt es nicht? Auch gut. Nennen wir es eben ein »Szenario«.) Sie prognostizieren nicht, was unvermeidlich kommt, sondern sie zeichnen auf, was sein könnte. Vergleichen wir damit die eigentümliche Leistung von Antonia Grunenberg,

dann fragt sich (wieder einmal), wozu Politologie überhaupt gut ist.

Literatur:

»Aufruf zur Wachsamkeit«: Initiative französischer Intellektueller gegen die Legitimierung der extremen Rechten. In: »Blätter für deutsche und internationale Politik« 10/1993, S. 1286 f.

Doris Gercke: *Kein fremder Land.* Roman. Hamburg: Hoffmann und Campe Verlag 1993.

Antonia Grunenberg: *Antifaschismus – ein deutscher Mythos.* Reinbek bei Hamburg: Rowohlt Taschenbuchverlag 1993.

Klaus Rainer Röhl: »Lebenslüge Antifaschismus«. In: »Frankfurter Allgemeine Zeitung für Deutschland«, 9. Oktober 1993.

Georg Fülberth schrieb in KONKRET 10/93 über den CDU-Politiker Kurt Biedenkopf»

Konkret 02/94, S. 32

Ilse Bindseil

Gespenst der Apo

Versuch einer Einführung in Alice Schwarzers Logik

Im Editorial des Januar/Februar-Hefts von »Emma« formuliert Alice Schwarzer *ihre* Hierarchie: »Ganz oben ist der Eine, der Herrenmensch. In Relation zu ihm sind die übrigen ›die anderen‹. Unter dem Herrenmenschen sind die anderen Männer. Unter den Männern sind die Frauen. Unter den Frauen die Kinder. Und ganz unten, unter allen, sind die Tiere.«

Die »KontrahentInnen« von »Emma« »sind immer dieselben«, heißt es im selben Heft in einer Replik auf eine geballte feministische Kritik von links: »linke Männer oder linke Frauen/Feministinnen«, letztere wie zu Apos Zeiten »in die männerdominierte Linke eingebunden – und die sagte den Frauen, wo es langging«.

An ihre Hierarchie glaubt Alice Schwarzer selbst nicht; die ist total marktbestimmt, eine künstlich hierarchisierte Skala für Titelgeschichten und »Dossiers«, wie sie sich in allen Medien finden, die das publizistische Feld beackern, indem sie in eine angeblich dschungelhafte undurchdringliche Welt »Titel«-Schneisen schlagen: Herrenmenschen, Männer, Frauen, Kinder, Tiere.

Die »KontrahentInnen« aber sind echt, zumindest für die Herausgeberin. Mit denen hat sie gelebt, bzw. sie haben in ihrem Kopf eine Rolle gespielt. An die glaubt sie.

»Emma« wäre eine weniger peinliche Zeitschrift, das heißt bloß mit all dem naturwüchsigen Unsinn behaftet, der tagtäglich als gesellschaftliches Stimmfühlungsgeschnatter produziert wird, wenn sie nicht diese alte Frontlinie im Redaktions-Kopf hätte. So aber zielt sie gleichzeitig auf das Herz ihrer Leserinnen und das Gehirn ihrer »KontrahentInnen«. Das Ergebnis ist jene Peinlichkeit, die auf »Tieferliegendes« deutet.

Aber worauf beruft sich die Behauptung, daß Alice Schwarzer an die von ihr selbst aufgestellte Hierarchie nicht glaubt? Ist es nicht vielmehr so, daß in dieser Hierarchie die einfache, sinnliche, nur Linken peinliche Wirklichkeit steckt? Mit Alice Schwarzer zu reden: Es ist nicht. Zwar ist gerade die alte, die vorfeministische Apo-Linke der Wirklichkeit tatsächlich nie habhaft geworden; aber wenn sie einen Erben hat, dann »Emma«! Hieb die Apo herzhaft Kerben in die runde, glatte, entpolitisierte Bundesrepublik, so daß Iran, Vietnam, Palästina und Nicaragua nur so heraussprangen, so haut »Emma« ihre Kerben ins mittlerweile recht zerklüftete Deutschland, mit dem Effekt, daß die geplagte Republik sich wieder glättet. Waren Iran und Vietnam, Palästina und Nicaragua damals Objekte einer schwachsinnigen Identifikation, so werden Frauen, Kinder, Tiere heute zu Objekten einer schwachsinnigen Verfremdung. Haben wir früher den Abgrund an Unkenntnis und unüberbrückbarer Nichterfahrung, der uns vom Iran trennte, durch ein rororo-aktuell-Bändchen souverän überwunden, so sind wir uns heute selbst zu einem Abgrund geworden, den zu überbrücken und zuzuschütten Gottseidank immer die geignetete Kampagne bereitsteht!

Der Mechanismus soll hier nicht umständlich dargelegt werden: Die sich naturwüchsig fortschreibende Verwicklung von Frauen, Kindern, Tieren, Bäumen etc. in einen warenförmigen Zusammenhang wird ignoriert. Als »echte« Lebewesen begeben sie sich auf einen Leidensweg, der von jenem anderen, ignorierten dies voraushat, daß er thematisiert werden darf, nach dem Motto: Packen wir’s an!

Nun ist die Apo keineswegs der Nabel der Geschichte. Es ist daher im Grunde eine Vergewaltigung »jüngere(r) Frauen, die die ewige Geschichte solcher Kontroversen noch nicht kennen«, sie in diese gleichwohl gnadenlos einzuweihen. Aber sonst verstehen sie »Emma« nicht. »Emma« ihrerseits hätte ohne diese »Geschichte« keine intellektuelle Struktur; ihre Leserinnen könnten ebenso gut Video gucken. Für Tiere einzutreten sei lächerlich, stellt Alice Schwarzer in ihrem demonstrativ mit »Lächerlich« überschriebenen Editorial fest. Da es »heute allein in Deutschland eine Million organisierter TierschützerInnen, darunter auch zunehmend TierrechtlerInnen«, gibt, kann die Lächerlichkeit nicht in der Marginalität des Tierschutzes begründet sein – eine Kategorie im übrigen, die »Emma« kämpferisch gegen »marginale Blätter und Vereine« einzusetzen weiß. Begründet sein kann sie nur in der – dank ihrer Abschiebung ins feministische Unbewußte ungebrochenen – Geltung der »männerdominierten Linken«.

Was wäre, wenn die Lefèvres und Rabehls, die SDS-Größen von einst, ein fröhliches »Geh’n wir Tauben vergiften im Park« auf den Lippen, Alice Schwarzer beim Taubenfüttern überraschten? Beziehungsweise, da wir nun einmal beim Psychoanalysieren sind, was wäre gewesen, wenn sie sie überrascht *hätten*, damals, in den 50er Jahren, als sie ihre Großmutter beim Taubenfüttern vertrat? Da gibt es dann nur eins: ihren Hohn mit ihren eigenen Waffen entmächtigen, in jener einzigartigen Rabulistik, die wir mit der Apo-Zeit verbinden, beweisen bzw. »durchargumentieren«, daß die *sinnliche* Unmittelbarkeit einer Bundesrepublik, in der nur Tiere geliebt werden, trügt, also diese Unmittelbarkeit als »falschen Schein entlarven«. Das geht nicht ohne Lächerlichkeiten ab, aber 1968 war es auch »lächerlich«, über den friedlichen Kudamm zu pilgern und zu behaupten, es wäre Krieg... Und es kann nur dann klappen, wenn das Richtige ebenfalls »Schein« ist: *abstrakte* Unmittelbarkeit eben. Von der geläufigen Unmittelbarkeit unterscheidet diese gedankengeborene

sich durch ihre extreme Formelhaftigkeit. So finden in der ausgehenden Studentenbewegung die Palästinenser als »Opfer der Opfer«, in »Emmas« jüngster Fundamentalismus/Sexismus-Debatte die Immigranten als »Opfer, die auch Täter sind«, zu einer vom abendländischen Standpunkt begriffenen Existenz. Ebenso unvermittelt wird im ideologischen Gefecht die fabrikmäßige Produktion von Tieren und die fabrikmäßige Vernichtung von Menschen bald trivialisierend auf derselben, bald ontologisierend auf der anderen Seite der Gesellschaft »verortet«.

Die Entwicklung vom Tierschutz zum Tierrecht im einzelnen zu kommentieren überlasse ich Berufeneren. Auf zwei Formen des Übergriffs des Schwarzerschen Unbewußten auf das Bewußtsein ihrer Leserinnen aber will ich noch hinweisen: das Zerstören des historischen Bewußtseins und das Angrabschen der Natur. Natürlich ist es »*ein* Geist«, in dem in den 50er Jahren zum Vergasen der Tauben aufgefordert wird. Wo soll in den 50er Jahren ein anderer Geist herkommen? Wer sich an der falschen Stelle wundert, katapultiert sich – oder sträflicherweise andere – aus der Geschichte heraus und wird »ein *Geist*«! Ebenso natürlich gebührt auch »Ratten und Kakerlaken Respekt« (Schwarzer), aber nicht aus Gründen einer kompromißlos zuzugestehenden Nähe, sondern aus denen einer nicht totzukriegenden Ferne. Ich habe einmal die Überlegung gehört, ob ein Baum schreit, wenn er gefällt wird. Das war eine schüchterne Erkenntnis-Frage, eine zu permanentem gesellschaftlichem Selbstzweifel animierende Grübelfrage, nicht wie hier ein – qua Sittlichkeit – unsittlicher Übergriff. Bei einem unsittlichen Übergriff aber gilt wie in Berliner Badeanstalten: »Holen Sie den Bademeister!«

Ilse Bindseil schrieb in KONKRET 1/92 über das Bild vom »Wirtschaftsflüchtling«

Konkret 02/94, S. 34

Werner Pirker

»Marsch auf den Kreml«

Nun hat Boris Jelzin zwar die Verfassung, die er wollte, aber ob die auch ihn will, ist gar nicht mehr so sicher. Denn der Urnengang zwischen St.Petersburg und Wladiwostok, der ein überzeugendes Votum für eine »Fortsetzung der marktwirtschaftlichen Reformen« hätte bringen sollen, ist zum »Marsch auf den Kreml« geworden

Je mehr Jelzin, desto weniger Jelzinismus. »Das Volk«, mit dem er früher so gut konnte, ist des großen historischen Dramas, das er – mal auf dem Panzer stehend, mal in ihm sitzend – stets aufs neue inszeniert, längst überdrüssig geworden. Wesentlich größeren Zulauf findet zur Zeit die große Horrorshow des Schirinowskij-Wanderzirkus mit seinen täglichen »Rußland über alles«-Phantasien, in denen die Welt stets in Scherben fällt. Der russische Bär, ein schlafender während der Sowjetperiode, ist aufgewacht und brüllt, was das Zeug hält. Entsprechend brüskiert fühlt sich die »Internationale Stiftung zur Förderung der marktwirtschaftlichen Demokratie«, hielt sich doch die Nachfrage nach westlichem Politikangebot in erstaunlich engen Grenzen.

Die »demokratische Diktatur« sollte den Märkten die Freiheit sichern und kollektivistisches Bewußtsein neu konditionieren. Sie hatte daher die Beseitigung der »Diktatur der Demokratie« (der Räte) zur Voraussetzung. Sie ist allerdings ein theoretisches Unikum, da sie sich weder mit der wirklichen Spontaneität der Prozesse verträgt, noch die Notwendigkeit ihrer gesellschaftlichen Steuerung wirklich anerkennen will. Das Regime aber, das den demokratischen Widerstand gegen den sozialdarwinistischen Reformterror unter Gewaltanwendung zu neutralisieren vermochte, sieht sich nun einer ganz anderen Gefahr ausgesetzt: der »Diktatur von unten«.

Diese autoritär gesinnte Basisströmung hatte Jelzin und seinem Politbüro beim April-Referendum eine allerletzte Chance gegeben, bei der Zerschlagung der Sowjets befand sie sich bereits nicht mehr auf deren Seite. Das Kräfteverhältnis drohte vielmehr zu kippen. In seiner populistischen Fertigkeit, unterschiedlichste Strömungen gleichzeitig zu bedienen, ist Jelzin bereits deutlich überfordert. Zudem verfehlte der Todesmut der Parlamentarier nicht seine Wirkung. In der Erniedrigung und abschließenden Vergewaltigung des russischen Parlamentarismus erkannten nicht wenige unter den »Privatisierten« ihr eigenes Schicksal. Die gültige Version des Oktober 1993 wurde von den Verlierern geschrieben: »Jelzin – Mörder« und: »Die Offiziere haben das Volk verraten«, ist auf Moskauer Häuserwänden zu lesen.

In diesem Sinne war der »zweite Sieg über den Kommunismus« eine Niederlage. Der Jelzinismus hat die ideologische Hegemonie eingebüßt. So ist der Mann aus Swerdlowsk, der an die Macht gelangt war, weil er seine Politik mit der Objektivität jener Prozesse, die aus dem Scheitern des Realsozialismus sich entwickelt hatten, zu verbinden wußte, nicht zum Gestalter, sondern zum prominentesten Opfer der marktwirtschaftlichen Verhältnisse geworden, weil diese nicht, wie befohlen, zur Stabilisierung führten, sondern das genaue Gegenteil bewirkten.

Ihm gelang immerhin in kaum zwei Jahren, was die Kommunisten in mehr als sieben Jahrzehnten nicht zuwege brachten: der Gesellschaft jeglichen Glauben an die Gestaltbarkeit der Verhältnisse zu rauben. Aus dem Ural in die Hauptstadt gekommen, um für einen Sozialismus ohne Privilegien zu kämpfen, schaffte er nicht die Privilegien ab, sondern den Sozialismus. Fortan sollte eine gerechte Regelung der Eigentumsverhältnisse über die Herstellung marktwirtschaftlicher Beziehungen erfolgen, doch als die Expropriateure der Expropriation wurden die Mafiosi und Nomenklaturisten vorstellig. »Alle Macht den Sowjets« war gefordert worden, um sie dann zusammenschießen zu lassen. Die »Wiedergeburt Rußlands« fand in der Vierten Welt statt. Das Kunststück muß Boris Jelzin erstmal einer nachmachen: die Hoffnungen und Bestrebungen nicht bloß einer, sondern gleich mehrerer Epochen in so kurzer Zeit zunichte zu machen.

»Neues Denken« hatte die ruhmreiche Sowjetwissenschaft an die »revolutionäre« Erkenntnis herangeführt, daß eine wirkliche Demokratisierung der Gesellschaft nur über die Herstellung privater Eigentumsverhältnisse möglich sei. Dem folgte als nächster Erkenntnisschritt, daß die Privatwirtschaft nur unter dem Schutz einer Diktatur richtig aufblühen könne. Diese sollte natürlich eine »aufgeklärte« sein, eine Diktatur der innovativen Kräfte, die den Widerstand der sozialistisch-»degenerierten« Basis niederzuhalten hätte. Neurussische Interessen reflektierende Gesellschaftstheorie hatte zudem im »Neid der Besitzlosen« ein rapide wachsendes faschistisches Potential geortet. Daß der kriminellen Bereicherung auch noch ein gutes antifaschistisches Gewissen verpaßt wurde, stellt ohne Zweifel ein Meisterstück »demokratischer« Demagogie dar, widerspiegelt aber zugleich einen Teil der Wahrheit. In Rußland kreuzen sich zwei diktatorische Strömungen: eine elitäre und eine populistische. Das für den Faschismus kennzeichnende Bündnis zwischen Elite und Mob fällt hier auseinander, wohl auch deshalb, weil der Prozeß der Klassenformierung noch nicht abgeschlossen ist. Elitarismus und Egalitarismus in ihrer ursprünglichsten Form prallen aufeinander, was das Entstehen einer lumpenproletarischen Diktatur pseudobolschewistischer oder völkischer Orientierung nicht ganz ausschließt, die sich etwa andeutete, als Alexander Ruzkoj, gestützt auf Anpilows »rote« und Barkaschows »braune« Bataillone, den Kreml erobern wollte. Und es war wohl auch kein Zufall, daß die ersten Kundgebungen gegen Verelendung und nationalen Ausverkauf im Herbst 1991 von Anpilow und Schirinowskij gemeinsam gestaltet worden waren.

Das von Wladimir Schirinowskij entwickelte populistische Gegenmodell zum Jelzinismus richtet sich gezielt an die Verlierer der großen Umverteilung, an jene Massen, die in der Reformbuchhaltung als »Altlast« auftauchen, als das zurückgelassene Inventar des Staatssozialismus, insbesondere die »an der Heimatfront besiegte Armee«. Mit dem Instinkt des Rattenfängers hatte Schirinowskij erkannt, daß ein ausschließlich an den Gesetzen des Marktes orientiertes Wertsystem – etwas anderes hat die neue Agitabteilung nicht anzubieten – zwar die Verhältnisse exakt widerspiegelt, aber durch das Fehlen jeglicher sozialen Idee letztendlich nicht konsensfähig sein konnte. Die mit den Leninbüsten auf die Müllhalden beförderten gesellschaftlichen Ideale begannen sich ihrer neuen Umgebung gemäß zu artikulieren: russisch-imperal und völkisch. Wladimir Wolfowitsch Schirinowskij – »Meine Mutter war Russin, mein Vater Jurist« – , der selbst jedenfalls kein Kind slawischer Traurigkeit ist, sprach mit aufdringlicher Konsequenz die im allgemein-staatlichen Untergang verwobenen individuellen Schicksale an, um sie mit nationalem Sendungsbewußtsein zu erfüllen. Unermüdlich schürte der schreckliche Volksheld die Wut über den Verlust der sowjetischen Großmachtstellung, wobei er freilich die von der UdSSR propagierten Grundsätze – antiimperialistische Solidarität und Friedenssicherung – ins Gegenteil verkehrte. Was Schirinowskij suggeriert, ist das leibhaftige »Reich des Bösen«. In einer Welt des brutalen Überlebenskampfes, so seine Botschaft, müßten die Russen ihre natürliche Überlegenheit zur Geltung bringen.

Die Moral neurussischer Kriegsgewinnler wird so keineswegs in Frage gestellt, sondern ins Absurde gesteigert: »Jedem Russen seine Kriegsbeute«. Hier spricht die Gier der Zukurzgekommenen, die auf ein kollektives Erfolgserlebnis hoffen. Es ist der Revanchismus der sozial Enteigneten, der keineswegs als »kommunistische Revanche«, sondern mit der Absicht einer »Arisierung« unterwegs ist.

Diktatorische Bestrebungen können nur massenwirksam werden, wenn sie sich mit dem Nationalismus verbinden. Hier liegt das große Dilemma des regierenden Präsidenten, der seine »russische Seele«, die in seinem Äußeren Gestalt angenommen zu haben scheint, bei der Weltbank hinterlegt hat. Kosmopolit ist Jelzin deshalb noch lange nicht. Der konterrevolutionäre Umsturz firmierte als »Russische Wiedergeburt«, womit die russische Staatlichkeit der sowjetischen entgegengestellt wurde. Diese kalte Enteignung der UdSSR war auch nicht als gemeinsamer Ausbruch aus der »Zwangsvereinigung« konzipiert, denn zuerst einmal wurde der nichtrussische Teil der UdSSR der russischen Jurisdiktion unterstellt, was die Ukraine, deren Bevölkerung sich beim Referendum mehrheitlich für die Beibehaltung der Sowjetunion ausgesprochen hatte, schleunigst das Weite suchen ließ. Erst dann wurde der Vielvölkerstaat auf Konsensbasis aufgelöst. Das aber spaltete die antikommunistische Allianz und ließ die Anhänger des Imperiums zu erbitterten Gegnern der »kosmopolitischen Usurpatoren« werden.

Nachdem nun der zum »Führerstaat« drängende »imperiale Instinkt« sich bei den Wahlen gehörig Respekt zu verschaffen wußte, sind die Schocktherapeuten um Jegor Gaidar von ihrer antifaschistischen Rolle, die sie ja nur eingenommen hatten, um moralisch unbeschadet mit dem »Lumpenproletariat« abrechnen zu können, selbst so überzeugt, daß sie sogar die Kommunisten zur antifaschistischen Aktionseinheit überreden wollten. Das entbehrt insofern nicht einer gewissen Pikanterie, als bis zum Wahlsonntag Kommunismus und Faschismus noch als Synonyme gegolten hatten. Entsprechend lautete der erste Kommentar zum Wahltriumph der »Liberaldemokraten«, ausgesprochen von der »grauen Eminenz« des Regierungslagers, Gennadij Burbulis: die Ursache sei in den Tiefen des sowjetischen Totalitarismus zu suchen. Gaidar ließ hingegen wissen, daß er künftig die Kommunisten nicht mehr als Kommunisten respektieren werde, sollten sich diese der Selbstverständlichkeit ihrer antifaschistischen Kampfaufgabe entziehen. KP-Chef Gennadij Sjuganow zeigte sich von dieser Drohung wenig beeindruckt und stellte klar, daß er für eine Reform, welche die »Zerstörung Rußlands« beinhalte, keinerlei Verantwortung zu übernehmen gedenke.

Das kann man verstehen. Weniger verständlich ist, warum sich ausgerechnet das elitäre Jelzin-Pack des antifaschistischen Feldes bemächtigen konnte, warum solche Impulse noch immer nicht von der Linken ausgehen – zumal die Berührungspunkte zwischen den beiden hier konkurrierenden Strömungen mittlerweile ohnedies evident sind. Die Verteidigung des »Weißen Hauses« fand ohne den Wahlsieger vom 12. Dezember statt, der sich auch für Jelzins Verfassungsentwurf, der ihm lediglich zu »kosmopolitisch« schien, durchaus erwärmen konnte. Beide sehen Rußlands Einheit durch die Ausschaltung der örtlichen Selbstverwaltung garantiert, und auch hinsichtlich des »nahen Auslands«, den in der Unabhängigkeit vor sich hin dümpelnden oder sich gegensei-tig zerfleischenden Ex-Unionsrepubliken, herrscht grundsätzlich Übereinstimmung darüber, der alten Reichsidee wieder Geltung zu verschaffen. Der amtierende Präsident läßt sich lediglich weniger in die Karten blicken als sein aggressiver Herausforderer.

Im Spannungsfeld zwischen einem den nationalen Ausverkauf zügig vorantreibenden Handelskapitalismus und Schirinowskijs imperialistischem Programm ergibt sich für die linke Politik nicht viel Spielraum. Zudem ist die KP der russischen Föderation eben so, wie sie ist und auch gar nicht anders sein könnte. Sie ist die authentischste aller in Rußland nur denkbaren kommunistischen Parteien: wertkonservativ und national. Ihre Vergangenheit als Staatspartei kann und will sie auch gar nicht verleugnen. Als solche übernimmt sie den Part einer staatstragenden Partei und richtet diesen Anspruch gegen den »kollektiven Rasputin« im Kreml, der mit Inbrunst den Untergang des Landes herbeiführe. In der theoretischen Aufarbeitung des staatssozialistischen Desasters ebensowenig radikal wie in ihrer Kapitalismuskritik, ist die KP in der gegenwärtigen Auseinandersetzung vor allem darum bemüht, die Mitte zu halten. An Schirinowskijs imperialistischen

Visionen hat Sjuganow lediglich auszusetzen, daß sie »extremistisch« seien. Sie sind ihm wohl auch sympathischer als Gaidars »liberal-kosmopolitisches Modell«.

Für Lenin war der Imperialismus als »staatsmonopolistischer Kapitalismus« die unmittelbare Vorstufe und materielle Vorbereitung des Sozialismus. Schirinowskij sieht es umgekehrt: die Entwicklung eines imperialistischen Kapitalismus aus den etatistischen Strukturen heraus, als deren Kern sich der militärisch-industrielle Komplex zeigt. Gaidar hat »seinen« Lenin auch verkehrt gelesen, aber genau anders herum als die »Imperialisten«. Das Wesen seiner »Reform« besteht in der Rücknahme des objektiv erreichten Niveaus der Vergesellschaftung, konzipiert als radikale Entstrukturierung durch die totale Freisetzung der marktwirtschaftlichen Spontaneität. Die Vergesellschaftungskrise ohne historisches Beispiel, die sie damit auslösen und deren Lösung sie sich bewußt verweigern, wird dann auch noch als »heilsamer Schock« gepriesen.

Sjuganows »patriotischer Pragmatismus« wird angesichts dieser wahnwitzigen Ideologisierung der Ökonomie, der Privatisierung um der Privatisierung willen, nachgerade wieder verständlich. Der Einsicht folgend, daß Rußlands nahe Zukunft nicht in emanzipatorischen Sozialismus-Modellen liegen könne, wird das einzig »Machbare« darin gesehen, die Zerfallstendenzen aufzuhalten und eine an den Gegebenheiten und historischen Traditionen des Landes orientierte »Generallinie« zu entwickeln. Steter Nachsatz bei Sjuganow: eine solche müsse natürlich von der Priorität der »allgemeingesellschaftlichen« über die »privatistischen« Interessen ausgehen. Das ist eine im Grunde zentristische Orientierung, deren Tragfähigkeit weitgehend davon abhängen wird, ob sich ein wirkliches, das heißt nichtkommunistisches Zentrum zu etablieren vermag, um das herum eine neue politische Landschaft entsteht, in welcher die gegenwärtige Polarisierung in zwei konkurrierende Idiotismen außer Kraft gesetzt wird.

Weder Jelzins Sieg beim April-Referendum noch Schirinowskijs triumphaler Einzug in die Duma sollten darüber hinwegtäuschen, daß die bestimmende Tendenz der Gesellschaft »zentristisch« ist. Sie folgt dabei weder dem abstrakten, irrationalen Radikalismus der Reformer, noch gedenkt sie, sich auf eine »sozialistische« Hurra-Revolution einzulassen. Nichts aber ist den kapitalistischen Fundamentalisten mehr zuwider als der »zentristische Sumpf«, in dem sie ihre Radikalreformen versinken und eine neue NÖP aufsteigen sehen. Deshalb mußten die Sowjets weg – nicht weil sich im Weißen Haus die »kommunistische Revanche« verschanzt hatte, sondern weil dort das Bedürfnis nach einem gesellschaftlichen Konsens artikuliert worden war.

Wie man Jelzin mittlerweile kennt, wird er weiter den »zentristischen Verrat« bekämpfen, auch wenn sich Teile seines Reformlagers dorthin bewegen sollten, und das Absinken der Massenloyalität in Richtung Nullpunkt durch eine Verstärkung der repressiven und ideologischen Staatsapparate auszugleichen versuchen. Wie byzantinisches Gottesgnadentum nun einmal zu herrschen gewohnt ist.

Werner Pirker schrieb in KONKRET 12/93 über die politischen Frontverläufe in Rußland

Konkret 02/94, S. 37

Ludger Weß

Der Preis ist heiß

Enthüllungen über Plutoniumversuche an der eigenen Bevölkerung zeigen, mit welcher Konsequenz die USA den Kalten Krieg geführt haben

Völlig unerwartet ist ein Jahr nach dem Amtsantritt der Clinton-Regierung der Kalte Krieg von einem überwunden geglaubten zu einem beherrschenden Thema in der amerikanischen Öffentlichkeit geworden. Auslöser waren zwei Zeitungsberichte, die im November und Dezember über die atomaren Hinterlassenschaften des Kalten Krieges informierten.

Die »Albuquerque Tribune« berichtete im November über die nach langen Recherchen gelungene Identifizierung von fünf der 18 Menschen, denen Wissenschaftler des Manhattenprojekts in den Jahren 1945 bis 1947 Plutonium injiziert hatten, ohne sie über die Hintergründe und Gefahren des Experiments aufzuklären. Es handelte sich ausnahmslos um Menschen, die auf Grund ihrer sozialen Situation den Ärzten ausgeliefert waren. Die Reporterin, Eileen Welsome, konnte zeigen, daß derartige Versuche keine Einzelfälle gewesen sind.

Im Dezember verglich in einer weiteren Reportage der »Boston Globe« die schon oft angeprangerte Verantwortungslosigkeit der sowjetischen Regierung bei der Entwicklung, Herstellung und Erprobung atomarer Waffen mit den amerikanischen Zuständen und gelangte zu dem Ergebnis, daß beide Supermächte in kaum zu unterscheidender Weise Gesundheit und Sicherheit der eigenen Bevölkerung aufs Spiel setzten.

Atomar verseuchte Landstriche und Seen, ungesicherte Deponien mit stark radioaktivem Müll, Dutzende Freisetzungen von hochradioaktiven Wolken, Hunderte von nie bekanntgegebenen Atomwaffentests, die geplante Verstrahlung von Soldaten und Zivilisten, insbesondere von gesellschaftlichen Randgruppen und ethnischen Minderheiten, und höchst geheime Forschungsprojekte über die Auswirkungen dieser Massenexperimente – all das gehörte zum atomaren Alltag beider Supermächte. Ob Ost oder West – die Schicksale der Betroffenen und der gleichgültige Zynismus der Regierenden, denen sie begegnen, sind austauschbar.

Beide Reportagen erregten ungewöhnliches Aufsehen. »New York Times« und »Newsweek« griffen das Thema in Titelgeschichten auf, Talkshows und Nachrichtensendungen brachten Dutzende von Hintergrundgeschichten, und einige zehntausend Menschen versuchten, auf einer eigens eingerichteten gebührenfreien Telefonleitung das für Atomfragen zuständige Energieministerium zu erreichen.

Die heftigen Reaktionen sind auf den ersten Blick überraschend, denn neu sind die berichteten Fakten zumeist nicht. Die Plutoniumexperimente beispielsweise waren 1980 in einer viel gelesenen Fachzeitschrift veröffentlicht und in ihren Einzelheiten 1986 in einer Untersuchung des amerikanischen Repräsentantenhauses aufgeklärt worden. Der Bericht mit dem bezeichnenden Titel »Amerikas menschliche Versuchskaninchen – Drei Jahrzehnte Strahlenexperimente an US-Bürgern« hatte darüber hinaus viele andere Versuche ans Tageslicht gebracht, darunter ein besonders charakteristisches Experiment, bei dem Versuchspersonen einzig zu dem Zweck hoch radioaktive Substanzen injiziert bekamen, damit die Wissenschaftler ihre Instrumente neu eichen konnten.

Die »Atomic Veterans«, Soldaten, die von ihren Kommandeuren gezwungen wurden, kurz nach atomaren Testexplosionen das verseuchte Gelände zu passieren, bemühen sich seit Jahren ebenso um öffentliches Gehör wie die in der Hauptwindrichtung des US-Atomwaffentestgeländes lebenden »Down-winders« und die Interessengemeinschaft der in der US-Atomindustrie geschädigten Beschäftigten. Amerikanische Umweltschutzgruppen weisen seit Jahren auf die massive radioaktive Verseuchung von Gelände und Umgebung der amerikanischen Bombenfabriken hin. Die Liste der längst bekannten Schrecken des Kalten Krieges läßt sich verlängern.

Doch nie führten solche Enthüllungen zu einem derart massiven Schock der amerikanischen Öffentlichkeit wie jetzt. Für die gegenwärtige Aufregung gibt es mehrere Gründe. Zum einen nennen die Reportagen erstmals konkrete Zahlen: Über 800 Menschen wurden Opfer von Versuchen mit radioaktivem Material, für Atomwaffen wurden eine Billion Dollar ausgegeben, freigesetzt wurde bei 925 Tests das 150fache der in Tschernobyl freigesetzten Radioaktivität. Allein in Hanford, wo bis 1988 das Bombenplutonium produziert wurde, wird das Aufräumen pro Jahr mehrere Milliarden Dollar kosten. Darüber hinaus hat die »Albuquerque Tribune« jetzt Namen genannt und die Lebensgeschichte der Menschen erzählt, die Opfer dieser heimtückischen Politik wurden.

Zum anderen reagiert das Department of Energy erstmals nicht mehr mit der unter Reagan und Bush üblichen Strategie des Ableugnens, Herunterspielens und Desinformierens. Das mag damit zu tun haben, das die neue Administration hier eine Gelegenheit sieht, ihre Politik der Offenheit zu demonstrieren, hängt aber auch damit zusammmen, daß die Ministerin Hazel O'Leary als schwarze Amerikanerin schockiert ist über den unverhältnismäßig großen Anteil von Schwarzen und Angehörigen anderer Randgruppen der amerikanischen Gesellschaft unter den Opfern der Versuche.

O'Leary selbst hat gegen den Widerstand des Apparats in ihrem eigenen Ministerium und gegen das Pentagon eine Untersuchung in Gang gesetzt, die jetzt mit Clintons Segen auf andere Institutionen ausgedehnt wird – wenn auch der Erfolg angesichts des auf etwa 32 Millionen Seiten geschätzten Dokumentenbergs und der Bekundungen der CIA, man habe viele Dossiers bereits vernichtet, keineswegs absehbar ist.

Die amerikanische Gesellschaft beginnt zum ersten Mal aus der Distanz auf die Zeit des Kalten Krieges zu blicken. Sie muß schockiert erkennen, wie groß der Preis für diese abenteuerliche Politik gewesen ist, und sie muß der Tatsache ins Auge sehen, daß der Kalte Krieg zwar politisch überwunden ist, seine Hinterlassenschaft aber noch über Jahrzehnte Leiden und Kosten verursachen wird.

Und die deutsche Berichterstattung? Das herausragende Thema hierzulande ist die ethische Dimension der mörderischen wissenschaftlichen Versuche an Menschen. Ausführlich zitiert werden Äußerungen amerikanischer Politiker und Wissenschaftler über Parallelen zu den Menschenversuchen in Dachau, Buchenwald und anderen Konzentrationslagern. So begrüßenswert einerseits die Sensibilität hinsichtlich wissenschaftlicher Experimente an und mit Menschen ist, bedenklich wird es da, wo Zeitungen – von der »Morgenpost« bis zum »Neuen Deutschland« – den USA Grüße von Joseph Mengele bestellen. Das ist ein untauglicher und beschämender Versuch, die deutsche Vergangenheit zu entsorgen. Diese Argumentation ist die gleiche, wie sie die Verteidigung im Nürnberger Ärzteprozeß zur Exkulpierung der Medizinverbrechen im »Dritten Reich« benutzte. So zutreffend es ist, daß es auch in anderen Ländern und zu anderen Zeiten Menschenversuche unter höchst fragwürdigen Bedingungen gegeben hat und gibt, so sehr verschleiern derartige Parallelisierungen den Grad der Entrechtung, der Herabwürdigung und der Qualen der Menschen, die unter der NS-Diktatur zu Tausenden Opfer grauenhafter Versuche wurden.

Ludger Weß berichtet in diesem Heft über Tendenzen einer genetischen Gesundheitspflege in der BRD (S. 40-43)

Konkret 02/94, S. 38

Kunst & Gewerbe

Fuckerland

Von allen Verfahren, welche die deutsche Justiz nach jenem Strafgesetz-Paragraphen 86a angestrengt hat, der die Verwendung nationalsozialistischer Kennzeichen verbietet, richteten sich schätzungsweise neunzig Prozent gegen antifaschistische Publikationen und Darstellungen. Damit diese gut vaterländische Bilanz nicht durch die paar Fälle leidet, in denen die Justiz sich zu Ermittlungen gegen Träger von Hakenkreuz-Fahnen hat drängen lassen, hat die Hamburger Polizei jetzt sechsundzwanzig Exemplare des britischen Bestsellers *Fatherland* von Robert Harris beschlagnahmt, weil auf dem Umschlag des antifaschistischen Buchs Hakenkreuz und Reichsadler abgebildet sind. Die NS-Symbole dienen nach Auffassung der Hamburger Staatsanwaltschaft Werbezwecken. Sie seien kein notwendiger Bestandteil des Buches. Nazi-Embleme dürften in Deutschland nur gezeigt werden, wenn sie der Aufklärung, Dokumentation der Geschichte oder zu Berichterstattungszwecken gezeigt werden. Auch zu Zwecken der Berichterstattung über gewisse deutsche Staatsanwälte?

Feuer!

Der sächsische Staatsministers für Umwelt, Arnold Vaatz (CDU), schreibt an den Vorsitzenden des WDR-Rundfunkrats:

Sehr geehrter Herr Vorsitzender des Rundfunkrates!

Der WDR hat mehrmals Beiträge in der Sendung »Nachschlag« zur Person des CDU/CSU-Bundespräsidentschaftskandidaten Heitmann produziert. Sie wurde von dem Kabarettisten Richard Rogler bestritten und von der ARD ausgestrahlt. Herr Rogler äußerte sich dabei unter anderem folgendermaßen:

»Steffen, du wirst Präsident, keine Sorge, wir machen das! Auf deinen Berliner Amtssitz, da kommt die Reichskriegsflagge drauf, Auschwitz wird internationales Tagungszentrum und deine Frau wird am Herd festgekettet, wenn sie für dich Königsberger Klopse macht«...

Zersetzungsmaßnahmen des Ministeriums für Staatssicherheit hatten im seltensten Fall so zerstörerische, demütigende und das Leben belastende Wirkungen wie die Bemühungen des WDR, mit dem Mittel der rufmörderischen Satire Menschen zum Freiwild zu erklären...

Ich bitte Sie als den Vorsitzenden des WDR-Rundfunkrates, in dem von Ihnen verantworteten Medium die Verbreitung eines deutschen Wohlstandsfaschismus der neunziger Jahre nicht zu dulden... Ich bitte Sie ferner, im Rundfunkrat folgenden Antrag einzubringen und über die einzelnen Punkte separate Abstimmungen herbeizuführen:

1. Der Rundfunkrat verurteilt die eingangs zitierten Einlassungen des Kabarettisten Richard Rogler.

2. Der Rundfunkrat entschuldigt sich bei Steffen Heitmann für diese Entgleisung sowohl in Schriftform als auch über den Bildschirm.

3. Der Rundfunkrat fordert den Intendanten auf, die Zusammenarbeit mit dem Kabarettisten Richard Rogler sofort einzustellen.

4. Der Rundfunkrat fordert den Intendanten auf, den verantwortlichen Redakteur dieser Sendung und den Chefredakteur von ihren Pflichten zu entbinden.

5. Der Rundfunkrat beruft den Intendanten ab.

Ich habe damit von meinem Recht auf Eingaben zum Programm nach § 10 WDRGes Gebrauch gemacht und gesagt, welche Personen meines Erachtens für eine Programmgestaltung nicht mehr in Frage kommen dürfen. Ich bitte um satzungsgemäße Befassung.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Arnold Vaatz

Mit der Bitte um Zustimmung versandte Vaatz, der nebenbei authentisch darüber informiert, daß Erich Mielkes legendäre »Zersetzungsmaßnahmen« nicht an den Terror heranreichten, den der Westdeutsche Rundfunk mit Roglers Satiren verübt, sein Psychogramm an

Herrn Norbert Lammert, MdB

CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Herrn Dr. Wolfgang Schäuble, Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, und alle Mitglieder der CDU/CSU-Bundestagsfraktion (bitte verteilen)

Herrn Dr. Hermann Otto Solms,Vorsitzender der FDP-Bundestagsfraktion, und alle Mitglieder der FDP-Bundestagsfraktion (bitte verteilen)

Frau Ruth Hieronymi, MdL

CDU-Landtagsfraktion Nordrhein Westfalen

Herrn Hans-Ulrich Klose,

Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion und alle Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion (bitte verteilen)

Herrn Dr. Gregor Gysi, Gruppenvorsitzender der PDS/Linke Liste im Bundestag, und alle Mitglieder der Gruppe PDS/Linke Liste im Bundestag (bitte verteilen)

Herrn Dr. Klaus Dieter Feige

Geschäftsführender Ausschuß Bündnis 90/Grüne im Bundestag und alle Mitglieder der Gruppe Bündnis 90/Grüne im Bundestag (bitte verteilen)

Evangelische Kirche Deutschlands

und alle Bischöfe (bitte verteilen) Herrn Jens Reich

Max-Delbrück-Centrum für molekulare Medizin

Herrn Roman Herzog

Präsident des Bundesverfassungsgerichts

Herrn Ignatz Bubis

Vorsitzender der Direktion des Zentralrates der Juden in Deutschland

Sekretariat der deutschen Bischofs-Konferenz

163 und alle Bischöfe (bitte verteilen)

Herrn Dr. hc. Johannes Rau

Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen

Frau Dr. Hildegard Hamm-Brücher

Alle haben gelesen, wer im sächsischen Umweltministerium umgeht. Keiner kann sagen, er habe von nichts gewußt.

Vaatzismus

Der Intendant des ZDF, des ehren- und gefälligkeitskeitshalber professorierte und gedoktorte Dieter Stolte, schreibt an »Herrn Programmdirektor, Herrn Chefredakteur, Herrn Direktor für Europäische Angelegenheiten, Herrn Koordinator 3sat, nachrichtlich: Herrn Verwaltungsdirektor« und »Herrn Ministerpräsidenten a.D. Prof. Dr. Dr. h.c. Hans Filbinger«:

Liebe Kollegen,

in kurzer Zeit ist es jetzt zum zweiten Mal zu einer sachlich unzutreffenden Berichterstattung über den ehemaligen Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg Herrn Prof. Dr. Filbinger im Programm des ZDF gekommen. So ist u.a. die Behauptung falsch, Filbinger habe »noch nach Kriegsende Matrosen zum Tode verurteilt«. Unzutreffend ist auch die Darstellung, Filbinger habe »noch nach Kriegsende den Matrosen Walter Kröger zum Tode verurteilt«. In Wirklichkeit war er in diesem Falle nicht als Richter tätig...

Ich bitte um Verständnis, wenn ich Sie auf Grund der beiden Vorfälle nachdrücklich bitten muß, in geeigneter Weise sicherzustellen, daß künftig eine korrekte Darstellung der historischen Vorgänge um Herrn Filbinger gewährleistet ist. Zugleich bitte ich anzuordnen, daß sämtliche in Frage kommenden Datenbanken und Dateien auf die sachliche Richtigkeit der über Herrn Filbinger gespeicherten Informationen überprüft werden...

Mit freundlichen Grüßen

Prof.Dr.h.c. Dieter Stolte

Ein deutscher Prof. Dr. h.c. weiß, was er einem deutschen Prof. *Dr*. Dr. h.c. schuldet. Ist in der Filbinger-Datei des ZDF erst einmal die Information über den Matrosen Walter Kröger als falsch markiert, wird sich schon keiner mehr trauen, die richtige Information über den Matrosen Walter Gröger zu verbreiten, der am 16. Januar 1945 zum Tode verurteilt und im

März 1945 umgebracht worden ist, wie es Hitlers Marinerichter Hans Filbinger als Anklagevertreter verlangt hat.

Ehrung

Das erste, was der Vaclav Havel und seine Minister mit der neuen Freiheit anfingen, war der Ankauf einer Dienstwagenflotte der Marke BMW. Was ein Bürger des befreiten Landes als nächstes mit seiner Freiheit anfing, war nicht, sich endlich ein bis dahin verbotenes Stück des Staatspräsidenten anzuschauen, sondern den Dienstwagen des Polizeiministers Jan Ruml zu klauen. Aber auch Rumls Chef leidet an der neuen Freiheit: Kein westlicher Politiker fühlt sich mehr verpflichtet, seine Theater-Intendanten zu drängen, die Havelschen Bühnenwerke aufzuführen, wie es früher vor allem Bruno Kreisky so erfolgreich getan hatte (nur der Burgtheater-Intendant Peymann hatte sich verbeten, den Stuß aufführen zu müssen). Es wird deshalb vorgeschlagen, den enttäuschten Dichter-Präsidenten mit einer Ehrung zu trösten, die auch einmal seine Verdienste um die neue Freiheit des weiblichen Teils seines Volkes würdigt, indem der von Tausenden halbnackter, oft minderjähriger Tschechinnen gesäumte Teil der Europastraße E 55 Dresden-Prag in Vaclav Havel-Strich umbenannt wird.

Biermann

Tralalaschrummschrumm mal wieder. Die Beziehung von Kunst und Moral, von Talent und Charakter sei ein Leitmotiv des Abends gewesen, berichtete sein Hausblatt »FAZ«. Indem er Heiner Müller als großen Dichter zur Ehrlichkeit aufgefordert habe, habe Biermann nach Übereinstimmung zwischen dem Rang eines Werks und der Haltung seines Schöpfers verlangt. Ein Stück des wenig bekannten Pierre-Jean de Béranger habe er als Beispiel angeführt, daß sogar mäßige Begabung durch sittliche Anstrengung ein interessantes Oeuvre hervorbringen könne. Was aber nicht immer gelingt, wie der Vortragende deutlich machen konnte. Die sittliche Anstrengung des Communarden, die 133-Quadratmeter-Wohnung in der Berliner City, welche die SED einst ihrem alleinstehenden Singepionier Biermann reserviert hatte, jetzt, da Margot Honecker ihm nicht mehr helfen kann, von einem CDU-Anwalt für sich freiklagen zu lassen, hat bisher nur miese Denunziation hervorgebracht. Immerhin: Die Haltung des Schöpfers und der Rang des Werkes entsprechen einander immer mehr.

Wahrheit

»Meine musikalische Nähe zu Mick Jagger oder Nina Hagen ist größer als zum Musikantenstadl«, hat Heino gesagt.

PräfereNS

Der Schriftsteller Günter Kunert hat für die jungen Leser der »Frankfurter Allgemeinen« eine »Geschichte zum Weiterdichten«geschrieben. Er setzt, wie die Redaktion mitteilt, damit die Serie fort, die Gertrud Fussenegger begonnen hat. Bis zum Erbrechen hat der Kunert auf allen Kanälen herumvomiert, wessen Nähe ihm Übelkeit verursache. Neben einer alten Nazisse fühlt er sich pudelwohl.

Lesetip

Ein Ratgeber für 68er: »Die Rente«, herausgegeben vom Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, Bonn (erscheint im Frühjahr).

Urps

In den antiimperialistischen 70er Jahren galt es als politisch korrekt, Coca-Cola, das »schmutzige Wasser des Imperialismus«, zu meiden. In den back to the roots-alternativen 80ern fanden sich einige, die – ob aus purem Trotz oder weil sie unter den Körnerfressern auch braune Kameradinnen vermuteten – von der grünen Fahne gingen und bei McDonalds einfielen. Seit die Wiedervereinigung bei der antinationalen Restlinken die Standards der Political correctness erneut umwarf, hat der Griff zu Konsumgütern aus den Ländern der Antihitlerkoalition beinahe den Status, den vordem der Nestléboykott besaß.

Die Kompositeure des linken Warenkorbs könnte der Bericht vor Schwierigkeiten stellen, den der US-amerikanische Wirtschaftsjournalist Mark Prendergast in seiner »unautorisierten Geschichte der Coca-Cola Company« (*Für Gott, Vaterland und Coca-Cola.* Zsolnay 1993, 512 Seiten) über die deutsche Karriere von Coca-Cola gibt. Refreshing and delightful stärkte der Softdrink nicht nur im zweiten Weltkriegs die GIs (»Wir werden dafür sorgen, daß jeder Mann in Uniform für fünf Cent eine Flasche Coca-Cola bekommt, wo immmer er gerade ist und was immer das die Firma kostet«, lautete die Anweisung, die Coca-Cola-Chef Robert Woodruff nach Pearl Harbour ausgab), sondern im Dritten Reich auch den deutschen Arbeitsmann.

Die Essener Coca-Cola GmbH führte das Getränk unter Leitung des Deutschen Max Keith während der dreißiger Jahre in Nazideutschland ein und setzte es langsam durch. Auch die beliebte Fanta ist Keiths Erfindung: Er fürchtete seit Beginn des Krieges, irgendwann von der Versorgung mit dem Coca-Cola-Sirup abgeschnitten zu werden und wollte mit einem weiteren Getränk im Geschäft bleiben.

Die deutsche Coca-Cola GmbH war allerdings stets Anfeindungen wegen ihres US-amerikanischen Hintergrunds ausgesetzt. So ist die wohl jedem aus der Kindheit bekannte Geschichte von dem Stück Fleisch, das sich über Nacht in Coca-Cola auflöse, eine Erfindung der Nazi-Getränkeindustrie. Und der Afri-Cola-Hersteller Flach, Mitglied der Deutschen Arbeitsfront, der während einer Goodwill-Tour die Coca-Cola-Werke in Atlanta besichtigen konnte, nahm von dort eine Handvoll Kronkorken mit, auf denen in hebräischen Schriftzeichen bestätigt wurde, daß das Getränk koscher sei. Mit Abbildungen der Kronkorken eröffnete Flach eine Kampagne gegen das angeblich jüdische Unternehmen. Der Deutsche Cola-Mann Keith schlug seinen Chefs in Atlanta daraufhin – erfolglos – vor, jüdische Aufsichtsratsmitglieder abzusetzen.

Aber trotz dieser Anbiederei an die Nazis gehört Coca-Cola, berücksichtigt man die gesamte Geschichte, wohl doch in jeden linken Einkaufswagen. Die heilige Hetzjagd gegen das Getränk vereint regelmäßig die unsympathischsten Kräfte – Temperenzlerinnen, Gesundheitsapostel, Antisemiten, Kämpferinnen für die Reinheit der Nahrung undsofort. Can’t beat the feeling.

Konkret 02/94, S. 40

Ludger Weß

Heute schon gescreent?

Nach der Novellierung des Gentechnikgesetzes steht in Bonn ein weiteres Gesetz zur Regelung der Genaktivitäten in Deutschland an: Eine Grundgesetzänderung soll, versprechen CDU/CSU/SPD/FDP, den »gläsernen Menschen« verhindern, der durch moderne genetische Analysemethoden möglich geworden sei. Im ersten Anlauf war ein entsprechender Gesetzentwurf bereits gescheitert, nach der Vorlage eines Berichts des Büros für Technikfolgenabschätzung des Deutschen Bundestages (TAB) geht die Diskussion nun weiter

»Vorbeugen ist besser als heilen – wir sagen Ihnen, für welche Krankheiten Sie anfällig sind / Genetische Partnerwahl – Wer paßt zu wem? / Liegt Ihnen die Gesundheit Ihres Kindes schon während der Schwangerschaft am Herzen? – Nutzen Sie die Möglichkeiten der pränatalen Diagnostik« – so lauten die Slogans einer Werbeschrift der Firma Genotec GmbH aus Bad Oeynhausen, die sich als »ein von hochqualifizierten Wissenschaftlern gegründetes Unternehmen zur gezielten Förderung der privaten Gesundheitserhaltung, -versorgung und -aufklärung« vorstellt. Als Kernstück ihrer Unternehmensleistung bezeichnet Genotec »die Diagnose erblich bedingter Krankheiten sowie die Analyse im Hinblick auf bestimmte Krankheitsdispositionen«. Die Firma hebt hervor, daß sie eine Vielzahl von genetisch bedingten Erkrankungen diagnostizieren kann, bevor diese zum Ausbruch kommen. Auf Wunsch könne sie darüber hinaus ermitteln, ob ihre Kunden Überträger für diverse erbliche Krankheiten seien. Genotec möchte Lebensplanung auf qualifizierter genetischer Grundlage ermöglichen.

Noch gibt es Genotec allerdings nicht wirklich; die Firma ist fiktiver Teil eines Szenarios, das vom Institut für System- und Technologie-Analysen (SysTA) für eine politische Bewertung der Genomanalyse entwickelt wurde. Die Tests, mit denen Genotec wirbt, gibt es hingegen längst – wenn auch in noch geringer Zahl. Sie sind ein Teil des technologischen Spin-offs des internationalen Projekts zur Entschlüsselung des menschli-chen Genoms, HUGO (vgl. KONKRET 2/89).

Markterwartungen

In den USA gibt es mittlerweile kaum eine größere Biotechnologie-Firma, die nicht an solchen Tests arbeitet. Dabei geht es längst nicht mehr nur um den Nachweis erblicher Krankheiten, die durch ein einzelnes Gen verursacht werden, sondern in steigendem Maße um den Nachweis von sogenannten genetischen Dispositionen. Hierbei handelt es sich um Krankheiten, bei denen vermutet wird, daß genetische Faktoren zumindest bei einem Teil der Betroffenen eine Rolle spielen: Diabetes, Erkrankungen der Herzkranzgefäße, Brustkrebs, bestimmte andere Krebsformen und manisch-depressive Erkrankungen werden am häufigsten genannt. In den Fachzeitschriften werden bereits automatisierte Geräte mit »DNA-chips« diskutiert, die in einer Probe eine Vielzahl von Genorten durchchecken und die Ergebnisse interpretieren könnten.

Der Markt ist riesig: Allein in den USA wird er auf zunächst 16,2 Millionen Tests jährlich geschätzt, die – so die Voraussagen – mehr als 800.000 Menschen mit einer entsprechenden genetischen Disposition ermitteln werden. Hinzu kommen noch knapp drei Millionen Tests, die Überträger der vier häufigsten Erbkrankheiten identifizieren sollen sowie knapp 2,5 Millionen vorgeburtliche Untersuchungen. Die französische Firma Bioprobe Systems, die ein Test-Set auf die in Westeuropa häufigste erbliche Krankheit, die Cystische Fibrose (Mukoviszidose) anbietet, rechnet vor, daß in der Bundesrepublik von über 36 Millionen Bundesbürgern unter 45 Jahren etwa 1,6 Millionen Überträger dieser Krankheit sind und hat darunter als besondere Zielgruppe 950.000 potentielle Eltern ausgemacht. Europaweit beläuft sich der Markt auf über 220 Millionen Erwachsene im fortpflanzungsfähigen Alter. Schon sind erste Test-Sets in Vorbereitung, die die Diagnose nicht nur in einer allgemeinärztlichen Praxis, sondern auch – ähnlich wie die Schwangerschaftstests – zu Hause ermöglichen. Vorreiter sind hier die USA, wo schon seit etwa zwei Jahren solche »Home-Kits« für die HIV-Selbstdiagnose zugelassen sind.

Innerhalb des Human Genome Project wird die Entwicklung als »erster Schritt zu einer genetischen Gesundheitspflege« begrüßt und einem systematischen Screening-Programm der Bevölkerung das Wort geredet. Es wird dabei der Eindruck erweckt, als ob der Ausbruch dieser Erkrankungen sicher vorherzusagen und durch vorbeugende Interventionen zu verhindern sei. Dabei besteht die »Identifizierung« bestimmter Gene oftmals nur in einer statistischen Korrelation zu den Erkrankungen, die sie angeblich »bedingen«. Es ist also in vielen Fällen noch völlig offen, in welchem Zusammenhang die Gene, auf die getestet werden kann, mit der betreffenden Krankheit stehen. Aber selbst wenn eine kausale Beziehung herstellbar ist, ist damit noch lange nichts über die Eintrittswahrscheinlichkeit ausgesagt, denn viele genetisch mitbedingte Erkrankungen sind in einem noch größeren Maß von Umweltfaktoren beeinflußt.

Selbst wenn es gelänge, die Wirkungsweise der vielen z. Z. »identifizierten« Gene rasch aufzuklären, wäre damit noch lange keine therapeutische Möglichkeit absehbar. Daher setzten viele Wissenschaftler des Human Genome Project kurzerhand auf die genetische Manipulation der Betroffenen. Die »Gentherapie« soll das »defekte« Gen durch eines ersetzen, das die Wissenschaftler für »normal« halten – eine »Reparaturmethode«, die auch ohne das Verständnis der Krankheitsursache auskommt.

Mittlerweile gibt es aber auch einen wachsenden Widerstand gegen diese als »Genomanalyse« bezeichneten genetischen Screening-Methoden. Zunächst waren es nur kritische Gruppen und Einzelpersonen, die die Genomanalyse wegen ihrer gravierenden sozialen Folgen ablehnten. Jetzt schließen sich auch immer mehr Wissenschaftler der Kritik an. Im April warnten US-Experten davor, diese Tests ungehindert Teil der medizinischen Routine werden zu lassen: Nach den Erfahrungen, die US-Bürger bereits in den vergangenen Jahrzehnten mit »genetischer Diskriminierung« gemacht haben, drohe bei einer Ausweitung der Genomanalyse immer mehr Menschen der Verlust des Arbeitsplatzes und der Ausschluß von Lebens- und Krankenversicherungen. Mit Blick auf die geplante Reform des amerikanischen Gesundheitssystems gab das Expertenteam 67 detaillierte Empfehlungen hinsichtlich des weiteren Umgangs mit der Genomanalyse.

Situation in der Bundesrepublik

Auch in der Bundesrepublik liegen dem Bundestag mit einem Bericht des Büros für Technikfolgenabschätzung des Deutschen Bundestages (TAB) Empfehlungen für gesetzliche Regelungen vor. Das eingangs erwähnte SysTA-Szenario war Teil eines für das TAB erstellten Gutachtens über Perspektiven der Anwendung und Regelungsmöglichkeiten der Genomanalyse. Der fiktive Genotec-Prospekt diente dabei als Anstoß für eine Gesprächsrunde unter bundesdeutschen Expertinnen und Experten aus Universitäten, Firmen und Behörden. Einigkeit bestand unter den Fachleuten darüber, daß kommerzielle Anbieter der Genomanalyse sich auch in der Bundesrepublik etablieren und einen Markt finden könnten, falls keine rechtlichen Regelungen getroffen würden.

Ein Schwerpunkt der Debatte war der Einsatz dieser Tests für vorgeburtliche genetische Analysen – ein Sektor, der schon jetzt mit konventionellen Analysetechniken einen stetig expandierenden Markt darstellt. Kostendruck und Sparzwang im Gesundheitswesen wurden als Faktoren für eine Nachfrage nach solchen Tests ebenso ausgemacht wie die bereits weitgehende Verinnerlichung des Prinzips vom »gesunden Kind« durch Eltern, Schwangere und niedergelassene Ärzte. Vorreiter sind dabei ganz offensichtlich die gesundheitsbewußte, finanzstarke neue Mittelschicht und unter den Ärzten die Gynäkologen.

Die Zahlen sprechen für sich: Nach Angaben der SPD-Bundestagsabgeordneten Edelgard Bulmahn gibt es Umfragen, in denen sich 18 Prozent der befragten Schwangeren für eine Abtreibung aussprachen, falls ihnen rechtzeitig bekannt würde, daß ihr Kind zur Fettleibigkeit neigt. Von 1988 bis 1991 stiegen pränatale Diagnosen um 40 Prozent; genetische Tests nach der Geburt um 100 Prozent. Die humangenetischen Institute sind längst am Rand ihrer Untersuchungskapazitäten angelangt und können nur noch ein Viertel der Nachfrage abdecken. Für diese Ausweitung sind in erster Linie die niedergelassenen Ärzte verantwortlich. Die Hälfte aller Pränataldiagnosen wird inzwischen von Gynäkologen durchgeführt. Die Leistung ist ebenso wie Ultraschallaufnahmen und andere Tests abrechenbar; gleichzeitig haben verschiedene Gerichte in der letzten Zeit Frauenärzte nach der Geburt behinderter Kinder zu Schadenersatz verurteilt. Die Ärzte hatten es unterlassen, die Schwangere auf ihr Risiko und die Möglichkeiten der pränatalen Untersuchung hinzuweisen.

Krankheitsbegriff und Entsolidarisierung

Aber auch hinsichtlich der Genomanalyse bereits geborener Menschen bestätigen die sozialwissenschaftlichen Untersuchungen die Befürchtungen der Gentechnik-Kritikerinnen und -Kritiker über die gesellschaftlichen Folgen einer Ausweitung genetischer Testmöglichkeiten mittlerweile in vollem Umfang. Bereits die Umdefinition einer Krankheit als »genetisch« schafft ganz andere Ansatzpunkte für medizinisches Handeln und hat gravierende Folgen für die Psyche der Betroffenen. Bei einer genetischen Erkrankung steht nämlich die Konstitution des einzelnen im Vordergrund der Betrachtungsweise. Der Fehler wird nicht mehr in den ebenfalls mitbedingenden Umweltfaktoren gesucht, sondern er liegt in der nicht bewußt beeinflußbaren Persönlichkeit des »Patienten«. Hinzu kommt das Problem der Aussagekraft des Tests. Das Vorhandensein genetischer Faktoren sagt nämlich nichts über Ausbruchswahrscheinlichkeit und -zeitpunkt einer Erkrankung aus.

Weitaus gravierender noch ist die absehbare Ausweitung des Krankheitsbegriffs. Merkmale, die sozial unerwünscht sind, können als »krankhaft« definiert werden, sobald sie genetisch testbar sind. Zu solchen Merkmalen gehören z. B. Aggressivität, Alkoholismus oder Hyperaktivität von Kindern, allesamt Merkmale, für die gegenwärtig im Kontext des Human Genome Project gezielt nach genetischen Markern gesucht wird. Die angestrebten Erkenntnisse über die genetischen Grundlagen des Alkoholismus etwa sollen nach Auffassung von Eric C. Devor und C. Robert Cloninger, den führenden Experten auf diesem Gebiet, ein »fundamentales Verständnis der genetischen Zusammenhänge eines Suchtleidens« und »ein realistisches Programm von Eingriffsmöglichkeiten« ergeben. Wie weit die Studien über die Biologie der Kriminalität inzwischen gediehen sind, hat KONKRET bereits im Mai dieses Jahres ausführlich berichtet. Selbst die »Gesellschaft für Humangenetik« äußerte in ihrer Stellungnahme zur Genomanalyse die Befürchtung, daß »bei weiterer Entschlüsselung des menschlichen Genoms ... die Abgrenzung zwischen ›krankhaften‹ und ›normalen‹ Eigenschaften und Dispositionen immer künstlicher werden« wird.

Es geht also, und das ist festzuhalten, nicht um einen »gläsernen Menschen«, d. h. um die Sichtbarmachung oder Entdeckung von bislang bloß verborgenen Eigenschaften, sondern um die Zuschreibung und Definition von Eigenschaften. Der Krankheitsbegriff der »voraussagenden Medizin« ist ein Kunstprodukt. Problematisch daran ist z. B. die bereits aus der HIV-Diagnostik bekannte Situation, daß die diagnostischen Möglichkeiten die therapeutischen auf lange Sicht bei weitem übersteigen werden. Auch vielen »genetisch disponierten« Personen wird nichts anderes übrig bleiben, als sich mit dem Gedanken vertraut zu machen, daß sie ab dem Zeitpunkt der Diagnosestellung als krank betrachtet werden, obwohl sie sich kerngesund fühlen und keine Symptome zeigen. Ähnliche Probleme gibt es im übrigen auch in der Hirnforschung, wo mit Hilfe von neuen Abbildungstechniken Prozesse im Hirn sichtbar gemacht werden können, die als Vorboten einer neurologischen Erkrankung in späteren Jahren interpretiert werden. Die Folgen der absehbaren Verunsicherung werden die Betroffenen vermutlich empfänglich für vielerlei medizinische Vorschläge zur »Lebensstiländerung« machen. Der Medizin kommt damit zunehmend die Rolle einer Verhaltensnormierung zu, der Arzt wird – eingezwängt in Spar- und Konformitätsvorgaben der Kassen – zum Gesundheitspolizisten.

Erste Vorstöße zur Etablierung solcher Verhaltensnormen gibt es bereits. Karsten Vilmar hat als Präsident der Deutschen Ärztekammer beispielsweise angeregt, die Bevölkerung durch Zuschläge für sogenanntes »Risikoverhalten« wie Rauchen, Naschen, Übergewicht, riskante Sportarten etc. zu mehr »Gesundheitsverantwortung« anzuhalten: »Eine Privatisierung der Lust darf nicht gleichsam zur Vergesellschaftung der Last führen.« Der Zwang zur Prävention und die Individualisierung des Risikos führen unausweichlich zur Entsolidarisierung des Sozialsystems.

Doch dieser Faden kann auch noch weiter gesponnen werden. Hubert Markl forderte während seiner Amtszeit als Präsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) bereits die Übernahme von gesellschaftlicher Verantwortung durch Menschen, die als Überträger genetischer Krankheiten identifiziert sind: »Ich will hier sehr klar aussprechen, ... daß der Verzicht auf eigene Kinder aus genetischen Gründen mindestens ebenso, vielleicht sogar mehr gerühmt zu werden verdient als der Entschluß, dem unter Umständen grausamen Schicksal einfach in fatalistischer Frömmigkeit seinen Lauf zu lassen.« Von dieser Position ist es nicht mehr weit bis zu Forderungen, Eltern mit behinderten Kindern selbst für alle Kosten aufkommen zu lassen, falls die Behinderung pränatal erkennbar war bzw. diagnostiziert wurde.

Wenn ein Test-Kit, der Patienten schnell und einfach als Überträger der vier oder fünf häufigsten Erbkrankheiten identifizieren kann, erst einmal auf dem Marktist, scheint auch die Einführung einer genetischen Eheberatung denkbar, von der die Humangenetiker der NS-Diktatur nur träumen konnten. Den Betroffenen muß man heute nicht mal von der Eheschließung oder vom Kinderkriegen abraten; sie müßten lediglich ihre Fortpflanzung in die Hände der reproduktionsmedizinischen Spezialisten legen.

Doch mit diesen Problemen sind längst nicht alle Schwierigkeiten beschrieben, die sich aus der Genomanalyse ergeben. In den USA wird die genetische Analyse bereits seit Jahren angewendet, um Personen mit bestimmten genetischen Dispositionen von belasteten Arbeitsplätzen auszuschließen. Ironischerweise gelten die so stigmatisierten Personen andererseits nicht als Behinderte im Sinne der entsprechenden amerikanischen Anti-Diskriminierungsgesetze, da sie keinerlei Symptome einer Krankheit zeigen.

Weitere Probleme ergeben sich aus der Weitergabe der Daten an Familienangehörige oder Versicherungen. Jede genetische Analyse erlaubt zugleich auch Aussagen über die genetische Konstitution der vorhergehenden oder nachfolgenden Generation. Kranken- und Lebensversicherungen könnten genetische Analysedaten zum Anlaß für Ausschlüsse oder Risikozuschläge nehmen. Entsprechende Fälle sind in den USA ebenfalls schon seit Jahren bekannt.

Schließlich wird die Genomanalyse auch in Strafverfahren angewandt. So können Dateien mit den genetischen Profilen von Straftätern und Verdächtigen aufgebaut werden, mit deren Hilfe Tatortspuren ähnlich wie bei den Fingerabdrücken einem bestimmten Täter zugeordnet werden können. Bereits Realität sind genetische Rasterfahndungen, mit deren Hilfe innerhalb einer größeren Menschengruppe nach Tätern gefahndet werden kann.

TAB-Stellungnahme

Zu allen diesen Problemen hat das TAB jetzt ausführlich Stellung genommen. Es empfiehlt als Quintessenz die bundeseinheitliche Regelung der Genomanalyse, soweit sie arbeitsmedizinische Untersuchungen, Versicherungswesen, Strafprozeßordnung und pränatale Diagnostik betreffen, im Rahmen einer Grundgesetzänderung. Festgeschrieben werden sollte in einem solchen Gesetz nach Ansicht des TAB das Prinzip der Freiwilligkeit der Genomanalyse, die Koppelung solcher Tests mit einer ausführlichen, nicht-direktiven Beratung und das Recht auf informelle Selbstbestimmung hinsichtlich genetischer Daten, d.h. ausdrücklich auch ein Recht auf Nicht-Wissen. Um wenigstens ein Mindestmaß an staatlicher Aufsicht und Kontrolle ausüben zu können, wird die Zulassungspflicht für die zur Genomanalyse eingesetzten Tests empfohlen.

Hinsichtlich von Genomanalysen am Arbeitsplatz stellt das TAB vier Optionen vor, die vom totalen Verbot bis zur generellen Zulassung der Genomanalyse bei Einstellungsuntersuchungen und arbeitsmedizinischen Untersuchungen am

Arbeitsplatz reichen. In diesem Punkt sind die Weichen in Bonn allerdings wohl schon gestellt. Der von Arbeitsminister Blüm im Dezember 1992 vorgelegte Referentenentwurf zum Arbeitsschutzrahmengesetz erlaubt entgegen früheren Versicherungen Blüms die Genomanalyse auf der Grundlage einer »Positivliste« von zulässigen Tests sogar für Einstellungsuntersuchungen.

Genomanalysen im Versicherungswesen werden als überflüssig und mit dem Prinzip des Versicherungswesens, Risiken abzudecken und nicht auszuschließen, gänzlich unvereinbar verworfen. Ob diese Position aber auf Dauer haltbar ist, steht dahin. Es könnte, so argumentieren Versicherer heute schon, bei einer weiten Verbreitung von Genomanalysen der Fall eintreten, daß Personen mit Wissen um ihre Dispositionen und Veranlagungen gezielt Versicherungen abschließen, um bei Krankheitseintritt hohe Summen zu kassieren.

Für Strafverfahren empfiehlt der Bericht die Beschränkung der Genomanalyse nur auf Genabschnitte ohne Information und auf den Zweck der Zuordnung von Spuren. Ergebnisse sollen nur für das jeweils anhängige Strafverfahren verwendet und nicht gespeichert werden dürfen. Im Gegensatz zu den USA wäre damit die Speicherung genetischer Fingerabdrücke zum Zweck der allgemeinen Strafverfolgung untersagt.

Interessant ist der Bericht darüber hinaus deswegen, weil sich die Gutachter hinsichtlich der Pränataldiagnostik auf den ersten Blick die Argumente der Frauen gegen Gen- und Reproduktionstechnik und der Krüppelgruppen ein Stück weit zu eigen gemacht haben. Nach Ansicht der TAB-Gutachter kommt nämlich aus ethischen Erwägungen und wegen der Gefahr des Abgleitens in eine eugenische Praxis grundsätzlich ein Verbot jeglicher Pränataldiagnostik in Betracht. Allerdings wäre die konkrete Ausgestaltung eines solchen Verbotes längst nicht so radikal, wie es klingt.

Die Vorschläge laufen darauf hinaus, pränatale Untersuchungen grundsätzlich für unzulässig zu erklären, aber Ausnahmen von diesem Verbot zulassen. Diese Ausnahmen wären Analysen zur Früherkennung von schwerwiegenden, heil- oder therapierbaren Krankheiten, deren Erkennung vor der Geburt eine pränatale Behandlung ermöglicht sowie Analysen zur Früherkennung von solchen schwerwiegenden und nicht therapierbaren Krankheiten, die im Kindes- oder Jugendalter auftreten. Eindeutig untersagt wären damit Tests auf Merkmale ohne Krankheitswert oder auf Krankheiten wie die Chorea Huntington, die erst gegen Ende des vierten Lebensjahrzehnts auftritt. Die Trisomie 21 hingegen, auf die die meisten pränatalen Untersuchungen abzielen, fiele nach dieser Formulierung unter die zulässige Ausnahme, denn sie wird von vielen Humangenetikern als »schwerwiegende« Krankheit eingestuft, die zudem nicht therapierbar ist. Gerade dieser Fall aber zeigt beispielhaft die Problematik des eugenischen Denkens, das der Gesetzentwurf einzuschränken sucht. Die Betroffenen bedürfen lebenslanger Betreuung, aber in den meisten Fällen können sie durchaus mit Erfolg die Schule besuchen und einen Beruf erlernen.

Strikt abgelehnt wird in der TAB-Vorlage eine dem Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses von 1933/34 ähnliche »Kataloglösung« von Krankheiten, auf die getestet werden darf, denn eine solche Normierung liefe auf die staatliche Festschreibung von »lebenswertem« und »lebensunwertem« Leben hinaus.

Da eine schnelle gesetzliche Regelung von allen Fraktionen des Deutschen Bundestages gewünscht wird, wird es die Aufgabe von gentechnikkritischen Initiativen und Selbsthilfegruppen sein, rasch eine Diskussion über die TAB-Empfehlungen in Gang zu bringen.

Ludger Weß schrieb in KONKRET 12/93 über ein neues internationales Großprojekt der Humangenetik

Konkret 02/94, S. 44

Christoph Türcke

Der Unschärfeskandal

Der Autor nimmt Stellung zur Kontroverse über den Vortrag »Die Inflation des Rassismus«, den er im Juni 93 auf dem Hamburger KONKRET-Kongreß vorgetragen hat (s. die Beiträge in KONKRET 8-11/93). Alle Zitate ohne gesonderte Nachweise sind Fundstücke aus der Kontroverse

»Die vielfältige Ungleichheit der Menschen, ihrer biologischen Artung nach, ist eine offenbare Tatsache, die nur ein Irrer leugnen könnte«, schreibt 1933 Paul Ludwig Landsberg in einem Bericht »Zur neuesten Literatur über das Rassenproblem« und besteht darauf, »Rassenlehre als pure Ideologie und Rassenlehre als Naturwissenschaft« streng zu unterscheiden, den Rassisten Gobineau, de Lapouge, Chamberlain, Studhard, Woltmann etc. den moralischen und geschichtsphilosophischen Wust nachzuweisen, den sie in ihre angeblich wissenschaftlichen Analysen einfließen lassen, und ihnen vom »somatischen Ausgangspunkt der Rassenforschung« aus, »die, vor allem mit Hilfe von Messungen, zunächst einmal festen Boden unter den Füßen gewinnen mußte«, die Möglichkeit einer soliden Wissenschaft entgegenzustellen. Zwar sieht er »die Erforschung seelischer Rassenmerkmale noch ganz in den Anfängen« und »mit bedeutenden methodischen Schwierigkeiten« belastet, verspricht sich aber gerade von ihrer nüchtern-wissenschaftlichen Lösung einen Beitrag zur »Wertfülle der Menschheit«, die er wachsen sieht, wenn »die Achtung vor dem Fremden« sich »mit der Verwirklichung des eigenen Wesens« verbindet.

Das Interessante ist nicht, daß ich solchen Optimismus keineswegs teile, weder Möglichkeit noch Notwendigkeit sehe, einen so anachronistischen und zerfallenen Gegenstand wie Menschenrassen biologisch oder gar psychologisch hinreichend in den Griff zu bekommen, statt dessen eine Gentechnik, die bald neue zu züchten imstande ist, als große Gefahr erachte – das Interessante ist, wo Landsbergs Text erschien: in Band 2 der »Zeitschrift für Sozialforschung«. Während Hermann L. Gremliza differenziert, aber deutlich zum Ausdruck gebracht hat, daß er mit meinem Vortrag auf dem KONKRET-Kongreß im »entscheidenden Punkt« nicht übereinstimmt und die KONKRET-Redaktion beim Abdruck von Widerreden gegen ihn nicht wählerisch war, ließ Max Horkheimer 1933 einen Aufsatz in seine Zeitschrift, der *für* Rassewissenschaft optiert – und nichts geschah. Kein Aufstand in der Redaktion, kein Protest bei andern Autoren oder Lesern, keine Abonnementskündigungen, keine sich distanzierende Stellungnahme vom Herausgeber. Horkheimer wird doch wohl nicht vergessen haben, daß er soeben mit knapper Not den Nazis entronnen war und nicht aus Spaß in Genf saß und die Übersiedlung seines Instituts nach New York vorbereitete? Dahinter muß doch etwas anderes gesteckt haben. Kurzum, es ist an der Zeit, dem guten Mann und seinen Mitarbeitern auf die Schliche zu kommen und zu entdecken, daß sie, wenn auch »schweren Herzens«, hinter tausend gesellschaftskritischen Wenns und Abers, ein bißchen »tragische Gestalten« mimend – in den »linken Diskurs« stark rassismusverdächtige »rechte Inhalte« eingeschleust haben. Wer weiß, vielleicht war das New Yorker Institut eine geheime Berliner Außenstelle.

Und wenn man schon dabei ist, reinen Tisch zu machen, sollte man sich auch einen Autor genauer anschauen, der im Arbeitslohn ein Mittel für den Arbeiter sah, »sein Leben zu fristen und seine Rasse fortzupflanzen«, und auf die Frage »Was ist ein Negersklave? Ein Mensch von der schwarzen Rasse« antwortete. »Ein Neger ist ein Neger. In bestimmten Verhältnissen wird er erst zum Sklaven.«1 Wie? Bei diesem Autor sollte man, nur weil er Marx hieß, ein Auge zudrücken? Ihm einen »unschuldigen« Gebrauch von Begriffen attestieren, deren aggressiver Bedeutungsgehalt schon damals offenkundig war? Er habe mit »Rasse« nicht die Arbeiter, sondern ihren Zustand denunzieren wollen? Er habe mit »Neger« und »schwarze Rasse« niemanden verunglimpfen, sondern nur eine Naturbeschaffenheit von einem gesellschaftlichen Zwangsverhältnis unterscheiden und so gerade der Aufladung von Naturtatsachen mit sozialen Wertungen und Hierarchien entgegenwirken wollen? Er, der Superkritische und Universalbewanderte sollte von Camperschen Schädelmessungen und Lavaterscher Physiognomie nichts gewußt, den »Nigger« im Wort »Neger«, das Rassifizierende im Rassebegriff nicht bemerkt haben? Der Mann ist enttarnt – natürlich nicht als einer der »ordinären« Rassisten, die ihre Gesinnung »geradezu erfrischend« herausgröhlen, sondern als einer der »verdrucksten« Sorte, die mit »Zähigkeit und Ausdauer« arbeitet. Drei Bände *Kapital* schreiben, um seinen Rassismus so gut zu verstecken, daß er nur in ganz wenigen unbedachten Momenten noch durchblitzt, ist kein Pappenstiel.

Folgerungen dieser Art erscheinen als völlig normal und konsequent, wo man Begriffe nur noch wahrnimmt wie Stühle: als etwas, was man zu »besetzen« hat statt zu denken, wofür das Gesäß zuständiger ist als das Gehirn. Man wende die Kriterien, die mich als mehr oder weniger freiwilligen Rassisten erscheinen lassen, nur einmal auf die Köpfe der gesellschaftskritischen Tradition an – im Nu gerate ich auf der Anklagebank in schmeichelhafteste Gesellschaft2: reihenweise Geheimagenten der »Rechten« und des Rassismus, die sich derart geschickt in die linke Bewegung eingeschlichen haben, daß man lange Zeit glauben mochte, sie hätten sie konstituiert. Nach der Säuberungsaktion, die da ins Haus steht, wird man in der Tat nicht mehr wissen, ob »linke Politik« da ist, wo der Daumen rechts ist oder umgekehrt, aber klarer sehen, daß es Spreu war, die sich da von Spreu und Weizen trennte.

Wenn mein Vortrag jetzt zum Anlaß dafür genommen wird, zur Reinigung der Restlinken von »Rechten« aufzurufen, so steht zu begreifen an, warum so wenig Wind so viel Sturm auslösen konnte. Nun, ich beging die Leichtfertigkeit, mit etwas nicht so leicht fertig zu werden, was man als moderner Mensch liebend gern natur- oder gesellschaftswissenschaftlich abgefertigt hätte. Man könnte es eine gewisse »Unschärferelation« nennen, in der sich, wie die Physik in bezug auf die Elektronen, deren Ort und Geschwindigkeit sie nie »gleichzeitig mit einer beliebigen Genauigkeit bestimmen«3 kann, so die menschliche Perzeption als ganze zu ihrer Umwelt befindet. Die Sinneswahrnehmung und Erfahrung, der Intellekt und all die von ihm ausgeheckten Vergrößerungs- und Meßgeräte: sie reichen nicht hin, um gewisse winzige Teilchen oder räumlich und zeitlich ferne Ereignisse genau zu ergründen, teils weil sie – vielleicht vorläufig – zu schwach dazu sind, teils weil der Gegenstand sich nicht isolieren läßt (durch keinen noch so geschickten Eingriff läßt sich die Seele aus dem Körper herausoperieren), und bisweilen ist weder entscheidbar, ob die Unschärfe dem Subjekt oder dem Objekt anhaftet, noch, ob sie jemals behebbar sein wird.

Oft kann uns das egal sein; wie das Klima auf der Milchstraße ist oder wie die Urmenschheit ausgesehen hat – wen muß das schon kümmern? Manchmal jedoch rückt das Ferne zugleich unangenehm nahe. Warum und seit wann es Menschen mit ganz dunkler und ganz heller Haut gibt, vermag niemand genau zu sagen. Nichts aber wäre wünschenswerter als das zu wissen, um denen, die aus »hell« Höher-, aus »dunkel« Minderwertigkeit folgern, das Handwerk mit einem Beweis zu legen, der so klar ist wie der von der Winkelsumme des Dreiecks. Das Schlimme aber ist, daß der Unsinn im Rassismus nicht so offen zutage liegt wie ein mathematischer Fehler, daß er vielmehr von der Verdrehung und Überhöhung von Tatsachen lebt – z.T. fatal offensichtlicher Tatsachen. Bequem kann man ihm die Unzulässigkeit seiner Schlüsse nachweisen, aber in entscheidenden Punkten nicht *einen* positiven Beweis entgegenhalten, wie es denn wirklich gewesen sei. Natürlich müssen Populationen dunkelster und hellster Haut, wenn sie miteinander fortpflanzungsfähig sind, derselben biologischen Art angehören, und dies Identische in ihnen muß irgendwann einmal in Besonderung getreten sein, indem Teile der Art sich so gründlich und lange voneinander absonderten, daß ihnen Eigenschaften erblich wurden, die die andern nicht hatten. Ob das über die Hautfarbe hinaus noch andere waren, etwa Haar- und Augenfarbe, bestimmte Kopf- und Körperproportionen, läßt sich nicht beweisen; um so deutlicher macht sich, so weit unsere Erfahrung reicht, die Hautfarbe im Erbgang geltend, nämlich »halbschlächtig«, wie Kant das nannte, d.h. nie dominant-rezessiv, sondern immer so, daß beide Eltern die ihrige dem Kind mitteilen. Eine Schwarze und ein Weißer, eine Weiße und ein Schwarzer zeugen regelmäßig einen Mischling. Halbschlächtigkeit der Vererbung ist das notwendige, wenn auch nicht hinreichende Kriterium für jene Besonderung (variatio) der Art, die Kant mit Rasse meinte und die, wer vor dem Wort zurückschreckt und ein besseres dafür weiß, auch anders nennen mag.4

Will man nicht einfach zu einem willkürlichen Schöpfungsakt Zuflucht nehmen, so muß man die allmähliche Besonderung der Spezies Mensch, auch wenn man bei ihr nicht zugegen war, als ein sicheres historisches Resultat5 und als eines ihrer hervorstechendsten Merkmale die Ausbildung verschiedener Hautfarben nehmen. Alles andere, wann und wie es dazu kam, welchen Anteil dabei Mutationen, Modifikationen, Klima- und Vegetationsveränderungen hatten, liegt im Dunkeln. Die Urfarbe der menschlichen Haut ist ebenso ungewiß wie ob sie sich anfangs unter einem geschlossenen Haarkleid befand oder schon annähernd so nackt zutage lag wie heute. Daß Sonne helle Haut bräunt, hat einmal zu dem Schluß geführt, die Schwarzen hätten ihre Hautfarbe dauernder Sonneneinstrahlung zu verdanken. Er läßt sich ebensowenig beweisen wie sein Gegenstück: daß schwärzliche Haut, weil sie sich seit einem halben Jahrtausend in kalten Zonen erblich erhalten hat, das auch die nächsten zehn Jahrtausende tun werde.

Die Pigmentierung ergibt sich aus einem vorläufig nicht entwirrbaren Zusammenspiel innerer und äußerer Faktoren und macht überdies nur *ein* Merkmal der Haut aus. Atmungs- und Wahrnehmungsorgan, Filter zwischen außen und innen ist sie als ganze: als Gewebe mit einer bestimmten Konsistenz und Drüsenfunktion, einem gewissen Feuchtigkeits- und Fettgehalt etc. Als dies Ganze aber steht sie mit Vorgängen im Körperinneren ebenso in Wechselwirkung wie mit äußeren. So wenig ihre Beschaffenheit unabhängig von Klima- und Vegetationseinflüssen, so wenig ist sie trennbar von den vegetativen Prozessen, dem Grad der Nervenempfindlichkeit, der physischen und psychischen Belastbarkeit und Beweglichkeit des Organismus, den sie umschließt. Zwischen Haut und Seele jeglichen Zusammenhang leugnen, hieße entweder die Haut für eine Art Anorak halten oder die Seele für eine vom Körper isolierbare spiritistische Essenz. Aber so sicher es diesen Zusammenhang gibt, so unsicher sind seine Details. Aus der Tatsache, daß die Haut ein Psychosomatikum ersten Ranges ist, folgt nicht einmal, daß das, was psychosomatische Medizin heute zweifelsfrei über sie herausfindet, immer schon so war. Das gilt natürlich auch für die Hautfarbe. Sollte sich einmal herausstellen, daß die Pigmentierung der Faktor der Haut ist, der mit den hinter ihr vorgehenden psychischen Prozessen absolut nichts zu tun haben *kann* – um so besser. Sollte sich herausstellen, daß er jetzt damit nichts zu tun *hat*, so heißt das nicht, daß er *nie* damit zu tun hatte. Das Verhältnis von Körper und Seele ist selbst durch und durch historisch, und die menschliche Psyche, die heutzutage so viel Eigendynamik hat, daß sie ihre Leiden sehr dezidiert in Körperkrankheiten darzustellen vermag, ist vor 300.000 Jahren möglicherweise nur ein schwaches Echo physischer Prozesse gewesen, in denen die Hautfarbe eine Rolle gespielt haben mag, die sie längst verlor.

Fast überflüssig hinzuzufügen, daß auch das Verhältnis von Klima und Körper ein historisches ist. Nicht nur, daß das Klima sich ändert; je entwickelter der technische Stand, desto besser kann man sich mit Kleidung, Behausung, Temperierung gegen seine Einflüsse schützen. Das ändert freilich nichts daran, daß es für körperliche und geistige Entwicklung günstigere und weniger günstige klimatisch-geographische Bedingungen gibt. Es gibt von Natur aus Begünstigte und Benachteiligte: wie bei Individuen, so bei Völkern und umfassenderen Populationen. Nur daß dies klare Faktum keine klaren Schlüsse gestattet. Die Tatsache, daß es von Klima und Erdbeschaffenheit nicht unabhängig war, wenn sich im Nildelta eine fortgeschrittenere Kultur bildete als in Grönland, den germanischen Wäldern oder der Kasachensteppe, reicht zu der Verallgemeinerung »Je gemäßigter das Klima, desto entwickelter die Völker« nicht hin und nicht her. So sicher es ein gemäßigtes Klima gibt, so unscharf sind seine Grenzen und so unvorhersehbar ist, wie Individuen und Kollektive auf es reagieren, welcher Grad widriger Umstände sie stimuliert und welcher niederdrückt.6 Vor allem aber: die fortgeschrittenere (und in diesem Sinne »höhere«) Kultur ist nicht schon automatisch der bessere Zustand. »Es ist niemals ein Dokument der Kultur, ohne zugleich ein solches der Barbarei zu sein« (Benjamin). Sklaven beim ägyptischen Pyramidenbau mögen es weit furchtbarer gehabt haben als die Mehrzahl der von wilden Tieren umlauerten Amazonasindianer, ohne daß darum der Begriff der ägyptischen Hochkultur falsch wäre. Technisch-kulturelle Errungenschaften sind objektivierte Humanisierungsmöglichkeiten; um so schlimmer ihre inhumane Nutzung.

Unbeschadet von alledem gilt, daß die Besonderungen einer biologischen Art, die sich halbschlächtig vererben und die »Rasse« zu nennen nichts Ehrenrühriges ist, eine simple Naturtatsache darstellen. Diejenigen, die daran irre werden und das vielleicht noch für Tiere zugeben mögen, nicht aber für Menschen, vergessen gewöhnlich, daß der Zeitraum von der sogenannten Antike bis heute, den man dank kultureller Überbleibsel besser kennt als alles vorige, sich zur menschlichen Gesamtgeschichte etwa verhält wie die letzte halbe Stunde zum ganzen Tag. Die Besonderungen der Spezies Mensch, die sich in diesem Zeitraum manifestierten, sind natürlich keine Urrassen mehr, sondern längst Besonderungen von Besonderungen, durch Klima- und Ernährungskrisen (z.B. Eiszeiten) oder willkürliche, nicht mehr rekonstruierbare Entschlüsse auseinandergedriftet, weiterverzweigt und in anderen Konstellationen wieder vereinigt. Die Populationen, die man als schwarz-, rot-, gelb- oder weißhäutig wahrnimmt, sind selbst schon das Produkt eines Schmelztiegels. Das einzige halbschlächtige Merkmal, das sich beim Homo sapiens bis heute beharrlich erhalten hat, ist die Hautfarbe; nicht gesagt jedoch, daß es nicht, wie bei andern biologischen Arten, einige mehr gab. Die Verbindung der Hautfarbe mit bestimmter Körperproportion, Kopfform, Haar- und Augenbeschaffenheit ist allerdings derart vage (geworden?) und weiter in Auflösung begriffen, daß sich sichere Schlüsse daraus nicht mehr ziehen lassen. Und die Hautfarbe schwankt selbst, bei Individuen wie bei Kollektiven; von jenem vagen Zusammenhang mit andern physischen Merkmalen ist vielfach abhängig, wer noch oder nicht mehr als schwarz, rötlich-braun etc. angesehen wird.

Logisch gesehen ist es nicht notwendig, mehr als zwei Urrassen anzunehmen. Wie immer deren Hautfarbe aussah und welche andern sich halbschlächtig von ihr abgesondert haben: die ganz helle (weiße) und die ganz dunkle (schwarze) können nur durch Separation einer Population von der andern entstanden sein, die mittleren (gelblichen und rötlichen) genausogut durch Mischung. Wie es nicht gewesen sein kann, läßt sich also bestimmen; wie es wirklich gewesen ist, weiß ich genausowenig wie jeder andere, und es ist wahrlich nicht meine vordringliche Sorge. Ob es 3, 4 oder 5 Menschenrassen gibt, darüber mögen sich die Gelehrten streiten, denen nicht klar ist, wie sehr ihr Gegenstand sich in Auflösung befindet, und denen, um die konkrete Vielfalt der Menschheit halbwegs glaubwürdig in phänotypische Schubladen zu stopfen, historische Hilfskonstruktionen einfallen müssen, die ebensogut auch anders konstruiert werden könnten. Deswegen lasse ich mich freilich genausowenig von jenen beeindrucken, die zu solcher Rassewissenschaft lediglich das Kontrastprogramm bieten und gleichsam als die ehrlicheren Schädelvermesser und Pigmentsortierer wohl merken, daß die Vielfalt der Phänomene in die Schubladen nicht paßt, aber gar nicht merken, daß sie in diesem Fall eher am Gegenstand als an den Schubladen zweifeln. Die Unfähigkeit von Schädelmessung, Physiognomie, Pigment-, Blutgruppenanalyse etc., einen Gegenstand namens Menschenrasse zu verifizieren, wird als ihre Fähigkeit ausgegeben, ihn zu falsifizieren. Weil er in die dafür konstruierten Schubladen nicht hineingeht, ist er nichts als ein gedankliches Konstrukt. Was sich klassifizierender Wissenschaft nicht fügt, hat auch kein Natursubstrat. Was man nicht scharf eingestellt bekommt, hat auch kein Eigendasein, existiert zwar als Vorstellung, aber von nichts. Pereat mundus, permaneat Schublade. Ein Gegenstand, der in Auflösung begriffen ist, also einerseits existiert, andrerseits aber nicht, beides zugleich, wiewohl in verschiedener Hinsicht, erscheint als Unding, denn wie soll man da »ja« oder »nein« ankreuzen? Daß etwas sich nur auflösen kann, wenn es zuvor bestand, daß ein undeutlich gewordener oder zerfallender Gegenstand immer noch einer ist, und zwar so sicher, wie verwässerter Wein nicht einfach aufhört, Wein zu sein, oder wie ein Gebäude auch dann noch in seiner Ruine präsent ist, wenn sie von seinen Kriterien so erheblich abweicht, daß es aus ihr nicht einmal mehr sicher zu rekonstruieren ist: das ist ein in diesem Wissenschaftshorizont nicht vorgesehener Gedanke.

Die neue Sprachregelung lautet daher: Rasse ist ein »soziales Konstrukt«, keine biologische Kategorie. Nun, es gibt keinen Begriff, der nicht in menschlicher Gesellschaft geprägt worden wäre und die Realität, die er ausdrücken möchte, nicht *anders* konstruiert, als sie ist: etwas von ihr abzieht und verallgemeinert, was in ihr selbst konkret und singulär ist. Soziales Konstrukt ist jeder Begriff, und sei er so elementar wie der des Steins, Baums oder Tisches. Worauf es ankommt, ist, *ob*

etwas, und wenn, *was* diesem Konstrukt außerhalb des Denkens entspricht. Wann immer der Begriff Rasse auf Menschen angewendet wurde, so lautet der gemeinsame Nenner des gegenwärtigen Antirassismus-Diskurses, war er mit Unterdrückung großer Populationen verbunden: nie wertfrei, stets Herrschaftsmittel.7 Der Witz ist jedoch, daß sich Begriffe nur in dem Maß als Herrschaftsmittel eignen, wie sie mehr sind als nur das: eine soziale oder physische Basis haben, an die sie sich heften können, um der von ihnen legitimierten Herrschaft den Schein einer gewissen Plausibilität zu geben. Freilich, man hätte, um Herrschaft auszuüben, die Menschen auch nach groß und klein, rund und eckig, Augenfarbe und Ohrläppchengröße oder wer weiß wie klassifizieren können. Daß man es nicht getan hat, ist aber nicht zufällig. Die Augenfälligkeit der Hautfarbe, die Tatsache, daß sie den ganzen Körper umschließt und halbschlächtig weitergegeben wird, ist nicht durch Herrschaft gemacht, sondern die Naturbasis, auf der sie sich errichtet, und die Tatsache, daß menschliche Farbwahrnehmung kontextgebunden ist, je nach physisch-sozialem Umfeld Gelbtöne als braun, Brauntöne als rot etc. empfindet, hat Naturschranken: Dunkel und hell, schwarz und weiß verwechselt auch der Kontextabhängigste nicht, und an diesen Extremen, die gar nichts anderes sein *können* als aus der Trennung von homo sapiens-Populationen und ihrer unterschiedlichen physischen Entwicklung hervorgegangen, tritt aufs Deutlichste das Natursubstrat des Rassebegriffs zutage, das sich mit noch so viel Herrschaftswillen nicht herbeikonstruieren ließe. Umgekehrt: Auf der Basis dieses Substrats artikuliert sich der Herrschaftswille. Weil sich in schwarzen und weißen Populationen bis ins 20. Jahrhundert, durch alle gesellschaftlichen Vermittlungen hindurch, ein Stück atavistischer Naturdifferenz tatsächlich erhalten hat, kann suggeriert werden, daß eine entsprechende Differenz auch zwischen Juden und Ariern, Türken und Deutschen bestehe und daß die Unterschiede zwischen ihnen, die man sieht oder zu sehen glaubt, auf einen mehr oder minder wertvollen Kollektivcharakter verweisen, den man nicht sieht.

Der Rassismus arbeitet, ob bewußt oder unbewußt, mit Analogieschlüssen, die von offensichtlichsten Tatsachen ausgehen. Es *kann* nicht anders gewesen sein, als daß menschliche Populationen sich einmal getrennt und in Zeiträumen, die jede individuelle Erfahrung übersteigen, isoliert voneinander entwickelt haben, um eine eigene, sich halbschlächtig vererbende Hautfarbe überhaupt ausbilden zu können. Es stimmt nun einmal, daß sich bei Kollektiven mit stark unterschiedlicher Hautfarbe oft auch deutlich unterschiedene Sitten, Gebräuche und Produktivkraftentwicklung finden. Nimmt man dann noch das Faktum hinzu, daß die menschliche Haut ein hochsensibles Psychosomatikum ist, so hat man bereits den attraktiven Grundtatbestand zusammen, der von sich aus nachgerade dazu einlädt, von der Hautfarbe auf einen höher- oder minderwertigen Intellekt und Charakter zu schließen, gerade so, wie das Gesetz von Ursache und Wirkung dazu einlädt, auf eine erste (göttliche) Ursache zu schließen, die die ganze Kausalkette in Gang gebracht habe. Wie es Tatbestände gibt, die die Sinne in die Irre führen, wie im Fall der optischen Täuschung, so gibt es welche, die die unangenehme Eigenschaft haben, dem Intellekt Schlüsse zu suggerieren, die gleichwohl falsch sind. Auf solcher Suggestivkraft beruht die Massenwirkung von Ideologie. So dumm ist kein Kollektiv, daß es sich auf puren Unsinn auf dem Niveau von Rechenfehlern im kleinen Einmaleins oder von Sätzen der Sorte »Cäsar ist eine Primzahl« einschwören ließe. Der Wahn muß Anhalt an Fakten haben, wenn er greifen soll, wie ja auch eine Paranoia um so besser funktioniert, je unleugbarer das Tatsachenmaterial ist, das sie verspinnt.

Keine Ideologie ist ohne ein Wahrheitsmoment, das den Wahn in ihr kräftigt, und »Rasse« ist ideologieträchtig wie kaum etwas, weil ein Gegenstand, der sich im Zustand fortgeschrittener Dekomposition befindet, immer mehr ausfranst, unschärfer wird, verschwimmt – und gleichwohl nicht aufhört, wie eine Ruine unenträtselter Vorzeit in die Gegenwart zu ragen und empfindlichste Irritationen und Aggressionen darin auszulösen.8 Das Mißverhältnis zwischen der unzweifelhaften Wahrnehmung, daß unterschiedliche Hautfarbe und Kultur oft zusammenfallen, und der Zweifelhaftigkeit, ob die eine für die andere ursächlich sein kann; zwischen der in ihrer Allgemeinheit völlig richtigen, aber ebenso abstrakten Feststellung, daß Haut und Psyche zusammenhängen, und der Unfähigkeit, auch nur annähernd angeben zu können, wie weit dieser Zusammenhang reicht und welche Rolle die Hautfarbe darin spielt: das gehört zu der ärgerlichen Unschärferelation, in der sich die heutige Menschheit zu ihrer eigenen Frühgeschichte befindet. Es geht auf den Nerv, wenn man einen Sachverhalt, von dem politisch einiges abhängt, nicht scharf eingestellt bekommt, wenn man ebenso sicher sein kann, daß da etwas ist, wie vollkommen unsicher, was denn genau. Es gibt zwei Möglichkeiten, den Unschärfeskandal loszuwerden. Entweder man lügt den unscharfen Gegenstand in einen scharf konturierten um, indem man alles hineinprojiziert, was man gern darin sähe. Das ist das Verfahren des Rassismus. Oder man nimmt die Unschärfe des Gegenstands für seine Nichtexistenz und verbietet sich und andern, an ihn auch nur erinnert zu werden. Das ist die Reaktionsweise, die mir auf dem KONKRET-Kongreß entgegenschlug.

Ich habe am Anfang meines Referats nichts getan als diese Erinnerung in ein paar schlichten Sätzen etwas aufzufrischen, und schon war der Tumult da. Weil ich ohne Vorwarnung ein paar Fakten und Gemeinplätze so zusammenstellte, daß ihre unangenehme Eigenschaft, rassistische Schlüsse nahezulegen, schön plastisch herauskam, wurde so reagiert, als hätte *ich* sie nahegelegt – folglich gezogen. Um den Skandal nicht wahrnehmen zu müssen, den ich benannte, wurde mir ein Skandal *gemacht*. »Schwammige Formulierung« warf man mir vor, wo ich lediglich so unbestimmt geblieben war wie der Gegenstand unscharf ist und mich ausdrücklich vor Schlüssen hütete, die die Fakten suggerieren mögen, die Vernunft aber verbietet. Andrerseits, zur Strafe dafür, daß mir die Unschärfe des Gegenstands kein Tabu war, wurden mir reihenweise

Schlüsse unterstellt, die Rassisten daraus ziehen. Was einem durchschnittlichen Linken so einfällt, wenn er die Begriffe Haut, Farbe, Begabung, erblich, Sitten und Gebräuche im selben Absatz entdeckt, nämlich all das, was einem durchschnittlichen Rechten ebenso dazu einfällt, wurde als *mein* Gedankengut ausgegeben. Je nach Assoziationsniveau firmierte ich als Rudolf Steiner, Adolph von Menzel, Richard von Weizsäcker oder einfach als der alte Nazi, der Schäbiges über die Haut eines Kindes aus Togo gesagt hatte. Mein Hinweis darauf, daß Haut in etwas innigerer Verbindung mit dem steht, was hinter ihr vorgeht, als ein Anorak, ist selbstredend »demagogisch«, die Weigerung der so urteilenden Autorin, »mich mit der Kapitalismuskritik Türckes auseinanderzusetzen, da ich diesem Element seiner Argumentation die Funktion zuschreibe, Nebel über die Brücken zum rechten Ufer zu legen«, ein lauteres Zeugnis intellektueller Redlichkeit.

Ein Rassist kann nun einmal nichts Gutes wollen, und diejenigen unter meinen Entlarvern, die sich noch die Mühe machten, meinen Vortrag als ganzen zur Kenntnis zu nehmen, sahen ihn nur noch auf Duftmarken des Rassismus durch, die sie im ersten Absatz gewittert zu haben glaubten. Fremdenhaß hatte ich zu den »ältesten und finstersten Regungen der Menschheit« gezählt. Aha, das ist die angeborene Urangst vor dem Fremden, ihre Rechtfertigung als etwas ganz Natürliches, im Grunde also ein Plädoyer für »Ausländer raus«, obwohl ich das »Nichtertragen des Fremden« ausdrücklich als etwas ebenso Ambivalentes wie Historisches dargestellt habe: wendbar genauso gegen die Fremden wie gegen die Entfremdung und relativ auf den jeweiligen Stand der Naturbeherrschung, dessen moderner Widersinn darin liegt, die Fremdenangst, die er nehmen könnte, zu reproduzieren.

Weil ich den »Einwanderungsdruck verelendeter Massen« nicht nur für eine Propagandalüge halte, sondern die Propaganda mit ihm deswegen für so fies, weil er wirklich existiert, gehöre ich sogleich selbst zu den Propagandisten, die die soziale Krise auf Migration »zurückführen« und »für würdevolle Abschiebungen« sind. Hätte ich für die bedingungslose Öffnung aller Grenzen votiert, so wäre der Vorwurf fällig gewesen, die Ausländer in Deutschland zum Abschuß freigegeben und die vielen unter ihnen ignoriert zu haben, die den allmählichen Stop der Zuwanderung von außen ersehnen, weil sie sonst zu den ersten gehören würden, an denen sich der deutsche Volkszorn austobt. »Alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist« (Marx), ist nach wie vor eine vollkommen vernünftige Forderung, wenn auch eine vollkommen abstrakte. Ihre Erfüllung befindet sich außerhalb jeglicher Reichweite. Öffnung aller Grenzen bei Beibehaltung aller übrigen entwürdigenden Verhältnisse ist eine absurde Forderung, aber nicht weniger abstrakt. Mit ihr ist keinem der Ausländer, für die man hier und jetzt etwas als kritischer Oppositioneller tun kann, geholfen; da sind solche Kleinigkeiten wie Nachbarschaftshilfe und Rechtsberatung gefragt, allenfalls Kampagnen gegen den zynischen Begriff von den »sicheren Drittländern«, in die man seit kurzem rechtskräftig abschieben darf. Nur dem eigenen schlechten Gewissen dient der Kraftspruch von den bedingungslos offenen Grenzen; er versichert Leute, die den Glauben an die Weltrevolution längst verloren haben, wenigstens ihrer guten antirassistischen Gesinnung. Wer auf die Weltwirtschaftsordnung hinweist, die dafür sorgt, daß bei Öffnung aller Grenzen die mitteleuropäischen Zentren im Verhältnis zu Süd- und Osteuropa sich im Zeitraffer den Zuständen Sao Paulos im Verhältnis zum Nordosten Brasiliens angleichen würden, wer also an die Globalsituation erinnert, gegen die der Gedanke einer Weltrevolution einmal gerichtet war, bei dem glaubt man ein Plädoyer für Abschiebungen vernommen zu haben.

Was man sonst noch so vernommen zu haben glaubte: daß ich Auschwitz und den Mord an Martin Luther King »zu Ereignissen gleicher Qualität erklärt« habe, weil ich auf ein Identisches in ihnen verwies; daß ich die rechtsradikalen Täter in Schutz nehme, weil ich zu begreifen versuchte, was in ihnen vorgeht9; daß ich den gesamten existierenden Fremdenhaß dem Weltmarkt »aufhalsen« wolle, wo ich ihn doch als archaische Regung bezeichnete und deren Neuinszenierung mit modernsten Mitteln als Charakteristikum der kapitalistischen Neuzeit; daß der Rassismus doch kein Anachronismus sei, sondern aktuell, wo der Witz doch war, die Unfähigkeit des Kapitalismus, mit seinen eigenen Anachronismen fertig zu werden, als seine Aktualität zu begreifen – ich erspare mir, darüber weitläufig zu werden. Wären das alles nur spontane Reaktionen auf einen mündlichen Vortrag gewesen – nun ja, wer hat beim bloßen Hören eines Textes noch nie etwas in den falschen Hals bekommen? Aber noch Wochen später, nach Gelegenheit zu ausgiebiger Lektüre, trafen in der KONKRET-Redaktion mühsam in grammatische Form gezwängte Tobsuchtsanfälle ein, die ebenso informativ über den nervlichen Zustand des Autors wie schweigsam zur Sache waren. Und auch die gemäßigteren Stellungnahmen, die mir immerhin zugestanden, kein Rassist zu sein, mich nur vergaloppiert zu haben, waren kategorisch darin, daß, wer die Formel »Rasse ist ein soziales Konstrukt« nicht nachspricht, nicht »auf der Höhe der Zeit« sei, schleunigst sein »ressentimentgeladenes und elitäres Philosophenkönigtum« fahrenlassen und, wie jeder anständige Antirassist, in besagte Formel einstimmen möge.

Vor dem KONKRET-Kongreß hielt ich diese Formel für eine nicht ganz durchdachte wissenschaftliche These: im allgemeinen nichtssagend, weil jeder Begriff soziales Konstrukt ist, im besonderen überstürzt, weil einem Objekt die Eigenexistenz absprechend, nur weil es sich nicht scharf einstellen läßt. Inzwischen habe ich gelernt, daß diese These ein Credo ist und eine Gemeinde um sich schart. Nicht jeder, der die These vertritt, gehört auch der Gemeinde an, aber nur wer sie vertritt, findet Gnade vor ihr. In dem Maße, wie die Restlinke sich zu solcher Gemeinde zusammenschließt, erreicht sie einen markanten Wendepunkt. Sie fürchtet nicht mehr nur, daß eine Diskussion von durch den Faschismus hochbelasteten Begriffen selbst dann noch, wenn ihr gedanklicher Zusammenhang für jeden Alphabetisierten als antifaschistisch kenntlich

sein müßte, von der Rechten zu ihren Gunsten mißverstanden werden könnte; sie macht sich das Mißverständnis gleich selbst zu eigen. Einen, der ans Natursubstrat des Rassebegriffs erinnert, schimpft man nicht als unzeitgemäß, politisch unklug oder taktischen Versager, sagt ihm nicht, er möge seine Thesen für sich behalten oder auf Zirkel beschränken, in denen Rassisten sie nicht zu ihren Zwecken ausschlachten könnten; man nennt *ihn* einen Rassisten. Um nicht zu sein wie die Rassisten, muß man das, was *sie* wahrscheinlich beim Hören der These vom Natursubstrat des Rassebegriffs dächten, selbst denken. Weil *sie* diese These nur zu ihren Gunsten wahrzunehmen in der Lage sind, ist es richtig, sie so wahrzunehmen. Deren Denkschwäche konditioniert das eigene Denken, deren Perspektive wird zur eigenen gemacht. Ein klassischer Fall von Identifikation mit dem Angreifer.

Sie findet nicht nur im antirassistischen Alltagsleben statt, sondern auch auf den Höhen der dazugehörigen Wissenschaft. Die Menschheit durch naturwissenschaftliche Erforschung ihrer Rassen zu identifizieren, ist ein gescheitertes Unternehmen. Die Menschheit als eine rassifizierte zu identifizieren, ist ein Unternehmen im Beginn. Es behält die Rassenperspektive bei und setzt nur minus statt plus. Konnte der Rassebegriff die Natur nicht erklären, so soll er wenigstens die Gesellschaft erklären. Ist nämlich der Begriff Rasse soziales Konstrukt in dem Sinne, daß ihm in der Natur nichts entspricht, so bedeutet Rasse nichts als Rassifizierung = Stigmatisierung = Herrschaft. Herrschaft und Rassismus werden zu Wechselbegriffen, und man kann beginnen, das moderne Herrschaftssystem in Begriffen des Rassismus zu interpretieren, statt den Rassismus von den Bewegungsgesetzen dieses Systems aus zu begreifen. Diese Umkehrung ist längst im Gang. Die Multiplikation des Rassismus in einen strukturellen (Marginalisierung von Volksgruppen), sexuellen (Unterdrückung der Frauen durch Männer), kulturalistischen (Antijudaismus des Christentums), differentiellen (Separatismus), Postrassismus, Rassismus ohne Rassen und wer weiß was noch alles, ist nicht nur eine Stilblüte, sondern logische Konsequenz, sobald beschlossene Sache ist, daß der Rassebegriff kein Natursubstrat hat, nichts, woran er Anhalt fände, nichts, was seine Inflation hemmte. Die in eine nach oben beliebig offene Zahl von Rassismen vervielfältigte Weltgesellschaft jedoch kann vielleicht noch verabscheut, als Herrschafts*zusammenhang* aber nicht mehr begriffen werden. Herrschaft wird auf ein personales Verhältnis verkürzt, worin Menschen Menschen unterdrücken, indem sie sie als Untermenschen behandeln. Der hohe Grad ihrer Verdinglichung, geschuldet der Tatsache, daß Menschen immer mehr zu Anhängseln der von ihnen selbst vorangetriebenen Warenproduktionsapparatur werden, hört auf, Gegenstand ernsthafter Überlegung zu sein. Inflation des Rassismus bedeutet Regression auf einen vormodernen Herrschaftsbegriff. Der Rassebegriff siegt in der Gesellschaftstheorie in dem Maße, wie er als Naturbegriff verleugnet wurde. Das nennt man Wiederkehr des Verdrängten. Mit Vorliebe kehrt es dort wieder, wo man es am wenigsten wünscht und wahrhaben will.

Dieser Entwicklung läßt sich kaum etwas Wirkungsvolleres und Ärgerlicheres entgegensetzen als der Verweis auf das Natursubstrat des Rassebegriffs. Er geschah in der Absicht, sich den Blick für die verwickelte Realität moderner Herrschaft nicht durch eine im Gewand kritischer Kulturwissenschaft wiederauferweckte Rassenwissenschaft trüben zu lassen. Die Etablierung eines »Rasse statt Klasse«-Diskurses ist das Gegenteil dessen, was ich vorhabe.

Anmerkungen

1 Marx-Engels-Werke, Bd. 4, S. 83; Bd. 6, S. 407.

2 Eines der Zitate, die Adorno dort Platz nehmen lassen, hat Clemens Nachtmann in KONKRET 10/93, S. 47, schon angeführt.

3 W. Heisenberg, Quantentheorie und Philosophie, Stuttgart 1979, S. 20.

4 Allein auf das Halbschlächtigkeitsargument, das die Kant-Kenner unter meinen Kritikern bei der Stöberlektüre nicht so schnell gefunden haben (Bestimmung des Begriffs einer Menschenrasse, Werke, hg. v. W. Weischedel, Bd. XI, Frankfurt 1964, S. 70 ff.), bezog ich mich, als ich Kant erwähnte, nicht auf seine Äußerungen über Faulheit und Trägheit »des Negers«, die einen unzulässigen Schluß daraus darstellen. Daß Kant nicht den neusten Stand der Forschung markiert, versteht sich; aber der neuste ist nicht schon deshalb, weil er der neuste ist, in all und jeder Hinsicht über Kant hinaus.

5 Denkt man es weg, so fällt die konkrete Vielfalt der heutigen Menschheit weg. Auch wenn empirisch nicht überprüfbar, gehört es zu den historischen Bedingungen der Möglichkeit der Gegenwart.

6 Rührend der Leserbrief (KONKRET 9/93), der vor der Untergrabung der Menschenrechte warnt, wenn man mehr und weniger begabte Völker »zulasse«. Nun, die Natur ist nicht die Sozialdemokratie, hat sich noch nie an die Menschenrechte gehalten, verteilt ihre Gaben (statt »Huld« hätte ich auch weniger ironisch sagen können: ihre Willkür), wie es ihr beliebt. Begabungen sind durch nichts zu rechtfertigende Privilegien, soziale Privilegien sind Fortdauer der Naturwillkür in gesellschaftlicher Gestalt, und Menschenrechte ein notwendiges, wenn auch bei weitem nicht hinreichendes Mittel zur Humanisierung der Natur.

7 Ein Befund, für den ich gewisse Ausnahmen, wie etwa Marx, reklamieren würde, aber nur, um die Regel zu bestätigen und auch Kant davon nicht ganz freizusprechen; auch er hat das, was er mit Rasse meinte, nicht keimfrei isoliert von seiner Ansicht gedacht, daß »der Neger« faul und befremdlich riechend sei.

8 Die Auflösung der Menschenrassen war schon Jahrtausende in Gang, als die Formierung des modernen kapitalistischen Weltsystems sie aus einem naturwüchsigen Prozeß in einen planmäßigen ökonomischen Zwang verwandelte und ihr damit eine neue Intensität und Offensichtlichkeit gab. Ein Blick ins Alte Testament oder Herodots Historien hätte darüber belehren können, daß »die natürliche Bedingung der Endogamie, die Isolation,« nicht erst mit dem modernen Kolonialismus »weggefallen« ist.

9 Das ist ungefähr so, wie wenn man das Marxsche Kapital zu einer großangelegten Rechtfertigungskampagne des Kapitalismus macht.

Christoph Türcke lehrt Philosophie an der Hochschule für Grafik und Buchkunst in Leipzig

Konkret 02/94, S. 49

Konkret-Redaktion

Türcke zum letzten

Fünf Gründe für die Beendigung einer heillosen Debatte

»Man spielt nicht ungestraft mit dem Rassenbegriff. Selbst ein starker Geist, der ihn zurückzuweisen sucht, wird feststellen, daß er Annahmen tätigt und Urteile fällt, die ihre Grundlage gerade in der Theorie besitzen, die er bestreitet.« J. Barzun, 1938

1. Als sich in den 50er und 60er Jahren Biologinnen und Anthropologen im Auftrag der Unesco daran machten, den Begriff »Rasse« auf seine wissenschaftliche Tauglichkeit zu untersuchen, lautete ihr Auftrag, es solle »der Nachweis erbracht werden, daß die Barbarei der ›Endlösung‹ auf einer ›wissenschaftlich unhaltbaren Prämisse‹ beruhte« (Miles). Dieser Nachweis war erfolgreich: Durch die Forschungen der Unesco wurde zunächst jeder Versuch, irgendeine rassische Hierarchie zu begründen, widerlegt und später der Begriff der Rasse selbst als unwissenschaftlich verworfen. Zweierlei trug dazu bei: Zum einen die Tatsache, daß die körperlichen und genetischen Unterschiede der Angehörigen einer – wie immer definierten – Rasse sich regelmäßig als größer herausstellten als – wie immer definierte – Rassenunterschiede. Endgültig erledigt war die Annahme biologisch definierter Menschenrassen zum anderen, als die Humangenetik es erlaubte, die Entsprechung phänotypischer Merkmale in den Chromosomen aufzuspüren – und dort nicht fündig wurde. Statt dessen ergaben sich durch die Genetik neue Möglichkeiten zur Klassifikation der Menschheit, doch diese neuen Klassen stimmten mit den durch die phänotypischen Rassendefinitionen gewonnenen ganz und gar nicht überein. Das Fazit der Biologen: Die Rassendefinitionen, die auf sichtbaren Unterschieden (vor allem der Hautfarbe und des Wuchses) beruhen, sind biologisch nicht sinnvoll; und die Rassen, die man biologisch sinnvoll definieren kann, kann man nicht sehen.

2. Die Antwort der Naturwissenschaften auf die Frage also – die nicht die KONKRET-Redaktion, sondern Christoph Türcke aufgeworfen hat – , ob es ein »biologisches Substrat« gebe, das die Klassifikation der Menschheit in phänotypisch beschreibbare Rassen gestattet, lautet: »Nein«. Wenn man das nicht weiß, sollte man jedenfalls nicht »Ja« behaupten. Wenn man es weiß, gleichwohl aber eine andere Meinung vertreten möchte, sollte man für sie besonders gute Gründe haben – immerhin steht ihr nicht nur die Wissenschaft, sondern auch die Geschichte der Anwendung des Rassebegriffs entgegen (Kant ist da durchaus typisch). Keinesfalls genügt es, statt gute Gründe anzuführen, mit einem trotzigen »Sieh doch hin!« und dem vagen Versprechen, »daß da etwas ist«, an die Alltagswahrnehmung zu appellieren (gerade weil aus ihr der rassistische Wahn sich speist). Türckes Hartnäckigkeit im Verteidigen des Natursubstrats im Rassebegriff ist daher so rätselhaft wie ärgerlich. Sie läßt sich auch durch Hinweis auf seine Intention nicht plausibilisieren, den inflationären Gebrauch des Rassismus-Vorwurfs eindämmen zu wollen (sie boykottiert da eher das Anliegen einer längst überfälligen Antirassismuskritik, das wir teilen). Sie landet schließlich bei einer bemerkenswerten Argumentationsfigur: »Die Unfähigkeit«, mit Hilfe von Meßverfahren »einen Gegenstand namens Menschenrasse zu verifizieren«, reiche nicht aus, schreibt Türcke, »ihn zu falsifizieren«. Das ist ein echter Theologenbeweis: Ich behaupte, Gott existiert. Seht zu, wie ihr das widerlegt.

3. Die Antwort auf die Frage, ob seine biologistischen Konstruktionen und anthropologischen Spekulationen Christoph Türcke zum Rassisten stempeln, hängt davon ab, welche Rassismus-Definition man sich zu eigen macht. Wer etwa (mit Léon Poliakov und anderen) meint, Rassismus sei »in Wirklichkeit diejenige Haltung, die die intellektuellen oder moralischen Merkmale einer gegebenen Menschengruppe als direkte Folge ihrer physischen oder biologischen Merkmale ansieht«, wird dazu neigen, Türcke für einen Rassisten zu halten (obwohl er die »direkte Folge« gerade nicht behauptet). Wer dagegen (mit Robert Miles und anderen) eine »explizit negativ wertende Komponente« für einen konstitutiven Bestandteil rassistischer Äußerungen hält, wird bei Türcke kaum fündig werden (obwohl sein Vortragstext einige Formulierungen enthält, die geradezu dazu einladen, *so* interpretiert zu werden, und die nun als »ironisch« oder gar in den »Fakten« liegend zu apostrophieren ein wenig zu lässig ist). Gravierender aber als sämtliche Uneindeutigkeiten seiner spekulativen Passagen sind jene Teile des Türckeschen Vortrags, in denen er politischen Klartext redet. Sie sind schlicht reaktionär und auch durch eine sprachliche Form, die ihre Herkunft aus dem Geiste der Kritischen Theorie suggerieren soll, nicht als Bestandteil radikaler Gesellschaftskritik zu verkleiden. Wer den »Einwanderungsdruck verelendeter Massen« beschwört und für den Fall, daß die Mauern um die Wohlstandsinseln dieser Welt ihm nicht standhalten, ein »Unheil« prophezeit, das das gegenwärtige noch übertreffen würde (nur dann macht schließlich eine derartige Warnung Sinn), und wer die Forderung nach offenen Grenzen zurückweist, um ausgerechnet an diesem Punkt für realpolitische Zurückhaltung zu plädieren, macht sich tatsächlich, wie Diedrich Diederichsen während des KONKRET-Kongresses gegen Türcke eingewandt hat, die Gedanken der Macht, der Herrschenden, des Systems, derjenigen also, die mehr zu verlieren als zu gewinnen haben. Daß Türcke recht hat mit seiner Vermutung, allein die politische Chancenlosigkeit der Forderung nach offenen Grenzen mache sie für viele so attraktiv, macht daran nichts besser.

4. Christoph Türcke hält es für »wünschenswert« zu wissen, »seit wann es Menschen mit ganz dunkler und ganz heller Haut gibt«, um den Rassisten, also »denen, die aus ›hell‹ Höher-, aus ›dunkel‹ Minderwertigkeit folgern, ... *einen* positiven Beweis entgegenhalten« zu können, »wie es denn wirklich gewesen sei«, und kommt damit der Intention der Unesco-Wissenschaftler durchaus nahe. Bereits gegen deren Auftrag aber konnten zwei Einwände vorgebracht werden, die die antirassistische Freude über den Stand der biologischen Forschung zu trüben vermögen. Zum einen hätte man natürlich vorher wissen müssen, daß, den Nazis Unwissenschaftlichkeit vorzuwerfen, vergebene Liebesmüh' war: Selbst Hitler wußte ja, aufgeklärt von Nazi-Ärzten, daß es »im eigentlichen Sinn des Wortes und vom genetischen Standpunkt aus ... keine jüdische Rasse« gebe, »der Jude« vielmehr deshalb der Feind sei, weil er »seinem Wesen nach der Fremde ist, der sich nicht angleichen kann und nicht angleichen will ... Die jüdische Rasse ist vor allem eine Gemeinschaft des Geistes« (zit. n. Taguieff). Zum anderen zog die Formulierung des Unesco-Auftrags die beunruhigende Frage nach sich, was denn gewesen wäre, wenn die Biologen eine wissenschaftlich haltbare Prämisse gefunden hätten. Hätte man dann Eichmann laufen lassen müssen?

Die Mischung aus Erleichterung und Begeisterung, mit der die Antirassisten »die gute Nachricht« (Taguieff) von der wissenschaftlichen Unhaltbarkeit jedweden phänotypischen Rassebegriffs aufzunehmen pflegen, ist angesichts der darin eingeschlossenen Erwägung, ein anderes Ergebnis könne durchaus auch andere praktische Konsequenzen haben, äußerst problematisch. Denn wer den Satz »All men are born equal« gegen den Einwand »Aber es gibt doch die schwarze und die weiße Rasse« nur mit dem Argument »Nein, die Spezies Homo sapiens kann wissenschaftlich nicht sinnvoll in Rassen unterteilt werden« verteidigt, der begibt sich insofern auf das Terrain des Rassisten, als er, wie der klassische Rassist, ein biologisches Argument zur Entscheidung einer gesellschaftlichen Frage heranzieht. Antirassisten, die regelmäßig das »American Journal of Physical Anthropology« studieren müßten, um sich mit den neuesten Nachrichten über die biologische Gleichwertigkeit der Menschen bei der Stange zu halten, wären tatsächlich die von Türcke genannten »ehrlicheren Schädelvermesser«.

5. Türckes Annahme, daß von der »Zweifelhaftigkeit«, inwieweit die unterschiedliche Hautfarbe der Menschen »ursächlich« für die Unterschiede ihrer Kulturen sei, »politisch einiges abhängt«, ist daher ein gefährlicher Unsinn. Gefährlich auch für diejenigen seiner Kritikerinnen und Kritiker, die diese Prämisse (insgeheim) teilen und glauben, es sei ausreichend, dort, wo er »ja« sagt, guten Gewissens »nein« sagen zu können. In Wahrheit ist, wie man die von Türcke aufgeworfene Frage nach der Existenz phänotypisch unterschiedener Menschenrassen letztlich auch immer beantwortet, politisch vollkommen unerheblich – es sei denn, man wolle beim Nachweis, daß tatsächlich »da etwas ist«, daß es Rassen mit je spezifischen Eigenarten und Fähigkeiten doch gibt, Rassenpolitik treiben. Weil aber die Weiterführung einer Debatte, die sich im wesentlichen um die »Rassenfrage« dreht, uns nicht nur nicht sinnvoll erscheint, sondern die fällige Auseinandersetzung mit den gegenwärtigen Formen des Rassismus ebenso blockiert wie die Kritik an den falschen Gewißheiten und den Defiziten des Antirassismus, beenden wir hiermit eine heillos gewordene Debatte. Hätte die Redaktion geahnt, wie diese Debatte verlaufen und wo sie schließlich enden würde, sie hätte in KONKRET nicht stattgefunden.

Literaturhinweis:

Robert Miles: *Rassismus. Einführung in die Geschichte und Theorie eines Begriffs.* Hamburg 1991;

Léon Poliakov, Christian Delacampagne, Patrick Girard: *Über den Rassismus. Sechzehn Kapitel zur Anatomie, Geschichte und Deutung des Rassenwahns.* Stuttgart 1979;

Pierre-André Taguieff: *Die Metamorphosen des Rassismus und die Krise des Antirassismus,* in: Uli Bielefeld (Hg.): *Das Eigene und das Fremde. Neuer Rassismus in der Alten Welt?* Hamburg 1991

Kasten Seite 49 »Theodor W. Adorno«

Melange. – Das geläufige Argument der Toleranz, alle Menschen, alle Rassen seien gleich, ist ein Bumerang. Es setzt sich der bequemen Widerlegung durch die Sinne aus, und noch die zwingendsten anthropologischen Beweise dafür, daß die Juden keine Rasse seien, werden im Falle des Pogroms kaum etwas daran ändern, daß die Totalitären ganz gut wissen, wen sie umbringen wollen und wen nicht. Wollte man dem gegenüber die Gleichheit alles dessen, was Menschenantlitz trägt, als Ideal fordern, anstatt sie als Tatsache zu unterstellen, so würde das wenig helfen. Die abstrakte Utopie wäre allzu leicht mit den abgefeimtesten Tendenzen der Gesellschaft vereinbar. Daß alle Menschen einander glichen, ist es gerade, was dieser so paßte. Sie betrachtet die tatsächlichen oder eingebildeten Differenzen als Schandmale, die bezeugen, daß man es noch nicht weit genug gebracht hat; daß irgend etwas von der Maschinerie freigelassen, nicht ganz durch die Totalität bestimmt ist. Die Technik der Konzentrationslager läuft darauf hinaus, die Gefangenen wie ihre Wächter zu machen, die Ermordeten zu Mördern. Der Rassenunterschied wird zum absoluten erhoben, damit man ihn absolut abschaffen kann,

wäre es selbst, indem nichts Verschiedenes mehr überlebt. Eine emanzipierte Gesellschaft jedoch wäre kein Einheitsstaat, sondern die Verwirklichung des Allgemeinen in der Versöhnung der Differenzen. Politik, der es darum im Ernst noch ginge, sollte deswegen die abstrakte Gleichheit der Menschen nicht einmal als Idee propagieren. Sie sollte statt dessen auf die schlechte Gleichheit heute, die Identität der Film- und Waffeninteressenten deuten, den besseren Zustand aber denken als den, in dem man ohne Angst verschieden sein kann. Attestiert man dem Neger, er sei genau wie der Weiße, während er es doch nicht ist, so tut man ihm insgeheim schon wieder Unrecht an. Man demütigt ihn freundschaftlich durch einen Maßstab, hinter dem er unter dem Druck der Systeme notwendig zurückbleiben muß, und dem zu genügen überdies ein fragwürdiges Verdienst wäre. Die Fürsprecher der unitarischen Toleranz sind denn auch stets geneigt, intolerant gegen jede Gruppe sich zu kehren, die sich nicht anpaßt: mit der sturen Begeisterung für die Neger verträgt sich die Entrüstung über jüdische Unmanieren. Der meltig pot war eine Einrichtung des losgelassenen Industriekapitalismus. Der Gedanke, in ihn hineinzugeraten, beschwört den Martertod, nicht die Demokratie.

aus: Theodor W. Adorno: Minima Moralia. Reflexionen aus dem beschädigten Leben. Gesammelte Schriften 4, Frankfurt/M. 1980, S. 113f.

Konkret 02/94, S. 51

Horst Tomayer

Tomayers ehrliches Tagebuch

Schämen Sie Ihnen nicht, Bischof Karl Lehmann zu Mainz? In Ihrem Alter noch so kindisch, auf Sexualbroschüren loszugehn? Haben Sie denn keinen Spiegel im Herrgottswinkel oder eine Zugehfrau, wo Ihnen sagt, wie Sie derbei ausschaun? Nämlich nicht wie Dr. Pawlows berühmter Bello, der mit dem Speichelreflex, wenns Futterglöckerl läutete, sondern lediglich nur wie ein saudumm gschaftlhubriger gschwollkammiger Puter, welcher sich über die kleinste Kleinigkeit auf dem Bauernhofe Grgggglgrgggl, Grgggglgrgggrl, Grggglgrgggl aufregt. Sie heißen doch Lehmann, und Lehmann ist ein Name von Rang und Klang, wenn Sie einmal ins Lexikon schaun. Da haben Sie Lehmann den Erfinder, Lehmann den Discoverer, Lehmann den Maler, Lehmann den Komponisten, aber auch Lehmann der Goalgetter steht da, Lehmann, der einst die Äpfel von den Birnen schied, Lehmann der Gönner, Lehmann der Verwöhner, sowie Lehmann der IV. von Paspershausen, unter dessen Herrschaft der TSV Paspershausen eine zweite Dusche eingebaut erhielt. Einer von diesen könnten auch Sie sein, ein Lehmann, der zur langen Latte der großen Lehmanns im Lexikon aufschließt, ein malender, musizie-render, gönnender oder verwöhnender Lehmann könnten Sie sein, so bedeutend wie Lehmann, der einst die Äpfel von den Birnen schied, oder so verehrt wie der IV. von Paspershausen. Aber nein nein nein. Sie versaubeuteln die Zeit, die ER, der Schutzpatron! der Sexualbroschüren!! Ihnen gab, mit Grgggglgrgggl, Grgggglgrgggl, Grgggglgrgggllosgehn auf dieselben. Was aber Hunderte, ja Tausende aufrechter Freunde der Sexualbroschüre vor Zorn fast verrückt macht = wie Sie, mit dem Oggersheimer im Dunkeln techtelnd, Herrn Scharping ans Beinkleid zu pissen trachten, also daß Sie praktisch luziferisch drauf aus sind, Herrn Scharping mit der Sexualbroschüre zu ingdentifizieren, so daß Herr Scharping, als Kondomrudolf oder Schamlippenscharping rufgemordet, im Oktober scheitert und der Oggersheimer sein ruinöses Regiment fortführen kann. Aber das werden Sie, kleiner Lehmann Sie, nicht derpacken. Denn immer mehr Deutsche sagen Ja zur Sexualbroschüre und deren erhellenden Abbildungen und stupenden Infos und sagen Ja zu Herrn Scharping und seinem Programm, die Herzensbildung im Volke zu fördern und das dritte Drittel der Zweidrittelgesellschaft wieder ein Stück weit näherzubringen.

Konkret 02/94, S. 52

Diedrich Diederichsen; Günther Jacob

Differenz und Reaktion

Ist der Universalismus der Aufklärung, weil sein Siegeszug parallel zu dem des Imperialismus verlief, unwiderruflich zum Herrschaftsmittel geworden? Kann die postmoderne Betonung der Differenz, der Stolz auf Besonderheiten, auf die eigene Identität, emanzipatorisch sein, oder ist solcher Relativismus an sich schon reaktionär? Über diese Frage diskutierten auf dem KONKRET-Kongreß Diedrich Diederichsen und Günther Jacob. Wir bringen die Diskussion als Vorabdruck aus dem Kongreßreader »Was tun?«, der ab Ende Januar erhältlich ist

Günther Jacob: Ich würde gerne einen groben Überblick geben über den Zusammenhang von Universalismus und Differenzbegriff. Der Ausgangspunkt ist der Begriff des Universalismus, wie er für die moderne Welt heute geläufig ist: »Alle Menschen sind Brüder.« Schon in der Formulierung »Brüder« fällt auf, daß das eine männliche Perspektive ist. Die moderne Welt hat diesen Universalismus auf verschiedenen Ebenen hervorgebracht. Einmal auf der Ebene der Geistesgeschichte. Die monotheistischen Weltreligionen sind Religionen gegen Stammesgötter; damit wurde schon lange vor Beginn des Kapitalismus ein universalistischer Anspruch erhoben. Von der Aufklärung wurde dann die Gleichheit aller Menschen behauptet, also die Menschenrechte, die in der Anfangszeit nicht für Sklaven und nicht für Frauen galten. Aber immerhin haben wir hier zwei Momente in der Geistesgeschichte: die großen monotheistischen Weltreligionen, die mit dem Partikularismus der Stammesreligionen aufräumten, und das Postulat der Gleichheit der Menschen von Natur aus.

In der Moderne gibt es noch einen ganz anderen Universalismus, das ist der Begriff des Kapitals. Der weltweite Fluß von Kapital, Arbeitskräften, Kredit usw. fegt alles Partikulare hinweg. Durch das Geld findet eine Gleichsetzung von Menschen und Sachen statt, und der Kapitalismus und der Weltmarkt lösen tendenziell tradierte Verhältnisse auf. Dieser Universalismus ist von vornherein patriarchalisch, und er ist imperial, weil das europäische Modell weltweit durchgesetzt werden soll.

Gegen diesen imperialen, patriarchalen Universalismus gibt es, seit es ihn gibt, Opposition von denen, die gleichgemacht werden sollen. Diese Opposition kommt auf ganz verschiedenen Ebenen zustande, von sogenannten ethnischen Gruppen, von Frauen, von Schwulen oder von regionalen Bewegungen, die sagen, wir wollen unsere Mundart behalten. Diese Opposition stand vor allem in den 70er und 80er Jahren immer unter der Fahne von Progressivität und Emanzipation. Die Herausstellung der eigenen Besonderheiten – »Ich bin nicht mainstream«; »ich widersetze mich der Gleichmacherei«; »ich bin stolz darauf, schwarz zu sein«; »ich bin stolz darauf, schwul zu sein« – war im Grunde immer positiv besetzt. Und diese positive Besetzung der Widerständigkeit ist natürlich auch ein wichtiges Paradigma von Subkulturen schlechthin, also auch von Musiksubkulturen, so daß es auf den ersten Blick so aussieht, als gäbe es keinen Unterschied zwischen der Black Power-Bewegung und ihrer Losung »black is beautiful« und beispielsweise der Punkbewegung.

Mit diesem Boom ging eine oft naturalistisch begründete innere Vervielfältigung der Gesellschaft nach Kriterien von »Rasse«, Ethnie, Klasse, Geschlecht sowie sexueller und kultureller Orientierung einher. Diese gegen den imperialen Universalismus der Moderne gerichtete Gegenbewegung ist in ihrem Auftreten tribalistisch und deshalb nie unproblematisch. Sie tritt zwar unter der Fahne der Progressivität auf, aber mit ihr ist natürlich auch eine gesteigerte Sichtbarkeit von Sondermerkmalen verbunden, also das, was wir als Antirassisten immer bekämpfen, wenn wir sagen, wir müssen gegen die gesteigerte Sichtbarkeit des Fremden eintreten, wir müssen Kollektivformeln vermeiden, wir müssen vom Individuum reden, nicht von »den Türken«, nicht von »den Schwarzen«. Diese Bewegungen tun natürlich genau das Gegenteil: Sie hängen ihre Sondermerkmale an die große Glocke. Das wird handlungsstrukturierend, wenn diese Bewegungen – das ist meine Kritik an ihnen – sich auf einen kulturrelativistischen Status quo zurückziehen und diese unvermeidliche Rückeroberung des Selbstbewußtseins (z.B. stolz zu sein, daß man schwarz ist, vor dem Hintergrund, daß man 400 Jahre eingeredet bekommen hat, schwarzes Kraushaar sei häßlich) zum Endziel wird. Dann ist die Perspektive eines, und das sage ich jetzt mit Vorbehalt, antirassistischen Universalismus nicht mehr gegeben. Wo die Gesamtheit der gesellschaftlichen Widersprüche auf einen einzigen reduziert wird und die Gesellschaft so, wie sie ist, von Minderheiten als eine Art kleines Legoland nachgebildet wird, ist der Stolz auf die eigenen Besonderheiten, also auch z.B. »Rassenstolz«, nur ein anderes Wort für Konformismus.

Vor dem Hintergrund einer sich parallel zur kapitalistischen Internationalisierung entwickelnden weltweiten Renaissance nationaler Identität, ethnisch begründeter Bürgerkriege und faschistischer Pogrome kann eine Politik der Selbstethnisierung in Konflikte zwischen den Partikularinteressen der verschiedenen Gruppen münden. In Amerika z. B. geht es ja längst nicht mehr bloß um eine Schwarz-Weiß-Auseinandersetzung. Durch die Einwanderungspolitik der letzten 20 Jahre hat sich die ethnische Zusammensetzung stark verändert, und es kommt dann dazu, daß auch schwarze Nationalisten gegen Juden, gegen Koreaner und gegen Mexikaner vorgehen und umgekehrt. Wie beurteilen wir diese Selbstethnisierung, wie beurteilen wir diesen Boom des Differenzbegriffs, mit dem jeder auf seiner Besonderheit insistiert? Pocht nicht sogar der Ethnobeat des HipHop ungewollt im gleichen Takt wie der weltweite Beat des Nationalismus?

Diedrich Diederichsen: Nationalismus ist nicht funky, wenn ich da mal anschließen darf. Ich finde, du sprichst etwas zu verallgemeinernd von Leuten, die stolz auf Besonderheiten sind. Man muß unterscheiden zwischen Leuten, die stolz auf die Besonderheit sind, Sudetendeutsche oder was auch immer zu sein, und Leuten, die Besonderheiten thematisieren oder konstruieren, die ein Verfolgungsgrund waren und sind. Es hat diese Tradition gegeben: Leute, die verfolgt worden sind, haben versucht, unsichtbar zu werden. Der entscheidende Roman in der afroamerikanischen Literatur dieses Jahrhunderts, *Invisible Man* von Ralph Ellison, spielt verschiedene Modelle von Sichtbarkeit und Unsichtbarkeit von Afroamerikanern in der amerikanischen Gesellschaft durch. Die Entscheidung für die eigene Sichtbarkeit ist auch die Entscheidung, daß man unter allen Umständen – und Sichtbarkeit ist der ungünstigste Umstand – seine Rechte fordern muß. Insofern ist die Entscheidung für Sichtbarkeit aller möglichen Besonderheiten, die Verfolgungsgrund waren, eindeutig zu unterscheiden von regionalistischen Volkstümeleien, die eben gerade bedeuten, stolz zu sein auf irgend etwas, was nicht nur nicht Verfolgungsgrund, sondern ein Grund ist, zu verfolgen.

Ich würde gerne versuchen, die Frage der Thematisierung und Konstruktion von Besonderheiten von Gegenkulturen, die sozusagen gelernt werden von Bewegungen wie der afroamerikanischen, auf eine andere Weise zu diskutieren und weniger darin einen Inhalt zu sehen, der tatsächlich die Perspektive ersetzt – das Problem gibt es natürlich – , sondern viel allgemeiner zu fragen: Was passiert, wenn man sich mit einer Identität versieht? Man bewaffnet sich. Die, die HipHop-Platten kennen, kennen die Rede von der Uzi, die eine Tonne wiegt, oder die Rede von den Waffen, die man gebunkert hat, die einem zur Verfügung stehen. Und eine dieser Waffen – das ist dann der nächste Schritt, nach der konkreten Waffe, der, mit der man posiert – ist die Identität. Die Identität ist genauso problematisch wie jede andere Waffe – die Waffe an sich ist nichts, was es zu vergöttern gilt und was nicht zu kritisieren wäre. Eine Waffe ist dazu da, Leute umzubringen, und in diesem Sinne falsch. Nur wissen wir ja auch alle, daß es manchmal unumgänglich ist, sich zu bewaffnen; und auf dieser Ebene würde ich gerne den Begriff der Identität oder das Betonen der Besonderheiten sehen, und auf dieser Ebene kann man auch die Gefahren sehr leicht diskutieren. Es gibt ja doch einige Kollektive und Individuen, denen man in der gegenwärtigen Lage das Recht auf Bewaffnung zugesteht, der Bewaffnung mit Identität; und anderen, denen man es unbedingt verwehren muß, wie z. B. den Deutschen, und diese Unterscheidung wäre mir wichtig.

Rednerin aus dem Plenum: Ich sehe da einen ganz problematischen Punkt. Die Frage nämlich nach dem Punkt, an welchem es – historisch betrachtet – umkippt. Du hast gesagt, die Bewaffnung mit Identität kann etwas Progressives oder Notwendiges haben. Aber die Geschichte zeigt doch, daß das immer umkippt. Ein Beispiel sind die Basken, da gibt es Fraktionen, die für Schädelmessungen sind. Die Bestimmung derer, die sich mit diesem Namen benennen, führt zur Ausgrenzung derer, die das nicht sind. Das ist in diesem Prinzip enthalten, und ich würde gerne wissen, wo das Kriterium liegt, um festzustellen, wann das Prinzip als positives in ein negatives umkippt. Ich würde bezweifeln, daß es dieses Kriterium gibt.

Diedrich Diederichsen: Das Problem ist gar nicht so sehr das Umkippen: Die Situation ist schon von Anfang an falsch. In dem Moment, wo du dich bewaffnen mußt, besteht ja schon eine Not. Die braucht gar nicht mehr umzukippen, die ist schon da. Daß du dich mit einer Waffe wie Identität bewaffnen mußt, heißt, daß du im Grunde von Anfang an verloren bist. Dir bleibt trotzdem nichts anderes übrig.

Die Basken sind ein gutes Beispiel, weil du natürlich diese Sackgasse verfolgen kannst, die bei der Schädelmessung endet. Du kannst aber auch sehen, wie aus der Bewegung auch ganz andere hervorgegangen sind. Deshalb ist ja diese Figur Malcolm X so mythisiert worden, weil sie durch diese Nationalismus-Identitätsgeschichte hindurchgegangen ist. Die Frage ist, ob sie es wirklich getan hat; aber das ist, was ihr nachgesagt wird, und das ist das, was den Mythos begründet: Dieser Dreierschritt Kriminalität – Religion/Nationalismus – internationalistischer Revolutionär, so kitschig und mythisch er ist, behauptet, daß jeweils in der einen Stufe die nächste schon angelegt gewesen sei. Das ist natürlich ein mythischer Horizont, aber er ist vorhanden, und bei den Basken genauso wie in der afroamerikanischen Kultur.

Günther Jacob: Ich beziehe mich weder positiv auf den Begriff der Universalisierung noch auf den der Differenz, sondern ich denke, daß die Geschichte der Moderne beide Phänomene als Zwillingsbrüder hervorbringt und daß wir es immer mit beiden Phänomenen zu tun haben. Es gibt viele Belege dafür, daß es z. B. in minoritären oder zu minoritären gemachten Bewegungen, rassifizierten Gruppen usw. einen Linienkampf gibt um die Frage: Integrationismus versus Separatismus, also z. B. Martin Luther King versus Malcolm X.

Interessanterweise war die Black Panther Party, der radikalste Flügel der Black Power-Bewegung, in der Lage, den Differenzbegriff in dem Punkt zu überwinden, daß sie die Perspektive, dieses »Schwarz und Weiß irgendwann doch noch mal gemeinsam«, nicht vollends aus dem Auge verlieren wollte und das über eine antikapitalistische Kritik versucht hat. Das ist schon bemerkenswert, daß gerade der radikalste und militanteste Flügel als einziger in der Lage war, die konservativen Momente von Black Power wenigstens ansatzweise zu überwinden, und daß dann eine Situation entstand, die sich von der heutigen eklatant unterscheidet: Damals blühten in Amerika nicht nur die Organisationen von schwarzen Radikalen, sondern auch von schwarzen Latinos – Puertoricaner, die hießen Young Lords usw. – , alle Minoritätengruppen hatten ihre radikale Organisation, die wurden miteinander vernetzt, und damit gab es so eine Art Perspektive. Jede Gruppe

mußte zwar um ihre eigene Selbständigkeit kämpfen und hatte ihre besonderen Probleme, dafür brauchte sie auch ihre eigene Organisation, aber sie sollten alle auch wieder vernetzt werden.

Heute sitzen in US-Universitäten an einem Tisch Schwarze, am nächsten Latinos und am dritten Weiße, und alle sagen, wir verstehen uns klasse mit dem Tisch da drüben, so auf einer diplomatischen Ebene, aber im Grunde ist jeder für sich. Es gibt keine Perspektive mehr, diesen Zustand zu überwinden. So wird dieser Differenzbegriff konservativ, und er wird zusätzlich konservativ vor dem Hintergrund des nationalistischen Ethnorevivals, das wir im Moment beobachten können, er ordnet sich, ob gewollt oder nicht, da mit ein und verliert in dem Moment auch das progressive Vorzeichen, das man ihm bisher zugestehen konnte.

Diedrich Diederichsen: Einen Punkt muß man noch hervorheben. Die ganzen Bewegungen, die wir nationalistisch oder um Identität und Besonderheiten kreisend genannt haben, hatten ja alle eine Gemeinsamkeit in ihrer Entstehungsgeschichte, und das ist der Antiintegrationismus. Dieser antiintegrationistische Impuls besagt ja – bevor er zur antiintegrationistischen Ideologie wird – nicht: »Ich will hier mit meinem Stamm allein sein«, sondern er besagt: »Ich finde hier ein Scheißleben vor, man hat eine Scheißwelt für mich vorgesehen, mit der will ich nichts zu tun haben, in die will ich nicht integriert werden.« Das ist meistens das, was am Anfang zum Ausdruck kommt und was auch verstanden und aufgegriffen wird. Das macht auch das progressive Moment aus, bevor es sich dann zur Ideologie verhärtet.

Redner aus dem Plenum: Es hörte sich in den letzten Redebeiträgen so an, als würden wir von unserer Position aus gewissen separatistischen oder differentiellen Reaktionen etwas vorscheißen: »Aber ihr macht da einen Fehler, irgendwie ist das eine Sackgasse, ihr habt da ein Problem.« Wenn man das Ding weit genug zurück aufrollt, ist es eine relativ unbestreitbare Tatsache, daß sich europäisches Bewußtsein und das Denken des weißen Mannes überhaupt erst bilden konnten in der Differenz zu anderen. Erst dadurch, daß man die Neue Welt und Afrika entdeckt hat, hat sich das rausgebildet, was man weiße Identität nennt. Im Prinzip läuft das allerdings, von der Logik des Denkens her, so: Ich kann mich nur von etwas abspalten und meine Identität in der Konkurrenz zu etwas anderem finden, wenn ich das andere auch als gleich empfinde. Ich kann mich nicht als Mensch definieren in Abgrenzung zu Pflanzen, sondern ich muß den, von dem ich mich abstoße, eigentlich auf die gleiche Ebene bringen wie mich selbst. Das hat allerdings der europäische Imperialismus nie gemacht. Der weiße Mann hat auf der einen Seite sich seine eigene Identität geschaffen über die Abgrenzung von anderen, er hat aber gleichzeitig auf Grund seiner Machtstellung ihnen das nicht zugestanden, daß sie genauso sind wie er.

Uns Weißen ist dieser logische Denkfehler nicht irgendwann aufgegangen, also so, daß wir in der Studierstube gesessen und gedacht hätten, da ist ja irgendwo ein Fehler drin, die sind ja vielleicht genauso Menschen wie wir, sondern das wurde uns per Gewalt von den anderen einfach eingebleut, es wurde uns abgetrotzt. Solange das aber so ist, können wir als diejenigen, die ihre eigene Erkenntnis nur auf Grund des Kampfes anderer erlangt haben, uns nicht auf den Standpunkt stellen, daß wir ihnen sagen, du mußt bei deinem Separieren darauf aufpassen, daß am Ende Universalismus dabei rauskommt. Wir können die Erwartung, daß sie universalistisch sein sollen, erst dann an sie richten, wenn wir in unserer eigenen Gesellschaft, in unseren eigenen Zusammenhängen es geschafft haben, abzustellen, daß sie ausgegrenzt werden als Schwarze, als Inder, als etc. Erst dann hätten wir das Recht, von ihnen den Universalismus einzuklagen ...

(Zwischenruf: »Das finde ich auch ganz spannend, das ist auch etwas, was die ganze Zeit fehlt. Da haben Männer immer eine Denksperre, weil ...«)

... ich habe keine Denksperre!

(Zwischenruf: »... na gut, du sprichst ja auch für Inder oder Schwarze.«)

Günther Jacob: So ist das nicht richtig. Es geht nicht darum, irgendwelchen Minoritäten Vorschriften zu machen. Ich würde mir immer rausnehmen, wenn ich mich mit Leuten von der Black community auseinandersetze, meine Position dazu zu sagen. Aber darum geht es gar nicht.

Warum reden wir denn erst heute über das Thema, warum haben wir das nicht schon vor zehn Jahren getan? Alle Leute, die sich mit subkulturellen Phänomenen be-

schäftigt haben oder selbst Teil der Subkultur sind, sind heute in eine Situation geraten, in der ihre Essentials und ihre Paradigmen vor einem ganz anderen Hintergrund sich befragen lassen müssen. Heute hast du einen Rechtsruck, hast du Neonazis, die auch den Differenzbegriff für sich in Anspruch nehmen, das Lob der Differenz, hast du, wie ich eben schon

sagte, weltweite Ethnical revivals und eine Renaissance des Nationalen. Heute hören sich Töne, die wir vielleicht vor zehn Jahren in »Spex« angeschlagen haben, ganz anders an.

Nationalistische Positionen von irgendwelchen ethnischen Minderheiten fallen hierzulande auf einen bestimmten Boden, und darum geht es vor allem. Die subkulturelle Szene hier erkennt in den Äußerungen anderer Minoritäten ihre Sprache wieder, und das Prinzip der Herausstellung von Sonderfähigkeiten, diese Vorstellung, wenn ein dunkelhäutiger US-Bürger den Mund aufmacht, spreche aus ihm »das Schwarze«, das sind Übertragungen. Die Subkultur beschäftigt sich halt nicht mit baskischen Nationalisten – obwohl es auch baskische Punks gibt. Leute, die Mitte der 80er Jahre angefangen haben, sich mit HipHop zu beschäftigen, und die ganze Geschichte der Black community nicht kennen, halten im Grunde schwarzen Nationalismus für eine Art natürliche Haltung von Afroamerikanern und denken, Nationalismus wäre die authentische, typisch afroamerikanische Geistesverfassung. Die wissen überhaupt nicht, daß es sich dabei um ein 60s-revival einer Community handelt, die sich in einer völlig anderen Konstellation befindet, plötzlich in Konkurrenz zu Mexikanern usw.

Die Subkultur macht doch immer folgendes: Sie nimmt sich von den Minoritäten die sogenannten dissidenten, antiintegrationistischen Anteile raus und versucht, sie für sich zu vereinnahmen und in ihr Lebensmodell einzuordnen. Und dieser Prozeß wird heute, vor dem veränderten weltpolitischen Hintergrund, gefährlich.

Diedrich Diederichsen: Ich meine, ein bißchen kann man schon noch auf die guten deutschen Rassisten vertrauen. Die Nazis haben zwar alle möglichen Formen von herabgesunkenen, vergangenen und nicht mehr besonders attraktiven und anderswo benutzten Gegenkulturelementen übernommen oder sie als kooptierbar erscheinen lassen, aber Nazi-HipHop oder Nazi-Funk hat es bisher nicht gegeben ...

(Zwischenruf: »Und was ist mit Ska?«)

Das ist ein anderes Thema. Ich will nicht die Anfänge der Skinbewegung retten, weil die Leute Ska gehört haben, weil da Black music rezipiert wurde. Es geht hier nur darum, daß Günther das Problem angesprochen hat des Jetzt-darüber-Redens, vor dem jetzigen Hintergrund und hier in Deutschland. Solche ästhetischen Geschichten mögen ja in der Regel nebensächlich sein, aber wer sich mal Nazirockplatten angehört hat, wird sofort feststellen, daß da zwar der eine oder andere in der Lage ist, so drei oder vier Griffe auf der Gitarre zu spielen oder sogar mal einen Lauf hinzukriegen, aber zum Beispiel nicht ein einziger Schlagzeuger dabei ist, der Schlagzeug spielen kann. Das ist nicht ganz uninteressant.

Günther Jacob: Ich sehe, daß wir es nicht richtig geschafft haben, diesen Widerspruch herauszuarbeiten, daß einerseits die Universalisierung der Welt weiter fortschreitet, daß andrerseits auf der Internationalisierung, der Verallgemeinerung des Kapitalverhältnisses weltweit eine ganz seltsame Entwicklung draufsitzt, nämlich die innere Vervielfachung der Weltgesellschaft in immer mehr Nationen, Ethnien, Minoritäten. Das Verhältnis von Widerstand und Konformismus muß vor diesem Hintergrund diskutiert werden: Sind Minoritäten wirklich nur widerständig, oder ist diese Zellteilung und tausendfache Segmentierung vielleicht sogar das Schmiermittel, um diese Internationalisierung durchsetzen zu können? Auf dem Universalismus sitzt die Differenz drauf, und es ist nur beides zusammen zu denken.

Diedrich Diederichsen: Mir fällt zum Schluß noch eine Geschichte ein. In einem baskisch-separatistischen HipHop-Fanzine habe ich ein Interview mit Chuck D. gelesen. Das haben sie bekommen beim Konzert in Madrid, und sie fragten Chuck D. als erstes nach diesem Konzert, wie er das denn fand: besser als letztes Jahr oder schlechter, und er sagt: Schlechter, es waren weniger Africanamericans da. Daraufhin sagen die Basken: Das liegt daran, daß der amerikanische Militärstützpunkt weg ist, das ist doch gut, und Chuck D. sagt: Nee, es waren weniger Africanamericans da, das war echt Scheiße, das Konzert war ziemlich schlecht dadurch. Daraufhin sagt der baskische Interviewer: Aber hier in Spanien gibt es auch unterdrückte Minderheiten, wir haben die Gitanos, und wir haben vor allem uns Basken, und wir werden verfolgt, genau wie ihr in Amerika. Da sagt Chuck D.: Ja, wenn ihr im Baskenland Schwarze hättet, dann würdet ihr die nochmal verfolgen. Daraufhin versucht der Interviewer mehrfach noch einen Anschluß herzustellen zwischen der Politik von Public Enemy und der Politik der linken baskischen Separatisten, kommt aber nicht weiter. Chuck D. blockt ab, das Interview muß weiterlaufen, sie sind schließlich dabei angelangt, daß nichts mehr gesagt wird, und dann fällt dem Interviewer auch nichts mehr ein, er stellt nur noch die übliche Standardfrage: Wen ziehst du vor, Martin Luther King oder Malcolm X? Und da sagt Chuck D.: Martin Luther King, Malcolm X, Idi Amin – alles das gleiche.

(Zwischenruf: »Sollen wir das nun toll oder Scheiße finden – diesen ganzen Mist?«)

Diese Geschichte, die ich gerade erzählt habe, können wir vielleicht bitter, bitter-sweet finden oder so. Ich weiß es nicht, aber auf keinen Fall ist sie toll.

Von D. Diederichsen erschien zuletzt »Freiheit macht arm« (Kiepenheuer und Witsch), von G. Jacob »Agit-pop« (ID-Archiv)

Konkret 02/94, S. 56

Kurt Pätzold

Ordnung und Vernichtung

Zwei neue Veröffentlichungen beschäftigen sich mit dem Schwerpunkt der nationalsozialistischen Eroberungspolitik: den Plänen zur Neuordnung der eroberten Ostgebiete und der Durchführung des Krieges gegen die Sowjetunion

Als in Osteuropa die sozialistischen Staaten untergingen, die Führungsmacht Sowjetunion zerfiel und sich riesige Gebiete dem Zugriff des Kapitals zu öffnen begannen, war gelegentlich zu lesen, nun habe Hitler doch noch gesiegt. Die das behaupten, wissen schwerlich, wovon sie schreiben. Mit Sicherheit haben sie kaum ernsthaft wahrgenommen, mit welchen Endzielen die Deutschen am 22. Juni 1941 den Krieg begannen, zu dem die stärkste Streitmacht aufgeboten werden mußte, die je ein Eroberer formiert hatte.

Die Beschäftigung mit diesen Zielen wird mit unterschiedlichen Begründungen auch in historisch interessierten Kreisen nicht selten für überflüssig gehalten. Die einen meinen, daß die Wahnvorstellungen, die der künftigen Gestaltung des östlichen Teils eines »Europas unterm Hakenkreuz« galten, einzig in den Köpfen Hitlers und einiger weniger führender Nazipolitiker hausten. Das Thema könne folglich allenfalls die Aufmerksamkeit der Geschichtsschreiber beanspruchen, die sich mit den Biographien der braunen Imperialisten befassen. Andere wieder verweisen darauf, daß deren Ziele zutiefst anachronistisch, also unter keinen Umständen erreichbar gewesen wären, und sprechen ihnen historische Relevanz ganz ab. Im ersten Fall wird die Tatsache unberücksichtigt gelassen, in welchem Ausmaß deutsche Spezialisten (mit und ohne Anführungszeichen) – Politiker, Wissenschaftler, Wirtschaftsfachleute – daran beteiligt waren, die Gestaltung des gedachten deutsch-faschistischen Kolonialreiches im Osten Europas zu planen. Im zweiten wird davon abgesehen, daß von den ersten Tagen der Eroberung an vorbereitende Maßnahmen ergriffen wurden, um die »Reichslande«, »Reichskommissariate«, »Generalgouvernements« usw. künftig in Übereinstimmung mit den erarbeiteten und weiter bearbeiteten Entwürfen gestalten zu können. Weder kann also von bloßen Hirngespinsten einiger »verrückter« Welteroberer die Rede sein noch von Phantaste-reien an Schreib-, Zeichen- und Konferenztischen.

Beides belegt überzeugend das erste der beiden Bücher, die hier vorgestellt werden. Es enthält wissenschaftliche Aufsätze von Historikern zu einer Thematik, deren erste Erörterung und Bewertung Juristen der USA vornahmen. Sie waren als Ankläger oder Richter am Prozeß gegen »Greifelt und andere« führende Mitarbeiter des Reichskommissariats für die Festigung des deutschen Volkstums (dem als »Fall VIII« bezeichneten sogenannten Nürnberger Nachfolge-Prozeß) beteiligt. Auf der Anklagebank hatte auch der Hauptautor einer der überlieferten Fassungen des »Generalplans Ost« gesessen. Konrad Meyer-Hetling war am 27. Mai 1945 gefangengesetzt worden. Er gehörte zur Gruppe der Schreibtischtäter. Der Gerichtshof sah keinen Grund, den Mann, den Heinrich Himmler 1939 sofort nach der Gründung des Reichskommissariats zum Leiter des »Staatshauptamtes für Planung und Boden« gemacht hatte, für sein Tun strafrechtlich zur Verantwortung zu ziehen. Dabei hatte der Professor der Universität Berlin mit Unterstützung vieler seiner Mitarbeiter über Jahre die Gestaltung des Kolonialraums zwischen den deutschen Reichsgrenzen von 1937 und dem Ural geplant. Angelastet wurde ihm im Urteil vom 10. März 1948 einzig seine Mitgliedschaft in der SS. Der Gerichtsmarschall mußte Meyer auf freien Fuß setzen. Er begann, wie in Mechthild Rösslers Aufsatz zu lesen, »eine zweite Karriere in den Planungswissenschaften der Bundesrepublik Deutschland«.

In einem profunden Beitrag behandelt Karl Heinz Roth den inzwischen durch die internationale Historiographie erreichten Forschungsstand, die Quellenprobleme und neugewonnenen Erkenntnisse, die auch in den übrigen 16 Beiträgen bilanziert und zugleich bereichert werden. Sichtbar wird, in welchem Umfang zumeist an Universitäten des Weimarer Staates ausgebildete Spezialisten die in Hitlers Programmbuch *Mein Kampf* entwickelte Grundidee, die Eroberung eines riesigen Kolonialreiches im direkten geographischen Anschluß an den deutschen Osten, in konkrete Pläne umsetzten – unbekümmert um Besitztitel und Lebensrechte anderer Völker und Nationen, keinen Gedanken auf Normen des Völkerrechts wendend, geleitet vom Grundsatz aller imperialistischen Räuber, dem alleinigen Recht des Stärkeren.

Landes-, Raum-, Siedlungs-, Stadt- und Bevölkerungsplaner, Geographen und Volkswirte, Architekten und Soziologen, Ostforscher, die an universitären und außeruniversitären Instituten oder direkt in Behörden des NS-Regimes arbeiteten, entwarfen ehrgeizig und skrupellos in Denkschriften, auf Landkarten und Meßtischblättern, in Skizzen und an Modellen aller Art das Bild vom »germanisierten« Osten, das in einem Zeitraum von zwei bis drei Jahrzehnten – über die Fristen stritten sich die Planer mehr als über die Ziele – nach dem Endsieg verwirklicht werden sollte.

Der Schritt vom Plan in die Realität setzte voraus, daß jene »Räume« freigemacht würden. Vernichtung oder Vertreibung war das 30 bis 50 Millionen Menschen zugedachte Schicksal – es betraf vorwiegend die slawischen Völker, in erster Linie Tschechen, Polen, Russen, Weißrussen und Ukrainer, aber auch solche nichtslawischen Nationen, wie beispielsweise einen Teil der Esten. Diese »Freimachung« begann mit der »Freimordung«. Die Opfer waren die Juden.

Ohne daß die Autoren bereits exakt nachzuweisen vermögen, daß, wo und wie die Pläne zur Vertreibung und Vernichtung mit jenen für die »Neuordnung« abgestimmt wurden, können sie doch deutlich machen, daß die Planungsstränge der

verübten Verbrechen und derjenigen, die im Stadium der Vorbereitung steckenblieben, in den Ämtern des Reichssicherheitshauptamtes zusammenliefen, wo eine eigene, nicht überlieferte Variante des »Generalplans« ausgearbeitet wurde.

Die Vernichtung der Juden in *Ost*europa erscheint derart als Teil einer Generalplanung und als Auftakt zu deren Verwirklichung. Eichholtz definiert in diesem Zusammenhang den »Generalplan Ost« als die »extrem rassistische, genozidale Variante der imperialistischen Ostexpansion«. In dieser Zuordnung erschöpft sich nicht, was die Massenmörder als die »Endlösung der Judenfrage« sprachlich zu tarnen suchten. Doch wird deutlich: Der antisemitische Rassenwahn besitzt einen Bezug zum auf reale Interessen zielenden imperialistischen Expansionsprogramm. Dieser Wahn, der die Machthaber und viele ihrer Planungsgehilfen leitete, wiederspiegelt ökonomische und damit verbundene Herrschaftsinteressen und ist auf diese Beziehung doch nicht reduzierbar. Es wird eine offene, weil – glücklicherweise – an der Geschichte nicht überprüfbare Frage bleiben, wie die erkennbaren Widersprüche zwischen den Inhalten der im wesentlichen auf die Reagrarisierung Osteuropas ausgehenden, stark ideologiebestimmten Plänen und dem industriekapitalistischen Verlangen nach profitabler Ausbeutung der Bodenschätze gelöst worden wäre. Forderungen, welche die Monopole an die Gestaltung des Kolonialgebiets mit Gewißheit noch gestellt haben würden, sind – anders als für die eroberten Gebiete Westeuropas – nicht überliefert. Die reichsdeutschen Großfirmen »begnügten« sich 1941/42 damit, Hand auf lukrative sowjetische Betriebe im Hinterland der Ostfront zu legen. Das weitere überließen sie der nahegeglaubten Zukunft. Die wurde aber alsbald durch die Rote Armee diktiert.

Der Band berührt mithin Grundfragen der Charakterisierung der deutschen Gesellschaft im faschistischen Jahrzwölft. Auf einigen Seiten klingt die Kontroverse über das »Moderne« und das »Antimoderne« des NS-Regimes an. Wolfgang Wippermann etwa begründet seine Sicht, in der als das Neue, aber keineswegs Moderne die Verknüpfung von Antisemitismus und Antislawentum erscheint. Der Streit wird nicht sonderlich ausgewalzt und läßt doch erkennen, daß das Begriffspaar »Moderne/Antimoderne« keinen Schlüssel für die Einordnung der Jahre von 1933 bis 1945 in die deutsche Geschichte zu liefern vermag.

Es ist ein Verdienst des Unternehmens, das auf eine Tagung zurückgeht, die der Verein zur Erforschung der nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik mit Unterstützung der Stiftung für Sozialgeschichte 1989 in Hamburg durchführte, daß es Autoren verschiedener Forschergenerationen zusammengeführt hat. Hinter dem polnischen Historiker Czeslaw Madajczyk, der in einem Warschauer Verlag 1990 etwa 100 Dokumente zum »Generalplan Ost« publizieren konnte, liegen Jahrzehnte wissenschaftlicher Arbeit, die sich auf die deutsche Ostexpansion in den dreißiger und vierziger Jahren richtete. Jüngere machen überzeugend weiter. Leider fehlt dem Band die im Inhaltsverzeichnis ausgewiesene Seite 379, auf der die Autorinnen und Autoren vorgestellt werden sollten.

Insgesamt ist der Aufsatzband ein weiterer Beweis für das fortgeschrittene Niveau und den hohen Spezialisierungsgrad der internationalen Faschismusforschung – beeindruckend und beklemmend zugleich. Beklemmend, sobald die Frage gestellt wird, was denn von den unabweisbaren Tatsachen, die solches Spezialistentum zutage fördert, in das allgemeine Geschichtsbewußtsein gerät. Eichholtz schreibt: Die Rezeption und Verarbeitung der Thematik »in der Öffentlichkeit ist gleich Null«. Man kann seiner Vermutung zustimmen, daß die Bedingungen dafür, daß sich die Publizistik des Gegenstands annehmen und ein lückenloses Bild der deutschen Kriegsziele 1939/41 verbreiten werde, sich eher verschlechtert haben. Die Versuche, die Totalitarismus-Doktrin in ihrer grobgehobelten Version zu revitalisieren, und die Gleichsetzung von »NS-« und »SED«-Diktatur liegen quer auf dem Weg zur geschichtlichen Wahrheit über den deutschen Imperialismus. Allzu präzise Kenntnisse sind da nur hinderlich, und der »Generalplan Ost« kann eben nicht durch die Präsentation eines bolschewistischen »Generalplans West« kompensiert oder relativiert werden.

Jörg Friedrichs Buch über den Krieg gegen die Sowjetunion weist mit dem über den »Generalplan Ost« eine enge thematische Verwandtschaft auf. Sein Autor hatte den marktschreierischen Klappentext nicht nötig: Vor läge nun die »Enzyklopädie des Verhaltens der Menschen im Kriege«, die »Kriminologie des Militärhandwerks«, entstanden sei »ein bisher einzigartiges Buch«. Friedrich hätte sich das wohl verbitten und auch mit dem Verleger den Buchtitel überdenken können. *Das* Gesetz des Krieges, das die Kämpfe zwischen Indianerstämmen und den Eroberungs-, Ausrottungs- und Vernichtungskrieg der deutschen Wehrmacht gegen die UdSSR regiert hätte, ließ sich doch nicht finden.

Friedrichs Text entstand in Verbindung mit einem Projekt, das sich auf die Erschließung der im bayrischen Staatsarchiv Nürnberg befindlichen Akten des Prozesses gegen das Oberkommando der Wehrmacht (OKW) richtete. Er wurde gegen Feldmarschall Wilhelm Ritter von »Leeb und andere« vor einem amerikanischen Militärgericht geführt. In dem Buch, das weder Vor- noch Nachwort enthält, nennt ein angehängtes Editorial die Namen von sechs Mitarbeitern, die mit dem Verfasser die Quellenmasse »erschlossen und diskutiert« haben. Welche Arbeit da hinter den Beteiligten liegt, mag sich an der Zählung allein des Stenographischen Protokolls der Hauptverhandlung ermessen lassen, die bis zur 10.167. Seite reicht. Dazu kommen die Schriftsätze der Anklage und der Verteidigung und anderes mehr.

Daß der Aktenbestand so lange kaum erschlossen worden ist, dürfte kein Zufall sein. Als Keitel, Jodl, Raeder, Dönitz und anschließend die Generäle im OKW-Prozeß vor Gericht standen, kamen massenhaft Verbrechen zutage, welche das deutsche Heer im Osten an der Front und im Hinterland begangen hatte. Dennoch fand die Legende vom »unbefleckten Schild« der deutschen Wehrmacht und vom »unpolitischen Soldatentum« bereitwillige Aufnahme unter den (West-)Deutschen. Sie war der Wiederverwendung von Hitlergeneralen beim Aufbau der Bundeswehr dienlich, ebnete neuer militärischer Bundesgenossenschaft den Weg und stillte Verdrängungsbedürfnisse deutscher Soldaten, die es »nicht gewesen sein wollten«.

Das bis zur Grundierung verlogene Bild ließ sich nicht behaupten. Historiker – maßgeblich die Mitarbeiter des Freiburger Militärgeschichtlichen Forschungsamtes um Manfred Messerschmidt – gaben eine rückhaltlos kritische Sicht auf den Krieg, der von 1941 bis 1944 auf dem Territorium der UdSSR getobt hatte. Tot ist die Legende dennoch nicht. Meist lebt sie in modifizierter Form weiter. Sie stützt sich auf Krücken jener Art von Lebensweisheit, derzufolge es unter den Menschen, also auch unter Generalen, Offizieren und Soldaten, immer und überall »solche und solche« gegeben habe. Derart wird nach wie vor auch von staatswegen differenziert. Der nördlichste unter den »Ostgeneralen«, Eduard Dietl, dessen Divisionen noch jenseits des Polarkreises fochten und froren, figuriert bis heute als Namensgeber einer Bundeswehrkaserne in Füssen. Friedrich apostrophiert ihn als »Hitlers Lieblingsgeneral«. Auch Goebbels war von ihm begeistert, insbesondere seit der »Sieger von Narwik« ihm seinen Glückwunsch zum Sportpalastauftritt mit dem hysterisch aufgenommenen Appell zum »totalen Krieg« geschickt hatte. Nun sollen sich Bundeswehrsoldaten an Dietl ein Beispiel nehmen. Dafür scheint er nicht einmal durch seinen im September 1943 geäußerten Wunsch disqualifiziert, lieber in Italien gegen die abtrünnigen Italiener und die anglo-amerikanischen Streitkräfte kämpfen zu wollen, als nach Finnland zurückzumüssen, wo er es mit der Roten Armee zu tun hatte.

Friedrich zielt nicht auf Einzelpersonen, sondern auf Strukturen, Traditionen, Institutionen, Befehlsketten, Gruppenverhalten an der Spitze von Heeresgruppen, Armeen, Armeekorps und Divisionen. Er wendet seine Aufmerksamkeit dem Geschehen an den Fronten und im Okkupationsgebiet zu. Er verfolgt die blutigen Wege von Truppenverbänden, die von den angeklagten Militärs kommandiert wurden. Er schildert das Schicksal der Kriegsgefangenen und die spezielle Verantwortung des u. a. für das Kriegsgefangenenwesen zuständigen Generals Hermann Reinicke, eines der Angeklagten.

Das Hauptanliegen des Autors aber ist so formuliert: »Sein Thema ist übrigens(?, K.P.) das Verhalten und die Regeln der Menschen im Kriege, dargestellt am Fall des Rußlandfeldzugs der Deutschen Wehrmacht.« Das richtet die Überlegungen auf Fragen nach Kontinuität und Diskontinuität in der Geschichte der Kriege. Tatsächlich setzt die Darstellung mit einer Episode aus dem sogenannten Hundertjährigen Krieg ein, die sich 1379 abspielte, und das ist nicht nur ein Einstieg. Es ist kaum ein Buch über den Rußlandfeldzug 1941 bis 1944 denkbar, das ihn historisch und systematisch in ein weiteres Blickfeld nehmen könnte. Die berüchtigte Weisung Nr. 21 vom 18. Dezember 1940 wird erwähnt, nachdem bereits ein Viertel des Textes geschrieben war. Das mag nicht jedermanns Aneignungsweise entsprechen.

Der Autor breitet aus, was er beim Studium der Akten und einer gedruckten Quellen- und Literaturmasse sich gedacht hat, die in einem Verzeichnis mit etwa 400 Titeln ausgewiesen ist. Es ist bemerkenswert, daß darin keiner der Erforscher des »Generalplans Ost« auftaucht, nicht die im eben erwähnten Band und auch nicht Rolf-Dieter Müller, der 1991 eine Studie über Hitlers Ostkrieg und die deutsche Siedlungspolitik vorlegte, die im besonderen die Zusammenarbeit von Wehrmacht, Wirtschaft und SS untersuchte. Das ist wohl ebensowenig ein bloßes Versehen wie die Tatsache, daß der Autor lediglich vier Verfasser bzw. Buchtitel aus DDR-Zeiten nennt, abgesehen von den seinerzeit in Übersetzungen in Berlin-Ost herausgegebenen Memoiren sowjetischer Heeresführer. Eine politische Erklärung dieser Beschränkung, welche die Geschichtswissenschaft in der DDR schemen- und schablonenhaft als Wüste mit wenigen Oasen erscheinen läßt, griffe jedoch fehl. Daß das Standardwerk der DDR-Weltkrieg-II-Forschung »Deutschland im Zweiten Weltkrieg« übergangen wird, die Dokumenten-Edition »Europa unterm Hakenkreuz« mit dem 1991 erschienenen Band über die »faschistische Okkupationspolitik in den zeitweilig besetzten Gebieten der Sowjetunion« unerwähnt bleibt, die Arbeiten des Potsdamer Historikers Norbert Müller, namentlich sein Quellenband »zur Besatzungspolitik der faschistischen Wehrmacht auf sowjetischem Territorium«, der schon 1980 herauskam, ignoriert sind – die Liste ließe sich fortsetzen – , mag seinen Grund, der ein solches Vorgehen freilich keineswegs rechtfertigt, doch eher in der abweichenden Konzeption Friedrichs besitzen.

Er erklärt die Art und Weise, *wie* Krieg geführt wird, vorwiegend aus dem Kriegs*geschehen* selbst, aus dessen organisatorischen, technischen, kriegswissenschaftlichen u. a. Voraussetzungen sowie auch aus dem Denken der Feldherren, Befehlshaber und Offiziere über sich selbst und ihren Gegner. In den mehr als 50 Überschriften, die Friedrich den Teilen, Kapiteln und Abschnitten seiner Abhandlung gab, taucht der Begriff »Kriegs*ziel*« nirgendwo auf, die Dialektik von Kriegs*führung* und Kriegs*ziel* bleibt unthematisiert. Ohne deren Aufdeckung ist aber der bis zum Massenmord reichenden Brutalität und Barbarei des deutschen »Ostkriegs« nicht auf den Grund zu kommen, kann nicht begriffen werden, weshalb dieser Krieg bei aller nachweisbaren Vorläuferschaft im Denken und in der Tat eine einzigartige verbrecherische Qualität annahm. Das Doppelziel, den Bolschewismus auszutilgen und das Großgermanische Weltreich zu

schaffen, dessen östliche Grenze nach Hitlers Idee 200 bis 300 Kilometer jenseits des Ural verlaufen sollte, prägten die Kriegsführung gegen die Rote Armee und gegen die Völker der UdSSR. Daß in dem gedachten Imperium nach dem Urteil der Eroberer zu viele Menschen lebten, führte zum Todesurteil gegen Millionen Gefangene und zur absoluten Gleichgültigkeit gegenüber dem Schicksal von Millionen Zivilisten. Daß die eroberten Ländereien agrarisiert werden sollten, die Großstädte mit ihrer Industrie und den Arbeitermassen als überflüssig angesehen und zudem als herrschaftsgefährdend bewertet wurden, gab den Ausschlag für die Belagerungsmethodik gegen die Leningrader, deren Stadt ebenso wie Moskau ausgelöscht werden sollte.

Das Kriegsgeschehen, das in aller Regel diejenigen verrohte, die sich ihm nicht entziehen konnten, brachte unmittelbar massenhaft »zusätzliche« Untaten und Greuel hervor. Es lieferte jenen Tätern Rechtfertigungsgründe, die solche noch brauchten. Es erzeugte mörderische Affekthandlungen. Doch im Hinblick auf diese drei Kriegsjahre zu konstatieren, daß »der Entschluß zum Kriegsverbrechen ... aus der Dienstfunktion und der militärischen Lage« folgte, geht an der – an anderer Stelle mitgeteilten – Tatsache vorbei, daß der Entschluß, den Krieg gegen die UdSSR als Ausrottungs- und Vernichtungskrieg zu führen, fiel und akzeptiert wurde, *bevor* es überhaupt einen »Kriegsschauplatz« und darauf eine »militärische Lage« gab. Das führt zu allerlei gedankenarmen Sprüchen, die der Autor sich und der Lektor ihm reichlich durchgehen ließ. »Ohne Legende ist schlechterdings kein Krieg zu führen«; »Generäle streben nicht nach Wahrheit, sondern nach Erfolg.« Oder: Generäle wissen, »daß jeder Nachbar geschwind (zum Feind, K.P.) werden kann.« Oder: »Insesamt lud der Aggressor eine ungeheure Wut auf sein Haupt.« Oder: »Die Befehlshaber vollstrecken keine persönlichen Ziele, sondern den Ruf des Lebens.«

Das letzte Zitat leitet schon zum eigentlichen Ärgernis des Buches über. Denn mit vielen seiner Wertungen und Urteile läßt Friedrichs Buch an einen Selbstbedienungsladen denken, der auch durch die »rechte« Tür betreten und verlassen werden kann. Einiges aus dem Angebot: »So unterband die Wehrmacht nicht den sowjetischen Angriff, sondern eine Absicht zum Angriff.« »Immerhin haben selten so viele des Rassismus unverdächtige Köpfe so dünkelhaft (?) gehaust wie die Wehrmachtsgeneräle in Rußland.« Schließlich wird vom »Ostkreuzzug« behauptet: »Doch predigte die verwendete Ideologie gar keine Verbrechen.«

Das ist eine Lese von nur wenigen Seiten. Diese Sätze aber sind keine Empfehlung und mögen mit anderen zur Folge haben, daß den Wälzer mit arg zwiespältigen Gedanken beiseitelegt, wer ihn bewältigt hat.

Literaturhinweis:

Der »Generalplan Ost«. Hauptlinien der nationalsozialistischen Planungs- und Vernichtungspolitik. Herausgegeben von Mechthild Rössler und Sabine Schleiermacher unter Mitarbeit von Cordula Tollmien (Schriften der Hamburger Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts), Akademie Verlag, Berlin 1993, 378 Seiten, 98 Mark

Jörg Friedrich: *Das Gesetz des Krieges. Das deutsche Heer in Rußland 1941 bis 1945. Der Prozeß gegen das Oberkommando der Wehrmacht.* R. Piper Verlag, München/Zürich 1993, 1085 Seiten, 128 Mark

Kurt Pätzold schrieb in KONKRET 11/92 über Antifaschismus und NS-Geschichtsschreibung

Konkret 02/94, S. 60

Dietrich Kuhlbrodt

Desinfektion und Correctness

Über den kurzweiligsten aller Dreistundenfilme: die »Short Cuts« des Zivilisationskritikers Robert Altman

Neun Kurzgeschichten und ein Gedicht des gepriesenen amerikanischen Arbeiterdichters Raymond Carver (1938-1988) hat Regieveteran Robert Altman in Beziehung gesetzt; sie gehen überraschende, auch unerlaubte Verbindungen ein, blühen auf, befruchten sich, verwelken und werden uns in diesem kurzweiligsten aller Dreistundenfilme desto vertrauter und lieber, je unkorrekter und unhygienischer sie sind. Denn das ist ja nun wirklich nicht in Ordnung, daß Swimmingpoolreiniger Jerry Kaiser (Chris Penn, zuletzt einer der bitterbösen »Reservoir Dogs«) sich bei einem dieser geselligen Picknicks die Hosentaschen mit Dosenbier vollstopft, sich mit einem Kumpel in die Büsche schlägt und einer der beiden noch sehr jugendlichen, aber doch auch abenteuerlustigen Fahrradfahrerinnen den Kopf einhaut, einfach so. Ende der Short Story bei Carver.

Bei Altman scheint der brutale Sexualmord Konsequenzen zu haben; die Erde selbst brüllt auf und schüttelt sich, Steine fliegen durch die Luft: ein Erdbeben mittlerer Güte. Ist damit die böse Tat hinlänglich kommentiert? Mitnichten, denn aus den TV-Regionalnachrichten erfahren wir, daß das Erdbeben ein Opfer gefunden hat, von umherwirbelnden Felsbrocken erschlagen. Der Erdstoß liefert dem Mörder das Alibi. Mit diesem eher asozialen, aber, wie sich zeigen wird, schlüssigen Einfall haben die Filmautoren (Altman und Barhydt) die Natur bemüht, um aus dem Zusammenspiel der 22 Hauptdarsteller niemanden ausgrenzen oder gar einer der von der Gesellschaft eingerichteten Autoritäten, zum Beispiel der Justiz, überantworten zu müssen. Die Geschichten haben ihr offenes, anarchisches Ende; sie gewährleisten das Überleben in einer auf Correctness und Hygiene bedachten Zivilisation.

Altman ist Zivilisationskritiker. Auf den Koreakrieg antwortete er mit »M*A*S*H«. Der frühkapitalistische Unternehmer fand in »McCabe and Mrs. Miller« seinen Platz im Bordell, und nach dem Atomkrieg bleibt das »Quintett« übrig. – In »Short Cuts« antwortet das Erdbeben mit seinen möglicherweise etwas bedenklichen Folgen auf den seuchenhygienischen An- und Eingriff der Technik. Zu Beginn des Films streuen Hubschrauberstaffeln massenweise Pestizide auf ein Quarantäneareal, um die in meinen Wörterbüchern nicht verzeichnete Med-Fly auszurotten. Der sterile Platzregen ergießt sich über die Bungalows und Wohnwagenplätze der urbanen Wüste von Los Angeles. – Altman macht Desinfektion, Sauberkeit, Correctness und moralische Bereinigung, diese zur Zeit mal wieder so geschätzten Werte, zum Thema: Immer wieder kommen die Geschichten seines Films auf die gewiß nicht unbedenklichen, aber doch phantasiereichen und praktischen Einfälle zurück, mit denen derjenige, der sich gegen die Berieselung mit Pestiziden und anderen Neuwerten wehrt, der drohenden Abtötung zu trotzen versucht.

Beispiel für die Bereinigung: Der uns schon bekannte Swimmingpoolreiniger kippt Chlor ins Wasser und weicht der Annäherung einer älteren, aber attraktiven Kundin aus, die überdies eine real existierende begnadete Jazz-Sängerin ist (Annie Ross selbst). Seine Frau, Lois Kaiser (Jennifer Jason Leigh), ist mit Hilfe eines wohlausgestatteten Hygiene-Sets permanent dabei, Kleinstkinder trockenzulegen, zu säubern und zu windeln, während sie gleichzeitig per Telefon (hygienisch!) Sexkunden bedient, von ihrem endlich feuchten Höschen erzählt und korrekt abrechnet.

Beispiel für die Gegenwehr: Chlorreinigungsmittel wird in die Waschmaschine auf das bunte Zeug der eifersüchtig beargwöhnten Geliebten gegossen. Oder der Einsatz der neuen Feucht-Teppichreinigungsmaschine: Der fleckenlose, wie neu strahlende Wohnzimmerteppich macht erst den rechten Sinn, wenn, quasi als Antwort, ringsum, an den Wänden, der Hausrat aufgetürmt ist, den Hubschrauberpilot Stormy Weathers (Peter Gallagher) mit seiner Kettensäge zerkleinert hat.

»Short Cuts« legitimiert den Zerstörungsbedarf, den eine steril-korrekte Zivilisation produziert. Diese latente, aus ihrem eigensten Innern genährte Lust an der Destruktion ist inzwischen ein wohlbekanntes Phänomen. Im Film kam die Antwort aus Japan (Sogoh Ishiis »Die Familie mit dem umgekehrten Düsenantrieb«, 1984), aus Österreich (Hanekes »Der siebte Kontinent«) und 1991 aus der beigetretenen Bundesrepublik (Schlingensiefs »Das deutsche Kettensägenmassaker«).

Carvers desaströs-normale Stories erledigen sich nicht durch eine Pointe, absichernde Kommentierung oder andere Distanzierungen. Sie sind genau und immer konkret, realistisch wie Maupassants Kurzgeschichten. Wir werden mit ihnen vertraut, weil die Barrieren der Fiktion, der Belehrung, der Be- oder Verurteilung fortfallen. Deswegen aber, will der Zuschauer selbst seine Kino-Erfahrung machen, ist in »Short Cuts« sowohl der selbstgerechte Macho von der Los Angeles Police auszuhalten (was gut geht, denn Tim Robbins wurde für diese Rolle mit Festivalpreisen überschüttet) als auch der bereits erwähnte Sexualmörder im Picknick-Wald.

Altmans Film ist so aufregend und kurzweilig, weil er den Kinobesuch zum Erlebnis macht. Im Prinzip genügt es, einfach da- und dabeizusein. Wer Leute kennenlernt, wird auch nicht verlangen, sogleich mit ihren kompletten Karrieren versorgt zu werden. Charaktere sind zu entdecken. Daher sind in diesem Film die Rollen nicht ausdefiniert. Die Kamera, und das ist typisch für Altmans Regiekünste, folgt dem Darsteller, niemals muß er (sie) sich in die vorgegebene fixe Position fügen.

Die sensationell sensible Kamera (Salt Lloyd, »Pump Up the Volume«) unterläßt es strikt, die sonst übliche überschießende Bedeutung zu produzieren oder doch zu transportieren. Entsprechend versagt es sich der (offene) Plot, Herrschaft auszuüben. Die Dialoge sind herrschaftsfrei. Ähnlich dem Libretto der Oper ist es nicht das Was der Texte, sondern das Wie des Ausdrucks, der Gesten, des Rhythmus, der Bewegung, des Gebrauchs der Töne, das in uns Beteiligung auslöst. Deswegen tut sich jeder, der ins Kino geht, das größte Unrecht an, wenn er nicht die Originalfassung sieht. Man braucht wirklich nicht jedes Wort von Tom Waits zu verstehen und zu übersetzen. Waits spielt in diesem Arbeiter-Geschichten-Film einen Fahrer, der mit einer Kellnerin (Lily Tomlin) in einer sinusartig verlaufenden, von (reichlichem) Alkoholkonsum bestimmten Beziehung steht.

Waits/Tomlin sind zwei der 22 Stars des Films. Und das funktioniert, denn mit dieser zweistelligen Hauptdarstellerzahl werden alle Größen gleich. Wir können ihnen nähertreten, sie vergleichen, wie auf einer Stehparty von einer zur anderen Gruppe gehen, uns daruntermischen. Wir sammeln und vergleichen Eindrücke.

Ein synoptisches und synakustisches Verfahren. Das Spiel der Darsteller, die Dramaturgie der Bruch- und Kurzstücke, vor allem der Musikeinsatz werden mit den dafür vorgesehenen Sinnesorganen aufgenommen. Musikerfahrungen im Film: Altmans hinzuerfundene Geschichte läuft vor allem auf der Tonspur ab: zwischen der Stimme der Vokalistin und Ellington-Sängerin Annie Ross und einem Cello, gespielt von der blonden Cellistin Lory Singer. Stimm- und Streichorgan strukturieren die Handlung von »Short Cuts«. Und die von Altman als Darsteller ausgewählten Musiker widersprechen bereits mit einer dem Rollenspiel trotzenden Gestik der schrecklichen, aber professionell korrekten Reduzierung des Filmdarstellers auf den Rollenträger.

In Altmans Film repräsentieren die Gestalten nichts Fremdes. Die Angler Lyle Lowett und Huey Lewis, die ihre Fische im müllfreien und ökologisch unbedenklichen Wasser fangen, lassen sich den Freizeitspaß nicht durch die unten auf dem Grund eingeklemmte Leiche (eine Frau! Vergewaltigungsopfer!) verderben. Die Helden bleiben die realen Countryrockmusiker, die sie sind. Wieder ein Verstoß gegen die Correctness?

Auf den Bühnen hat der mündige Zuschauer sie langst erprobt: die Toleranz

dem Vieldeutigen gegenüber, die, kehrt man den altehrwürdigen linken Satz um, Indikator für eben diese Mündigkeit ist (»Die Intoleranz dem Vieldeutigen gegenüber ist Indikator für faschistische Tendenzen«). Sich aus dem Gleichzeitigen, das passiert, selbst ein Programm zu machen, ist keineswegs eine Zumutung für den Theaterbesucher, der, sagen wir, »Engel in Amerika« in Schroeters Inszenierung sieht (Altmans nächstes Filmprojekt) oder »Kühnen '94«, den Abend von Christoph Schlingensief. Für den Film ist das ästhetische Verfahren, Parallelhandlungen zu verschneiden und Prozesse der Haut-, Real- und Ideenkontakte in Gang zu bringen, noch etwas Besonders. Auf das wir hier mit Nachdruck aufmerksam machen möchten.

Konkret 02/94, S. 62

Hermann L. Gremliza

Gremlizas express

Schwierigkeiten beim Verfassen der Nachricht, daß die Präsidenten Kroatiens und Bosniens nicht zu Gesprächen in die Bundesrepublik reisen konnten, hatte die Nachrichtenredaktion des NDR:

Kroatisch-bosnische Verhandlungen über die Beendigung des Krieges in Deutschland abgesagt.

Wenn ich mir was wünschen dürfte: das wär's.

Der schöne Erfolg, den er mit dem Umsturz der DDR erzielt hat, muß dem deutschen Originalrevolutionär Wolfgang Ullmann Mut gemacht haben, seine Kräfte auch an anderen Unsterblichen zu messen:

Karl Krauss hat diese Geisteshaltung... Die Katastrophe, die Karl Krauss...

Warum sollte, wer die DDR zur BRD machen durfte, nicht aus dem Karl Kraus einen doppelten Karl Krauss machen? Und warum nicht aus dessen Dritter Walpurgisnacht

das Pamphlet »Die 3. Walpurgisnacht«,

so sind wir halt, wir friedlichen deutschen Revolutionäre, in all unserer 3stigkeit, wird er sich gesagt haben, der Stuhlgang Nullmann.

Der Fall, daß das protestantische Milieu das Timbre seiner prinzipiellen Verlogenheit in einem einzigen Satz konzentriert, ist selten, aber der badische Landesbischof Engelhardt, Vorsitzender der EKD, der kann's:

Wir haben eine Verantwortung für das Gemeinwesen. Wahlverweigerung stärkt die radikalen Kräfte, macht den sozialen Frieden brüchig und verunsichert unsere ausländischen Mitbürger und Mitbürgerinnen, die gerade jetzt unsere Stimme brauchen.

Der gierende, marodierende, masturbierende, raufende, saufende Haufen Volks = das Gemeinwesen (sprich: Gömoinwösen). Zum Lohn für Milliarden Staatsknete geschwollen daherschwätzen = Verantwortung haben. Unseren ausländischen Mitbürgern und Mitbürgerinnen eine Stimme leihen = ihnen keine eigene geben, sondern was viel besseres: die unsere, auf Zeit. Damit der soziale Friede nicht brüchig wird = die Kanaken und KanakInnen nicht gleich abgefackeln, sondern bloß abschieben. Kurz und gut: Geht mit Gott, aber geht CDU und SPD wählen oder, wer nicht direkt in den Himmel kommen will, die FDP und die Grünen, denn (Mattäus 12,34) wes die Kirchensteuerkassa voll ist, des geht der Landesbischof über. Entsprechend reagiert der Pressesprecher der EKD auf Norbert Blüms Kraftwörtchen, die staatliche Erhebung der Kirchensteuer sei nicht so unantastbar wie die Bischöfe glaubten. Die Kirchen, sagte der Pressesprecher,

seien mit Hilfe der Kirchensteuer einer der größten Arbeitgeber in Deutschland. Angesichts der hohen Arbeitslosigkeit sei eine »Infragestellung des Kirchensteuersystems nicht nachzuvollziehen«.

Was ist protestantischer: Der Hinweis, daß man, aus humanitären Gründen, Geld für sie eintreiben müsse, damit sie andere für sich arbeiten lassen können, oder die unmögliche Nachvollziehung einer Infragestellung? Ja, so sind sie, die Arbeitgeber im Weinberg des Herrn.

Die Berliner Landesversicherungsanstalt kommt mit den Rentenberechnungen nicht über, was die »Berliner Zeitung« so meldet:

Berliner Rentner brauchen einen langen Atem

Wenn Metaphern zu sich kommen.

Elisabeth Noelle-Neumann, vormals bei Deutsche Volksgemeinschaft mbH & Co KG, heute selbständig:

Wir haben demoskopisch verfolgt, wie in Westdeutschland die Verletzungen und Überzeugungen aus der Hitlerzeit erst nach dreißig Jahren einer normalen Situation gewichen sind.

1975 war es geworden, bis die Vergaser die Vergasten vergessen und die deutschen Demoskopinnen den Glauben an Goebbels verloren hatten.

Norbert Blüm leidet:

Es ist für mich traurig und bedrückend, daß viele in unserer Gesellschaft mit ihrem Wohlstand auch die Fähigkeit zum Mitleiden und Mitsorgen verloren haben. Jeder hat nur noch seinen Besitzstand im Auge, und die Solidarität verkümmert oft zur reinen Verteidigung von Gruppeninteressen. Meine persönliche Lebenserfahrung ist, wo die Menschen Sorgen und Angst hatten, wie es morgen weitergehen könnte, haben sie mehr zusammengehalten, mehr darauf geachtet, ob es noch einem schlechter geht als ihnen selbst. Not lehrt beten, sagt eine Volksweisheit.

Eine andere sagt: Religion ist das Opium des Volkes.

Man könnte auch sagen: Not lehrt Solidarität.

Solidarität war und ist das höchste Ziel des Norbert Blüm. Mit seinen Kollegen im Kabinett arbeitet er seit zwölf Jahren daran, die Voraussetzung der Solidarität zu verbessern. Bei einem guten Drittel der Gesellschaft hat er's schon erreicht. Von einer Million Arbeitslosen, als der Arbeitsminister begann, auf 7,5 Millionen – das war kein Zuckerschlecken. Homburg ab!

Der neueste Neopostkommunismus in der »Süddeutschen Zeitung«:

Die Wandlung der ehemaligen Marxisten zu harten Verfechtern kapitalistisch-marktwirtschaftlicher Methoden ist denn auch eines der herausragenden Merkmale der neo-kommunistischen Gefahr,

der nur dadurch begegnet werden kann, daß die ehemaligen harten Verfechter kapitalistisch-marktwirtschaftlicher Methoden sich zu harten Marxisten wandeln.

Man sucht in diesen tristen Zeiten Ablenkung und Unterhaltung noch in der äußersten Ritze, und wenn's beim Johannes Gross ist:

Wenn ein Mann feststellt, daß er keine neue Krawatte braucht, daß die alten Anzüge ihm reichen, ist er wirklich alt geworden.

Ein dünner Pfiff, den aber nur geringzuschätzen vermag, wer nicht weiß, wie es ist, wenn der Gross wesentlich wird, gesteht, wen er mag: Mussolini und Franco, und wen nicht:

Diestel beauftragte die Hamburger Anwaltschaft Senfft, die schon für den üblen Hermann Kant erfolgreich tätig geworden ist,

was für einen Liebhaber deutscher Richter, wie der Gross einer ist, nur heißen dürfte, daß Kant in dem Fall, in dem er recht bekam, recht gehabt haben muß. Worin denn besteht Kants Übelkeit, die passive, denn Gründe für die aktive hält jeder Frankfurter Leitartikel vor? Schreiben tut er, wie speziell das Frankfurter Feuilleton jahrzehntelang nicht müde wurde zu klagen, gar nicht übel sondern »leider sehr gut« und besser als Gross und andere von Jüngers Jüngern, vom Meister nicht zu reden. Zielt Gross auf Kants Verhalten in der DDR, auf das, was der deutsche Mann Rückgrat nennt? Er weiß doch selber am besten, daß der Hermann Kant seiner Obrigkeit zehnmal so oft und fest widersprochen hat wie der Lohnschreiber Gross seinem Politökonomenbüro, in dem der Verleger aus Gütersloh und die Frankfurter Aufsichtsräte den Ton angeben. Vielleicht ist gerade dies das Üble an Kant, daß er einen, der gerne groß wäre und nur so heißt, im Vergleich noch kleiner und mieser aussehen läßt als er aussieht und ist.

Ein Leser der »Frankfurter Allgemeinen« schreibt an seine Zeitung:

Obwohl ich mir für meinen Urlaub Zeitungs-Abstinenz verordnet hatte, konnte ich doch der Versuchung nicht widerstehen, aus alter Gewohnheit am 18. Dezember die FAZ zu kaufen... Auch wenn unsere Partei von der FAZ gelegentlich mit harscher Kritik überzogen wurde, halte ich sie jedoch für jenes Organ, das am umfassendsten und am fairsten berichtet. Dies gilt auch für die Kommentare von Eckhard Fuhr.

Franz Schönhuber, Mitglied des Europäischen Parlaments

Deckelchen findet Töpfchen.